

## 200 Jahre Marx

Michael Vester

**Zweierlei Marx: Theoretiker des Kapitals oder Theoretiker der Praxis?**

Michael R. Krätke

**Kommentar: Kapital digital? Marx und die digitalen Zukünfte des Kapitalismus**

Shahrzad Mojab, Sara Carpenter

**Marxismus, Feminismus und „Intersektionalität“**

Beatrix Bouvier

**Karl Marx: Bildnis. Ikone. Popstar?**



Felix Welti Kurzum .....	4
-----------------------------	---

## MEINUNG

Jan Dieren, Matthias Glomb, Jessica Rosenthal Where is my mind? Zur Frage, ob der Koalitionsvertrag Zukunftsvorstellungen bietet – und warum er es nicht tut .....	5
Thilo Scholle, Sascha Vogt „Sehnsucht nach Heimat“? Sehnsucht nach einem guten Leben! .....	8

## SCHWERPUNKT: 200 JAHRE MARX

Kai Burmeister, Thilo Scholle, Stefan Stache Einleitung zum Schwerpunkt.....	12
Michael Vester Zweierlei Marx: Theoretiker des Kapitals oder Theoretiker der Praxis?.....	16
Michael R. Krätke Kommentar: Kapital digital? Marx und die digitalen Zukünfte des Kapitalismus .....	30
Uwe Kremer Kommentar: Marx und die digitale Ökonomie: Aspekte einer kritischen Überprüfung.....	36
Joachim Schuster 53 Thesen revisited .....	40
Shahrzad Mojab, Sara Carpenter Marxismus, Feminismus und „Intersektionalität“.....	44
Yasmin Fahimi Marx‘ Ideen – auch nach 200 Jahren noch aktuell.....	51
Claudia Walther Nachgelesen! Was Marx für unsere heutige Diskussion bietet .....	52
Oliver Kaczmarek Karl Marx und mein politisches Denken: von der Aufklärung des Alltags zur dauerhaften politischen Aufgabe .....	53
Katarina Barley Marx ist wieder in aller Munde .....	54
Uli Schöler Marx, von Westphalen, Schöler – eine kleine Familiengeschichte .....	56
Beatrix Bouvier Karl Marx: Bildnis. Ikone. Popstar? .....	60

Oliver Schael	
Der monumentale Marx an der Mosel –	
Ausstellungsprojekte zum 200. Geburtstag von Karl Marx in Trier .....	65
Thilo Scholle	
Sammelrezension: Bücher zum 200. Geburtstag von Karl Marx und darüber hinaus .....	67

## **ANALYSE & STRATEGIE**

Arne Heise	
Stichwort Wirtschaftspolitik: Sondierungspapiere und Koalitionsverträge oder:	
Was ist ökonomisch von einer neuen großen Koalition zu erwarten? .....	73
Michael Reschke	
Die aktuelle Zahl: 180.000 Mandate.....	75z
Feride Ciftci	
Gewerkschaften unter Druck – die Situation nach dem Putschversuch in der Türkei.....	76
Dirk Meyer	
Was ist „links“ im 21. Jahrhundert?	
– Leitideen für den Erneuerungsprozess der Sozialdemokratie.....	81
Thilo Scholle	
Rezension: Störfaktor Armut.....	89
Folke große Deters	
Rezension: Die Saat des Kadmos.....	90

## **PERSONEN & POSITIONEN**

Hilde Mattheis	
DL 21 Aktuell: Die Groko ist und bleibt der falsche Weg .....	92
Hans-Böckler-Stiftung (WSI):	
Studie: Lohnuntergrenze wirkt trotz Umgehungen positiv gegen Armut.....	95

### **spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft**

#### **HerausgeberInnen:**

Niels Annen (Hamburg), Klaus Dörre (Jena), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Oliver Kaczmarek (Kamen), Michael R. Krätké (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Detlev von Larcher (Weyhe), Uwe Meinhardt (Stuttgart), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), Florian Pronold (Deggendorf), René Röspel (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Michael Vester (Hannover), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

#### **Redaktion:**

Thorben Albrecht, Claudia Bogedan, Björn Böhning, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Lars Neumann, Katharina Oerder, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Holger Schoneville, Till van Treeck

#### **Chefredaktion Stefan Stache**

**Titelfoto:** Marx Zeichnung: Brenda Miller © - Fotolia.com, Marx jung: © - Fotolia.com, Marx alt: Gemeinfrei / AdsD

## Kurzum | von Felix Welti

Für eine Zeitschrift mit drei Wochen Produktionszeit schreiben, wenn in der alten Partei vieles schnell passiert: Ist das aus der Zeit gefallen? Vielleicht ist es gut, sich im politischen Karneval auf das zu besinnen, was auch nach Aschermittwoch Bestand hat. Einen solchen Text zur SPD hat jedenfalls ein rheinischer Autor mit Haaren im Gesicht 1875 geschrieben: Die Kritik des Gothaer Programmentwurfs. Zuerst ein Zirkular in Karl Marx' sozialem Netzwerk, ist sie heute noch lesenswert.

Im Begleitbrief an Wilhelm Bracke heißt es zuerst: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“ Lieber kein Programm als ein schlechtes, kann das heißen und, da auf „Prinzipienprogramme“ gemünzt, vor allem, dass eine Partei und ihre Flügel nicht nur Forderungen proklamieren, sondern eine Strategie zu ihrer Durchsetzung haben sollten. 16 Jahre glücklicher Programmhuberei in der Oppositionszeit von 1982 bis 1998 haben jedenfalls vielen in der SPD keine drei Monate geholfen, mit der Regierungspolitik von Gerhard Schröder umzugehen.

**Kurzum:** Es reicht nicht, die besten Forderungen zu haben. Man muss auch einen Plan haben, sie durchzusetzen.

Als Erstes weist Marx darauf hin, dass die Arbeit nicht Quelle allen Reichtums ist, sondern ebenso die Natur. Ausbeutung der Arbeit und Raubbau an der Natur gehören zusammen wie der Kampf dagegen. Für diese Erkenntnis muss man sich nicht entschuldigen.

Dann kritisiert er die Phrase von der „gerechten Verteilung des Arbeitsertrags.“ Darunter kann man sich, wie heute unter „sozialer Gerechtigkeit“, vorstellen, was man mag. Konkrete politische Forderungen ersetzt der Wunsch nach Gerechtigkeit nicht. Dazu muss man Produktion, Macht und Verteilung analysieren. Nur auf die letztere zu schauen, nennt Marx borniert und fehlerhaft. Gewerkschaften und Sozialdemokratie werden zwar immer ihrer Grundfunktion nachkommen müssen, ökonomisch und politisch die Verteilung zu-



⇒ Dr. Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Institut für Sozialwesen des Fachbereichs Humanwissenschaften und Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

gunsten der Arbeitenden zu beeinflussen. Dass daran wieder erinnert wird, ist gut. Auch wer kleine Erfolge dabei geringschätzt, macht sich begründungspflichtig. Aber nur „gerechte Verteilung“ und weniger Kompromisse zu fordern, ist noch nicht links. Kritik von links müsste auch heute Produktionsbedingungen und Wirtschaftsdemokratie thematisieren.

**Kurzum:** Wenn die SPD sich erneuern soll, wird auch wieder klarer werden, was in der SPD „links“ ist.

Marx distanziert sich davon, dass nach dem Gothaer Programm gegenüber der Arbeiterklasse alle anderen Klassen und Parteien „eine reaktionäre Masse“ sein sollen. Schließlich kritisiert er die nationale Beschränktheit und den Staatsglauben der damaligen Mehrheits-Sozialdemokratie. Das weist darauf hin, dass eine Strategie in der kapitalistischen Weltgesellschaft Internationalität, gesellschaftliche Bewegung und Bündnisoptionen einschließen muss.

Regierung auf Zeit mit der Union – das ist oder war weniger eine Frage von rechts oder links, sondern auch von Emotion, Ver- und Misstrauen in Personen, Taktik und einer Einschätzung der Kräfteverhältnisse, Gefahren und Möglichkeiten in einer tiefen internationalen Krise der sozialen Demokratie, in der auch erreichte bürgerliche und soziale Rechte und der Frieden bedroht sind.

**Kurzum:** Unabhängig davon, welche Entscheidungen getroffen werden und wurden und sich als richtig oder falsch erweisen: Auf die klärende Kraft von Widerspruch, Rede und Gegenrede wird die SPD in dieser Krise nicht mehr verzichten können. ■

# Where is my mind? Zur Frage, ob der Koalitionsvertrag Zukunftsvorstellungen bietet – und warum er es nicht tut

von Jan Dieren, Matthias Glomb und Jessica Rosenthal



⇒ Jan Dieren ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender. Er lebt zwischen Ruhrgebiet und Niederrhein, wo er Philosophie und Rechtswissenschaften studiert.

Foto: © Nick Neufeld



⇒ Matthias Glomb ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender. Er lebt in Münster und arbeitet dort an einem Forschungsprojekt zur bundesdeutschen Bildungspolitik der sechziger und siebziger Jahre.

Foto: privat



⇒ Jessica Rosenthal ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos. Sie lebt in Bonn, wo sie Geschichte und Deutsch auf Lehramt studiert und halbtags an einer Förderschule arbeitet.

Foto: privat

Vier Monate, eine Woche und sechs Tage oder 136 Tage – so lange hat es gedauert, von den Bundestagswahlen am 24. September über die Jamaika-Verhandlungen und deren Abbruch, bis zum Vorliegen eines Koalitionsvertrages zwischen Union und SPD. Das ist ungewöhnlich lange. 2013 lagen zwischen den Wahlen und der Bildung der Regierung 86 Tage, das war so lange wie noch nie zuvor.<sup>1</sup> Heute sind es also 136 Tage von den Wahlen bis zum fertigen Koalitionsvertrag. Koalitionsverhandlungen dienen dem Zweck, dass verschiedene Parteien ihre Zukunftsvorstellungen und politischen Programme für die kommenden vier Jahre übereinanderlegen und daraus einen Kompromiss schließen. Macht man sich das klar, könnte man auf den Gedanken kommen, seit der Bundestagswahl wäre zwischen den Parteien ein flammender Streit um konkurrierende Entwürfe für die Zukunft unserer Gesellschaft entbrannt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Trägheit der Koalitionsverhandlungen zeugt von einem krassen Mangel an Zukunftsvorstellungen. Und auch im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD sucht man die aufeinanderprallenden Gesellschaftsentwürfe vergeblich. Der Vertrag

macht eher den Eindruck, als ob sich dort VertragspartnerInnen zusammengefunden hätten, die sich zwar um die richtigen Mittel streiten, sich im Ziel aber einig sind.<sup>2</sup> Ob es auf Grundlage des jetzt ausgehandelten Koalitionsvertrages aber überhaupt zu einer Regierungsbildung kommt, ist zum Zeitpunkt, zu dem wir diesen Text schreiben, nicht klar und hängt noch von einem Votum der SPD-Mitglieder ab. Wenn es nach uns geht, sollten die SPD-Mitglieder den Koalitionsvertrag in diesem Votum ablehnen. Warum? Das möchten wir im Folgenden darstellen.

Um einem häufig geäußerten Punkt gleich zuvorzukommen: Ja, es gibt auch gute Punkte und Erfolge im Koalitionsvertrag. Niemand bestreitet das. Was dem Koalitionsvertrag fehlt, sind nicht die einzelnen guten Punkte. Was ihm fehlt, ist der Blick für das Ganze. Nehmen wir ein Beispiel: Kein Mensch kann etwas dagegen haben, dass es 8.000 neue Pflegestellen geben soll. Bedenkt man aber, dass diese 8.000 Pflegestellen auf etwas mehr als 13.000 Pflegeeinrichtungen aufgeteilt werden müssen, wird klar,

1 Nachzuschlagen auf [bundestag.de](http://bundestag.de).

2 Womit nicht gesagt sein soll, dass es in Union und SPD nicht sehr unterschiedliche Vorstellungen für die Zukunft unserer Gesellschaft gäbe.

dass das lange nicht reichen kann. Bezieht man dann noch mit ein, dass die Gewerkschaften bei derzeit über einer Million in Pflegeeinrichtungen beschäftigten Fachkräften den Pflegenotstand ausrufen, sind die 8000 neuen Pflegestellen kaum ein Tropfen auf den heißen Stein.<sup>3</sup> Dem Beispiel der Pflegekräfte folgend, könnten wir nun den gesamten Koalitionsvertrag durchgehen und anhand der Erfolge in den einzelnen Bereichen aufzeigen, warum auch das nicht ausreicht.

Wollen wir aber nicht. Denn es geht uns um etwas anderes. Uns geht es nicht nur darum, dass der Koalitionsvertrag nicht an jeder Stelle die richtigen Antworten liefert. Er stellt nicht einmal die richtigen Fragen. Um das noch einmal am Beispiel der Pflege darzustellen: Es geht nicht darum, ob es nun 8.000, 10.000 oder 100.000 neue Pflegestellen braucht. Es geht um eine grundsätzliche Wende in der Pflege: Pflegeeinrichtungen, die an der Gesundheit und den Bedürfnissen der PflegerInnen und der Pflegebedürftigen orientiert sind, nicht an Profitinteressen. Einen Personalbemessungsschlüssel, der es PflegerInnen ermöglicht, sich genügend Zeit für jedeN PflegebedürftigeN zu nehmen. Gute Rahmenbedingungen für die PflegerInnen (das schließt eine angemessene Bezahlung ein) und Arbeitsbedingungen, die es ihnen ermöglichen, ihrem eigenen Anspruch an eine gute Pflege gerecht zu werden. Eine fachlich gute und gut ausgestattete Ausbildung der PflegerInnen. Natürlich auch genügend Personal – aber eben noch so viel mehr. Um all das sicherzustellen, braucht es eine grundsätzliche Wende in der Pflege. Ohne den Umbau der Pflegeversicherung in eine Vollversicherung wird das bspw. nicht möglich sein. 8.000 neue Pflegestellen sind keine schlechte Sache. Aber sie werden der eigentlichen Frage nicht im Ansatz gerecht.

Dieser Befund trifft den gesamten Koalitionsvertrag: Er greift die wichtigen Fragen unserer Zeit nicht einmal auf. Wir erleben gerade tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen. Gesellschaftlicher Wandel an sich ist dabei natürlich nichts Neues, sondern hat immer stattgefunden und wird immer stattfinden. Doch

der Wandel, den wir gerade erleben, ist ein tiefgreifender. Er verändert nicht bloß einzelne gesellschaftliche Bereiche, sondern wälzt unsere Gesellschaft im Ganzen um, erfasst alle Lebensbereiche.

Der Wandel der Arbeitswelt eröffnet uns durch eine Entwicklung neuer produktiver Kräfte, neuer Arbeitsorganisationsformen und der Digitalisierung auf der einen Seite ganz neue Möglichkeiten, unsere Wirtschaftstätigkeit gemeinsam und bewusst zu organisieren.<sup>4</sup> Auf der anderen Seite belasten die Unternehmensleitungen mit ihrem Profitinteresse die Beschäftigten und üben durch indirekte Steuerung Druck auf sie aus. Versuche, diesen Wandel einzudämmen oder seine Auswirkungen zu begrenzen, müssen scheitern. Auch die Digitalisierung bspw. bietet Möglichkeiten, die zu wirklichem gesellschaftlichen Fortschritt genutzt werden können, wenn wir sie bewusst entwickeln. Wir brauchen hierauf Antworten, die es uns ermöglichen, unsere Wirtschaftstätigkeit demokratisch zu organisieren und an unseren Bedürfnissen auszurichten – nur so schaffen wir es, dass wir unsere neu erlernten Fähigkeiten nicht gegen uns selber richten. Der Klimawandel schreitet weiter voran und bedroht mittlerweile unsere natürliche Lebensgrundlage. Kleinteilige Fragen, wann welche nachhaltigere Technologie eingeführt und welche abgeschafft werden können, sind hier völlig fehl am Platz. Ändern wir unser Verhältnis zu unserer Umwelt nicht bald radikal, werden die Auswirkungen verheerend sein – und diejenigen, für die es heute schon ungerecht zugeht, werden die zuerst Betroffenen sein. Das Ausmaß an Ungerechtigkeit sowohl weltweit als auch innerhalb Europas ist himmelschreidend. Über eine Reform Europas zu sprechen und dabei nur an den Sitz des Europaparlamentes, nicht aber an Armut in Süd- und Südosteuropa zu denken, ist blander Hohn. Und für die Ungeheuerlichkeit, angesichts Tausender Toter im Mittelmeer noch darüber zu sprechen, ob es ertragbar sei, dass mehr als 1.000 Geflüchtete monatlich im Familiennachzug nach Deutschland kommen, fallen uns keine Worte mehr ein.

<sup>3</sup> Zahlen: destatis.de (Stand 2015).

<sup>4</sup> Vgl. hierzu auch Stephan Siemens und Martina Frenzel: Das unternehmerische Wir (VSA-Verlag).

Alle diese gesellschaftlichen Lebensbereiche hängen miteinander zusammen. Global agierende Konzerne sorgen dafür, dass sich der Wandel der Arbeitswelt global rasant verbreitet und Nationalstaaten können mit ihren Instrumenten neue Technologien längst nicht mehr kontrollieren. Der Klimawandel zwingt schon heute Menschen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Fliehen sie nach Südeuropa, werden sie dort bald Opfer der Auswirkungen der europäischen Austeritätspolitik – und des Vormarsches rechter und rassistischer Parteien. Wollen wir die Umwälzungen in unserer Gegenwart fortschrittlich und in unserem Sinne gestalten, reichen Antworten in einzelnen Bereichen nicht aus. Was wir brauchen, ist ein fortschrittlicher Gesellschaftsentwurf, der sich mit den Fragen unserer Zeit grundsätzlich auseinandersetzt und einen radikalen Aufbruch als Antwort darauf formuliert. Das ist die geschichtliche Aufgabe, die die Sozialdemokratie annehmen kann.

Denn wir wissen eines ganz sicher: Im Koalitionsvertrag der großen Koalition findet sich kein Entwurf, wie wir die Umwälzungen unserer Gegenwart gestalten wollen. Im Gegenteil, der Koalitionsvertrag ist der Politik gewordene Ausdruck des Abwartens und Zögerns. Statt sich der Fragen unserer Zeit anzunehmen, werden im Stückwerk-Verfahren Einzelmaßnahmen für akute Probleme zusammengeschustert, die wirklichen gesellschaftlichen Widersprüche aber ignoriert. Der Koalitionsvertrag löst diese Widersprüche nicht auf, sondern zögert bloß ein weiteres Aufbrechen der Interessengegensätze weiter heraus – und sorgt damit dafür, dass der Umbruch noch heftiger wird, sobald er einmal passiert. Wir sehen schon heute, wie sich die gesellschaftlichen Widersprüche zuspitzen. Die Reichen werden immer reicher, während Armut immer weiter wächst – heute besitzen die reichsten 45 Haushalte in Deutschland genau so viel wie die 40 Millionen der ärmeren Hälfte der Bevölkerung.<sup>5</sup> Ein Gesellschaftsentwurf, der keine Antwort darauf bietet, wie der Reichtum gerecht verteilt werden kann, darf sich weder gerecht noch fortschrittlich nennen. Nazis, RassistInnen und AntisemitInnen sind in Deutschland und weltweit auf dem Vormarsch

und bedrohen in den letzten Jahrzehnten mühsam erkämpfte Freiheiten, bspw. bei der Geschlechtergerechtigkeit. Diese und andere Entwicklungen dürfen wir nicht hinnehmen, sondern müssen sie an der Wurzel bekämpfen. Wir sehen, dass sich die gesellschaftlichen Widersprüche heute zuspitzen, und wir sehen, dass die große Koalition sich nicht an die großen Fragen unserer Zeit heranwagt. Und sehenden Auges die gesellschaftlichen Widersprüche und ihre Auswirkungen unverändert zu lassen, das kann nicht die Zustimmung der Sozialdemokratie finden.

Aber auch andernorts sind Antworten auf die Fragen unserer Zeit heute rar gesät. Wir müssen diese Antworten also selber erarbeiten. Ganz unabhängig davon, wie das Votum der SPD-Mitglieder Anfang März ausgehen wird: Wir brauchen einen radikalen Aufbruch und einen fortschrittlichen Gesellschaftsentwurf. Das werden wir nicht alleine schaffen. Was es für einen radikalen Aufbruch und die Erarbeitung eines fortschrittlichen Gesellschaftsentwurfes braucht, ist eine gemeinsame Anstrengung einer breiten gesellschaftlichen Bewegung. Gewerkschaften und ökologische Organisationen, FeministInnen und AntirassistInnen, GlobalisierungskritikerInnen und viele mehr müssen sich gemeinsam mit den Fragen unserer Zeit auseinandersetzen und Antworten darauf erarbeiten.

Man hört schon den ein oder anderen Unkenruf, am Ausgang des Mitgliedervotums der SPD entscheide sich, ob die Sozialdemokratie noch eine Zukunft habe. Das ist mitnichten die Wahrheit. Ob die Sozialdemokratie eine Zukunft haben wird, entscheidet sich daran, ob sie es schafft, sich mit den Fragen unserer Zeit auseinanderzusetzen und Antworten darauf zu erarbeiten. Das kann nur unser gemeinsames Werk sein. Gemeinsam muss es uns gelingen, uns mit den Widersprüchen der Gegenwart auseinanderzusetzen und einen fortschrittlichen Gesellschaftsentwurf als Antwort auf die Fragen unserer Zeit zu erarbeiten. Daran hängt die Zukunft der Sozialdemokratie. Und der Blick auf den Klimawandel, den Wandel unserer Arbeitswelt oder den Vormarsch der politischen Rechten zeigt: Es ist weit mehr als die Sozialdemokratie, die davon abhängt. ■

<sup>5</sup> Folgend aktuellen Berechnungen des DIW, abrufbar auf diw.de.

# „Sehnsucht nach Heimat“? Sehnsucht nach einem guten Leben!

von Thilo Scholle und Sascha Vogt



⇒ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Foto: privat



⇒ Sascha Vogt ist Mitglied im SPD-Parteivorstand und lebt und arbeitet in Düsseldorf.

Foto: © Susie Knoll

In den politischen Feuilletons ist die Debatte um die Hintergründe des (in Deutschland zum Glück noch relativen) Niedergangs der Sozialdemokratie bzw. von Parteien der linken Mitte in den westlichen Industrieländern in vollem Gange. Im Mittelpunkt steht dabei zunehmend die Diskussion, ob die Sozialdemokratie (einschließlich der Demokraten in den USA) zu sehr auf gesellschaftspolitisch progressive Themen gesetzt und dabei die „alte“ Arbeiterklasse abgehängt hätte. „Identitätspolitik“ für gesellschaftliche Minderheiten statt „Klassenpolitik“ für abhängig Beschäftigte lautet die Kritik, die in den USA gerade nach dem Wahlsieg von Donald Trump diskutiert wird.

Auch in Deutschland hat diese Debatte seit der Bundestagswahl an Fahrt aufgenommen. Fand sie bis dahin vor allem im (verbliebenen) intellektuellen Umfeld der Sozialdemokratie statt, so wird sie nun zunehmend von prominenten Sozialdemokraten aufgegriffen. Über die genauen Definitionen der verwendeten Begriffe sowie die tatsächliche gesellschaftliche und politische Reichweite der beschriebenen Phänomene herrscht dabei noch ein ordentliches Maß an Unklarheit. Als einer der prominentesten Politiker der SPD hat sich jüngst Sigmar Gabriel Mitte Dezember im „Spiegel“ im Rahmen eines Essays geäußert.<sup>1</sup>

Der langjährige Parteivorsitzende beginnt seinen Text mit der Feststellung, die „Idee der Sozialdemokratie“ fuße seit mehr als 150 Jahren auf gemeinsamer Interessenvertretung, auf kollektivem Handeln und einer auf Solidarität ausgerichteten Gesellschaft. Wenig davon sei übrig: „Individualisierte Lebensvorstellungen sind weit prägender als früher. Und der Nationalstaat kann seine Wohlfahrtsversprechen nicht mehr einlösen. Zugespitzt: Fast alle Bedingungen für den sozialdemokratischen Erfolg der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts sind verschwunden.“ Gleichzeitig hätten die Familie und die bis dahin gesellschaftlich dominante Ordnung der Geschlechterverhältnisse durch Individualisierung und Emanzipation an Kraft und Relevanz verloren. Dies sei befreiend gewesen, aber: „Es verschwanden nicht nur die Autoritären, sondern auch die Autoritäten. (...) Der Schlachtruf der Postmoderne ‚Anything goes‘ egalisierte nicht nur, sondern er entzog auch Sicherheit und Orientierung. (...) So löste der ‚Shareholder Value‘ in Deutschland den ‚Rheinischen Kapitalismus‘ ab. Verbindlichkeit und Verbindendes galten auf einmal als Hindernis für die Entfaltung der für den Wettbewerb in der Globalisierung notwendigen Flexibilität und Mobilität.“ Der globalisierte Kapitalismus erpresse die Nationalstaaten. Alle sozialdemokratischen Parteien in Europa hätten in ihrer Antwort auf diesen „globalen Postmodernismus“ ähnliche Fehler gemacht. „Wir haben uns eher in

<sup>1</sup> Sigmar Gabriel, „Sehnsucht nach Heimat“, Der Spiegel Nr. 51, 16.12.2017.

unseren nationalen Wirtschaftsdebatten an den Wettbewerbsdruck dieser postmodernen Globalisierung angepasst. Wettbewerbsfähigkeit war uns wichtiger als Löhne und Renten, mit denen man nicht nur leben, sondern gut leben kann (...).“ Zwar habe man in der letzten Legislaturperiode einiges gut machen können, aber auch „wir haben uns kulturell als Sozialdemokraten und Progressive oft wohlgeföhlt in postmodernen liberalen Debatten. Umwelt- und Klimaschutz waren uns manchmal wichtiger als der Erhalt unserer Industriearbeitsplätze (...).“ Die Frage sei nun, ob die Sozialdemokratie kulturell noch nah genug an den Teilen unserer Gesellschaft dran sei, die mit dem Anything goes nicht einverstanden seien. Die Mehrheit von uns habe meist ihren Aufstieg gemacht und lebe nicht mehr in diesen Stadtteilen. „Bei uns gibt es oftmals zu viel Grünes und Liberales und zu wenig Rotes“. „Rot“ bedeute dann aber nicht Debatten um Umverteilung: „Im Kern geht es (...) um eine kulturelle Haltung und um Fragen nach Identität.“ Nötig sei letztendlich eine Europäisierung und Internationalisierung unserer politischen Konzepte.

Im Prinzip skizziert er – zu Recht – zwei entscheidende gesellschaftliche Konfliktlinien: Eine sozio-ökonomische (Verteilungsfragen, Umgang mit dem kapitalistischen System, Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt etc.) sowie eine kulturelle Konfliktlinie (etwa Fragen von Zuwanderung oder gesellschaftlicher Offenheit). Seine Kritik bezieht sich nun einerseits auf eine Unterbetonung sozio-ökonomischer und eine Überbetonung kultureller Konflikte durch die Sozialdemokratie, wobei insbesondere letztere mit einer inhaltlichen Kritik an einer zu liberalen Haltung einhergeht, durch die für die Sozialdemokratie zentrale Milieus nicht mehr angesprochen würden. Nun ist in der Tat festzustellen, dass die Sozialdemokratie die sozio-ökonomische Konfliktlinie lange Zeit zumindest vernachlässigt hat. Zwar ist sie nicht mehr dermaßen klein geredet wie zu Zeiten Gerhard Schröders („Es gibt keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, nur richtige und falsche“), bei vielen Verteilungsfragen besteht aber derzeit noch immer quasi eine große Koalition innerhalb der eigenen Partei.

Und auch abseits klassischer Verteilungsfragen fehlen derzeit in der Tat innovative Konzepte und/oder der Mut zu grundlegenden strukturellen Reformen mit dem Ziel für mehr soziale Sicherheit und individuelle Freiheit zu sorgen. Ein wenig unentschieden oder unklar bleibt Gabriel bei den Ursachen für diese Entwicklung. Fußt sie auf einem faktischen Anpassungsdruck des Wohlfahrtsstaates auf die Globalisierung? Oder handelt es sich um eine neoliberalen Diskurshegemonie, die den Glauben an die politische Steuerungsfähigkeit untergräbt? Genau hier bedürfte es einer Analyse. Und genau hier bleibt der Diskurs nebulös.

Damit bleibt in Sigmar Gabriels Text – und ähnliche Eindrücke gewinnt man auch bei der Lektüre anderer Beiträge der Debatte – ein etwas merkwürdiger Schiefstand zurück: Zunächst wird das Entstehen von ökonomischen Unsicherheiten als Ausgangspunkt für eine wachsende Unsicherheit bei Menschen konstatiert, die sich dann (auch) im Bedürfnis nach kulturellem Halt und neuer Übersichtlichkeit ausdrücke. Die politische Antwort stellt dann aber ausschließlich auf eine Verschiebung am kulturellen Regler ab: Der Wunsch nach Heimat und Identität der Menschen müsse bedient und nicht mögliche ökonomische Unsicherheiten bearbeitet werden. Somit ist es auch nur zum Teil richtig, wenn Gabriel (und andere) nun kritisieren, kulturelle Fragen hätten in der Vergangenheit im Vordergrund gestanden. Denn dies gilt nur im Wechselspiel mit den fehlenden sozio-ökonomischen Konfliktlinien: Ja, es ist in der Tat eine berechtigte Frage, warum die Ehe für alle als Konflikt dermaßen zugespitzt wurde, dass quasi die Koalition infrage gestellt wurde. Das ist aber kein inhaltliches Problem mit der berechtigten Forderung der Öffnung der Ehe für alle. Und es besteht gar kein Anlass, die Positionen der SPD in diesen und anderen gesellschaftlichen Fragen zu ändern. Es ist vielmehr eine Frage, warum es offensichtlich an sozio-ökonomischen Themen gemangelt hat, die man zu einem solchen Konflikt hätte machen können oder wollen. Hinzu kommt: Wer ist eigentlich das „wir“ und was ist eine definierbare „Heimat“, wenn etwa 25 Prozent der Bevölkerung auf die eine oder andere Weise einen Migra-

tionshintergrund hat? Wessen Heimatgefühle sollen denn angesprochen werden?

Zudem: Wer hat Sigmar Gabriel eigentlich daran gehindert, die SPD als Kraft für einen modernisierten Sozialstaat zu positionieren, der soziale Sicherheit mit selbstbestimmter Flexibilität verbindet? Weitreichende sozio-ökonomische Vorschläge des Parteivorsitzenden wurden auf den Parteitagen der letzten zehn Jahre jedenfalls wohl kaum durch ausufernde Debatten um dritte Toiletten oder vierte Geschlechter verhindert. Richtig ist lediglich, dass die Bilanz der sozialdemokratischen Regierungen des „Dritten Wegs“ à la Schröder/Blair in Europa vor allem im Bereich gesellschaftspolitischer Gleichstellungen erfolgreich waren – während der Ausbau sozialer Rechte ungleich geringer ausfiel. Kurz: In diesem Sinne wurde nicht zu viel über Gender geredet, sondern zu wenig über Klasse.

Dass „Identitätspolitik“ durchaus zum Konzept eines „progressiven Neoliberalismus“ (Nancy Fraser) passen kann, steht dabei auf einem anderen Blatt. „Was die Identitätspolitik (hypothetisch) erreichen könnte, wäre, dass Frauen und Angehörige ‚rassischer‘ Minderheiten nur noch proportional von Armut betroffen und auf die entsprechenden sozialen Stufen verwiesen wären.“ (Martha E. Giménez) Gleichstellung muss deshalb für die Kapitalseite kein Problem sein, – eher umgekehrt: So lange soziale Fragen v.a. im Gewand einer Kritik an Rassismus und Ausgrenzung verhandelt werden, geraten soziale Spaltungen in der Gesellschaft aus dem Blick. Problematisch ist daher in der Tat, dass Teile der sich als radikal verstehenden Linken innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie kulturelle Fragen als Markierung für Links-Rechts-Unterscheidungen gewählt haben. Die „Ehe für Alle“ ist in der SPD keine Links-Rechts-Frage. Die Regulierung und Gestaltung des digitalisierten Kapitalismus könnte dies sein – wenn denn wieder ernsthafte politökonomische Debatten begonnen werden würden.

Daher ist es aus unserer Sicht angemessen, hinter die Schlussfolgerung im Essay Sigmar Gabrios ein dickes Fragezeichen zu setzen.

Denn erstens gilt das oben gesagte: Eine progressive Haltung in gesellschaftspolitischen Fragen gehört zum politischen Grundkanon der SPD. Dies war im Übrigen auch historisch nie anders – man denke an August Bebels Positionierung zum Thema Homosexualität oder die Forderung nach der Gleichberechtigung von Männern und Frauen – und auch an das Prinzip der internationalen Solidarität. Dies gilt zweitens aber auch mit Blick auf empirisch fassbare Hinweise zu den WählerInnenpotentialen der SPD. Instruktiv erscheint in diesem Zusammenhang eine Studie zur „Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland“, die im Jahr 2016 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erschien. Ihr zufolge weisen drei von insgesamt acht Segmenten von Wählerinnen und Wählern mit Anteilen zwischen acht und 16 Prozent der Gesellschaft eine starke Nähe zur Sozialdemokratie auf. Sie eint darüber hinaus ein ganzes Set an grundlegenden Einstellungen zu politischen Fragen: Sie sind für eine stärkere Umverteilung, begreifen technologischen Wandel als Chance, halten eine stärkere Bekämpfung des Klimawandels für geboten, sind pro-europäisch, wollen einen investierenden Staat und: Sie sehen Einwanderung stärker als Chance, denn als Bedrohung. Letzteres auch, weil für sie Weltoffenheit und Toleranz in dem Sinne handlungsleitend sind, dass alle Menschen sich unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Lebensmodell frei entfalten können sollten. In dieser letzten Frage – auf der kulturellen Konfliktlinie – ist zudem ein weiteres Segment mehrheitlich für Weltoffenheit und Toleranz, steht der SPD aber bei den Verteilungsfragen fern; zwei weitere Segmente sind in der Frage gespalten (und damit nicht komplett unerreichbar) und nur zwei Segmente stehen mit deutlicher Mehrheit für eine Rückbesinnung auf eine christlich-abendländische Kultur. Vor diesem Hintergrund erscheint es fraglich, ob es gewinnbringend sein kann, mit einer gesellschaftspolitisch „rechteren“ Einstellung Gruppen zurückzugewinnen. Denn gleichzeitig könnte man auch für die Sozialdemokratie zentrale Milieus, denen Weltoffenheit und Toleranz wichtig sind, verlieren<sup>2</sup>. Zudem legen andere Studien nahe, dass

<sup>2</sup> Vgl. Ausführlich Faus / Faus / Glöger 2016: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12764.pdf>.

insbesondere tatsächlicher oder so empfundener Kontroll- und Gestaltungsverlust über das eigene Leben mit ein Faktor für rechtsoffene Entscheidungen an der Wahlurne sein kann – Identitäts- und Heimatgefühl in diesem Sinne also vor allem mit der Gestaltbarkeit des eigenen Lebens zu tun haben könnte.<sup>3</sup>

Deshalb erscheint uns der Ansatz, Wählerinnen und Wähler mit einem Programm zu überzeugen, das gesellschaftliche Modernisierung in Frage stellt oder das suggeriert, mit einem Heimat-Begriff eine Fluchtmöglichkeit vor der Modernisierung zu ermöglichen, als grundlegend falscher Weg. Mit einer Absage an einen Anti-Modernisierungskurs wird man sicherlich einen harten Kern, der gesellschaftliche Modernisierung aus Prinzip ablehnt, nicht erreichen können. Und natürlich schafft eine Ansprache die auf der Addition von gesellschaftlichen Minderheiten basiert, keine gesellschaftlichen Mehrheiten. Es kann aber gelingen, einen Teil derjenigen zu erreichen, die angesichts der stattfindenden Umwälzungen Unsicherheiten empfinden. Die Kernidee für die Sozialdemokratie müsste darin liegen, den Bürgerinnen und Bürgern auch für die Zukunft Sicherheit in umfassendem Sinne versprechen zu können. Das Leitbild einer „solidarischen Arbeitsgesellschaft“ könnte hier ein Anknüpfungspunkt sein. Diese versucht die emanzipatorischen Potentiale von technologischer Entwicklung zu heben und im Sinne der Vielen nutzbar zu machen. Nötig ist auch ein handlungsfähiger Staat mit einer bürgernahen und gut ausgestatteten öffentlichen Verwaltung. Darüber hinaus bedarf es neuer und großer Ideen zur Weiterentwicklung des Sozialstaates, der Sicherheit und Flexibilität miteinander verbindet. Sämtliche dieser Fragen werden nicht immer konfliktfrei zu bearbeiten sein. Aber genau darin könnte eine große Chance für die Sozialdemokratie liegen – als Mittelpunkt eines Bündnisses für eine Politik, die die Sehnsucht der Vielen nach einem „guten Leben“ in Solidarität befriedigt, und nicht diffusen Identitätsdebatten der Wenigen hinterherläuft.

<sup>3</sup> Vgl. Richard Hilmer, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné, Einstellung und soziale Lebenslage, Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Nr. 044, August 2017.



## Gegner – Instrument – Partner

Gewerkschaftliche Staatsverständnisse vom Industrialismus bis zum Informationszeitalter

Herausgegeben von  
Prof. Dr. Michael Ruck

2017, 270 S., brosch., 39,- €

ISBN 978-3-8487-3055-1

eISBN 978-3-8452-7204-7

(*Staatsverständnisse*, Bd. 106)

[nomos-shop.de/27279](http://nomos-shop.de/27279)

Die modernen Gewerkschaften haben sich im Zuge der Industrialisierung zu organisierten Massenbewegungen formiert, welche ihren Interessenvertretungsanspruch im Rahmen institutionalisierter Arbeitsbeziehungen zur Geltung bringen. Der Sammelband arbeitet die spezifischen Voraussetzungen und Merkmale dieses Organisations- und Aktionsleitbilds im intertemporalen und internationalen Vergleich heraus.



# 200 Jahre Marx

## Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Thilo Scholle und Stefan Stache<sup>1</sup>



Foto: Marx-Zeichnung: Brenda Miller © - Fotolia.com, Marx jung: © - Fotolia.com, Marx alt: Gemeinfrei / AddD

Am 5. Mai 2018 feiert Karl Marx seinen 200. Geburtstag. Das öffentliche Interesse an Marx ist in den letzten Jahren weitgehend konstant geblieben. Die UNESCO nahm im Jahr 2013 das Kommunistische Manifest und Band 1 des „Kapital“ in das Dokumentenerbe der Menschheit auf. Regelmäßig erscheinen neue Biographien, und seit dem letzten Jahr scheint auch mit Blick auf das Jubiläumsjahr die Zahl der Publikationen noch einmal zugenommen zu haben.

Raoul Pecks Kino-Film „Der junge Marx“ wurde allein in Deutschland bis zum Sommer 2017 von mehr als 170 000 Kinobesucherinnen und -besuchern gesehen. Der Film zeigt eine durchaus differenzierte und auch

dem Theoretiker-Duo Marx und Engels gegenüber wohlwollende Perspektive auf die Frühphase des Marxschen Schaffens. Er bemühte sich dabei auch, die theoretische Entwicklung und Marx Beitrag zur Analyse des Kapitalismus nachzuzeichnen. Für 2018 ist ein vom ZDF produziertes „Dokudrama“ mit dem Arbeitstitel „Der deutsche Prophet. Die letzte Reise des Karl Marx“ mit Mario Adorf in der Hauptrolle vorgesehen. Ob Playmobil analog zur Luther-Figur im letzten Jahr nun auch eine Marx-Figur auf dem Markt bringt, ist nicht bekannt. Wahrnehmbar waren aktuell auch literarische Beschäftigungen mit der Figur Marx, so beispielsweise im Roman „Und Marx stand still in Darwins Garten“, in dem die Journalistin Ilona Jerger die fiktive Begegnung des alten Marx mit dem alten Darwin schildert.

Einzug gehalten hat Marx auch wieder ins politische Feuilleton von der FAZ bis zur

<sup>1</sup> Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und im Kreisvorstand der SPD Stuttgart.

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

taz. Auffällig ist dabei, dass bislang die eher wohlwollenden Einordnungen überwiegen. Allerdings ist zu erwarten, dass bis zum Höhepunkt um den 5. Mai auch Wortmeldungen der üblichen Verdächtigen zunehmen werden, die Marx mithilfe totalitarismustheoretischer Diktion zuleibe rücken wollen werden.

Erfreulich ist, dass viele Beiträge nicht nur historisierenden Charakter haben, sondern auch nach aktuellen Anschlussmöglichkeiten suchen. Insoweit scheinen die ökonomischen Krisen der vergangenen zehn Jahre durchaus einen Effekt gehabt zu haben – ein ähnlich unkritisches Bild des reibungslosen Funktionierens des Kapitalismus wie vor dem Ausbruch dieser Krisen lässt sich offensichtlich nicht mehr ohne weiteres zeichnen.

Etwas abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit geht zudem die Aufbereitung des Werks voran. Die Marx-Engels-Werke (MEW) wurden um einen 44. Band ergänzt. Die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) schreitet immer weiter voran. So wurde im Jahr 2012 beispielsweise die – 15 Bände (23 Teilbände) – umfassende zweite Abteilung zu „Kapital“ und Vorarbeiten abgeschlossen. Mit der MEGA wird es immer besser möglich, nicht nur einen vollständigen Überblick über das Marxsche Schaffen zu bekommen. Deutlich wird auch die Unabgeschlossenheit des Werkes und das stetige Bemühen um Weiterentwicklung durch Marx (und Engels) selbst. Und das Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus ist mittlerweile beim Buchstaben „M“ angekommen.

Anspruch des vorliegenden spw-Schwerpunktes ist in erster Linie, das Marxsche Werk nach Aktualisierungs- und Weiterentwicklungspotentialen abzusuchen. Der Bezug einer Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft kann nicht sein, einfach nur ein Nostalgie-Heft aufzulegen. Genauso wenig wie eine abstrakte Darstellung oder Beschwörung der Bedeutung des Marxschen Werkes weiterhilft. Marxsches Denken ist Sozialwissenschaft im besten Sinne. Es lebt vom Kontakt und Austausch mit neuen Entwicklungen, mit dem ständigen Weiterdenken des

theoretischen Rahmens – immer mit Blick auf tatsächliche gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen. Wie Max Adler und Rudolf Hilferding in ihrer Einleitung zum ersten Band der Marx-Studien im Jahr 1904 formulierten: „So ist denn sicher auch uns der Marxismus kein starres System. Es werden gerade die Arbeiten dieses Bandes zeigen, wie sehr wir alles an ihm in Entwicklung sehen, eine Entwicklung, die wir aber nur dann richtig fassen zu können glauben, wenn nunmehr allenthalben die bewusste Verknüpfung der marxistischen Denkresultate und -Methoden mit dem gesamten modernen Geistesleben, das ist mit dem Inhalt der philosophischen und sozialwissenschaftlichen Arbeit unserer Zeit hergestellt wird.“

Marxsches Denken ist keine Theologie. „Schlag nach bei Marx“ gibt es genauso wenig wie ein schematisches Anwenden Marxscher Theorie. Dass das Marxsche Handwerkszeug noch einiges zu bieten hat, zeigen die Beiträge im Heft ohnehin.

So bietet das Jubiläumsjahr vielleicht auch Gelegenheit, Marx nicht nur als Ikone für die eigene politische Ahngalerie und Identität zu pflegen, sondern tatsächlich auch als modernen Denker zu nutzen, dem die Dynamik kapitalistischer Entwicklung sehr bewusst war und der zugleich einen klaren Blick auf die technologische Entwicklung und ihre gesellschaftlichen Folgen hatte. Für spw wird Denken im Anschluss an Marx jedenfalls weiterhin einer der möglichen theoretischen Ausgangspunkte für die Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit sein.

Es würde der Sozialdemokratie gut tun, endlich wieder an einer klaren Einschätzung zu arbeiten, was eigentlich ökonomisch und gesellschaftlich um sie herum passiert. Der 200. Geburtstag von Karl Marx bietet insbesondere für die SPD-Linke einen guten Anknüpfungspunkt, um eine Kritik des digitalen Kapitalismus zu entwickeln. Dabei geht es um das Verstehen neuer Konfliktlinien und die Entwicklung eines alternativen Entwicklungspfads. Eine Technologie macht für sich noch keine Produktionsweise aus. Auch in einem

sich digitalisierenden Kapitalismus wird die Technik allein nicht der bestimmende Faktor sein. Entscheidend bleibt der Blick auf das Zusammenspiel von ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Und die Menschen machen ihre Geschichte zwar unter den gegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen, aber sie machen sie selbst. Auch ein sich digitalisierender Kapitalismus gestaltet sich eben nicht von allein – und Projekte zu seiner Regulierung oder Überwindung entstehen ohnehin nicht von selbst. Nötig ist ein nüchterner Blick auf Potentiale und Gefahren aktueller Entwicklungen. Ein den „rheinischen“ Kapitalismus der 1970er Jahre idyllisierendes Idealbild – oft begleitet von der Idee, technologische und arbeitsorganisatorische Entwicklungen einfach zu stoppen oder zurückzudrehen – wird genauso wenig funktionieren wie die simple Affirmation technologischer Neuerung als einer zwangsläufigen Entwicklung. Für die Diskurse einer modernen Linken muss es darum gehen, emanzipatorische Potentiale in aktuellen Entwicklungen auszumachen und daran anschließend diese verstärkende und auch darüber hinausweisende und politische Projekte zu entwickeln.

### Die Artikel im Schwerpunkt im Einzelnen:

*Michael Vester* interpretiert Marx aus einer praxisanalytischen Perspektive. Das Feld des Alltages und der Politik besitzen in diesem Verständnis eine eigene Logik und leiten sich nicht einfach aus ökonomischen Entwicklungen ab. Vielmehr lässt sich die Gesellschaft bzw. die Klassenstruktur als dynamisches Kräftefeld verstehen, in welchem Akteursgruppen, ihre Alltagshandlungen, -erfahrungen und -moral sowie politische Institutionen und Arrangements mit ökonomischen Entwicklungen vermittelt sind. In diesem Kräftespiel öffnen und schließen sich historisch spezifische Handlungsspielräume für Opposition, Protest, solidarische Organisation und die Neuverteilung von Macht. Der Autor greift u.a. auf die Arbeiten von Thompson und Gramsci zurück. Mit den sozial-historischen Analysen Thompsons und seinem Begriff der Erfahrung sowie dem von ihm aber auch von Gramsci entwickelten Theorem des Feldes könnte Marx neu gelesen

und praxeologisch begriffen werden. Damit wendet sich Vester gegen ein medianistisches Marx-Verständnis von Geschichte als automatischen Prozess.

*Michael Krätke* und *Uwe Kremer* befragen das Marxsche Werk darauf, was es zu Analyse eines „digitalisierten Kapitalismus“ beitragen kann.

*Joachim Schuster* blickt als einer der Mitautoren auf die „53 Thesen“ des „Projekt moderner Sozialismus“ von 1987 zurück, und skizziert aktuelle Anschlussmöglichkeiten.

*Shahrzad Mojab* und *Lisa Carpenter* widmen sich „Marxismus, Feminismus und Intersektionalität“, und wenden sich damit der aktuell im akademischen wie auch im aktivistischen Bereich wichtigen Debatte um das Verhältnis und Zusammenspiel von sozialer Lage und Diskriminierungsformen wie Rassismus und Sexismus zu.

Einen kurzen persönlichen Blick auf die Bedeutung von Marx für die Entwicklung des eigenen politischen Denkens werfen *Yasmin Fahimi*, *Claudia Walther*, *Oliver Kaczmarek* und *Katharina Barley*.

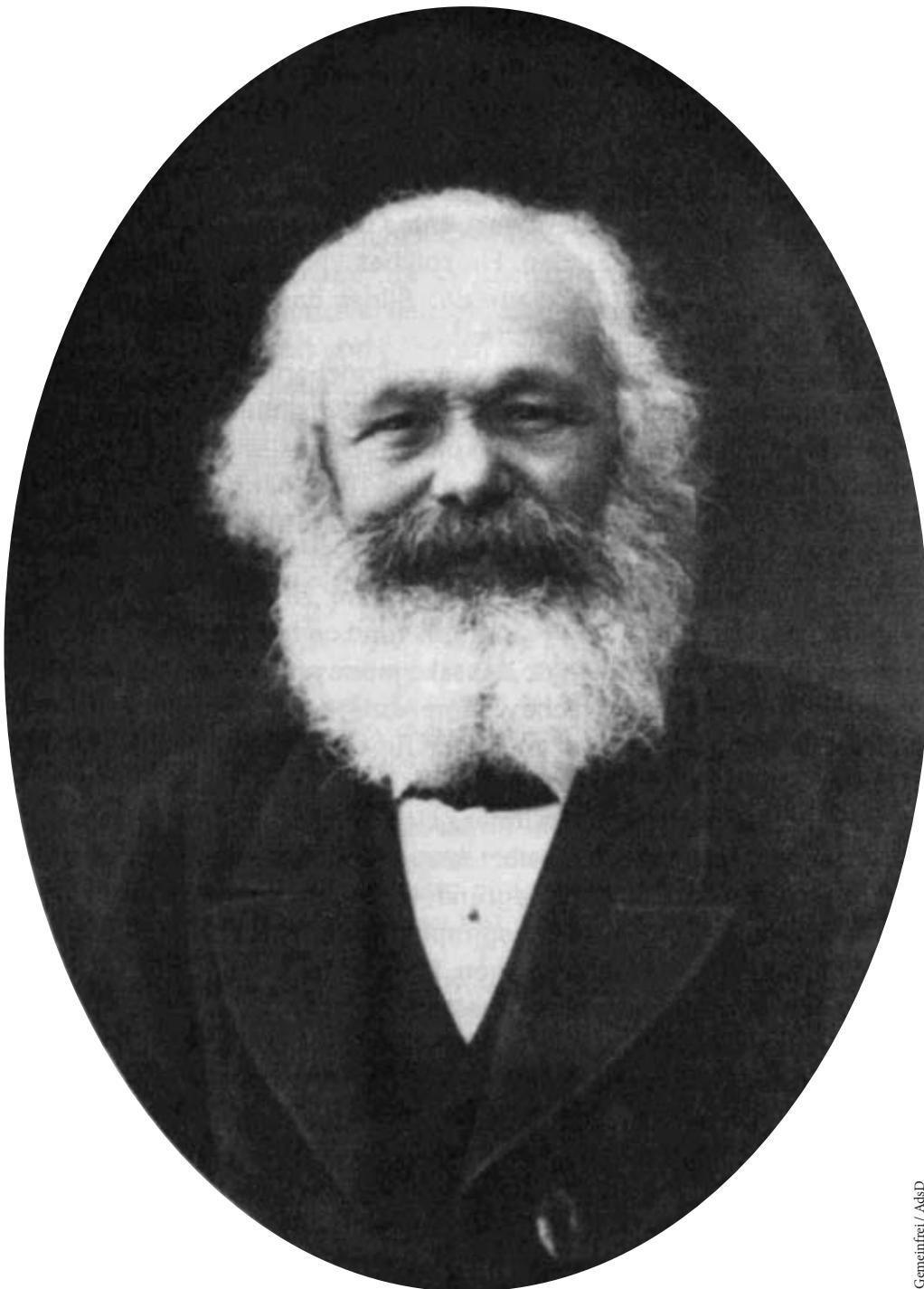
*Uli Schöler* zeichnet die enge Freundschaft seiner Ahnin Lina Schöler mit Jenny Marx nach.

*Beatrix Bouvier* skizziert die Entwicklung des (öffentlichen) Bildes, das Marx von sich und später andere von ihm machten.

*Oliver Schael* stellt Aktivitäten insbesondere der Friedrich-Ebert-Stiftung rund um Marx im Jubiläumsjahr vor.

*Thilo Scholle* gibt einen Überblick über einige aktuelle Bücher rund um das Thema „Marx“. ■

## Karl Marx 1818 - 1883



# Zweierlei Marx: Theoretiker des Kapitals oder Theoretiker der Praxis?

von Michael Vester<sup>1</sup>

Das Gesamtwerk von Marx kann weniger denn je als abgeschlossenes System angesehen werden, auf das sich eine einheitlichen Lehre stützen könnte, wie dies von Verfechtern wie von Kritikern des Marxismus lange vertreten worden ist. Hinter den mehr als vierzig blauen Bänden der Marx-Engels-Werke wächst die noch umfangreichere Marx-Engels-Gesamtausgabe an, die MEGA, die Jahr um Jahr neben den bekannten Schriften auch alle Manuskriptfassungen, Entwürfe, Exzerpthefte und Notizen erschließt. Zum Jahr des zweihundertsten Geburtstags von Marx hat damit eine erneuerte Rezeption und Diskussion Nahrung erhalten. Sie weist verstärkt darauf hin, dass in Marx' Theorien und Analysen viele Probleme unlösbar sind, unvereinbare Konzepte nebeneinander stehen und auch erhebliche Selbstzweifel zum Ausdruck kommen.

Das hat auch sein Gutes. Marx, der von Anhängern wie Gegnern oft zum Giganten verklärt worden ist, erhält sein menschliches Maß zurück. Das Projekt einer allumfassenden Gesellschaftsanalyse war mehr als ein einzelner Mensch, selbst mit der ungeheuren Arbeits- und Reflexionskraft von Marx und einem unermüdlichen Partner wie Engels, bewältigen konnte. Jedoch sind nicht abgeschlossene Problemklärungen keineswegs auch schon gescheiterte Problemklärungen. Mit den ungelösten Problemen hat Marx große Vorarbeiten und Fragestellungen hinterlassen, mit denen produktiv weitergearbeitet werden kann und auch seit langem von vielen weitergearbeitet wird.

Deutlich geworden sind diese Probleme in den Diskussionen zur „Kritik der politischen Ökonomie heute“, wie eine neue Veröffentlichung von Michael Kraetke (2017) betitelt ist. Eine Neubelebung der Diskussion über die

Fallstricke der marxistischen Klassentheorien ist von Marcel von der Linden und Karl Heinz Roth und auch von mir angestoßen worden (v. d. Linden 2008, v. d. Linden/Roth 2011, Vester 2008). Ihr in diesem Aufsatz zu diskutierendes Problem liegt darin, dass schon bei Marx zwei scheinbar gegensätzliche Klassentheorien nebeneinander stehen.

## 1. Zwei gegensätzliche strategische Konzepte

Das Schaffen von Marx stand unter einer historischen Fragestellung: Wie kann aus der kapitalistisch beherrschten eine von den Menschen frei selbstbestimmte Gesellschaftsordnung werden, „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Marx/Engels 1959 [1848], S. 482)? Doch gerade für diese Frage nach dem historischen Übergang stehen sich in der marxistischen Tradition zwei unversöhnliche Auffassungen gegenüber.

Die eine Auffassung geht von einer quasi natürgesetzlichen Kausalkette aus. Danach führt der Kapitalismus aus innerer Notwendigkeit zu Verelendung und Krisen und damit zu einer immer extremeren Polarisierung zwischen besitzenden und nichtbesitzenden Klassen; diese führt ihrerseits unausweichlich zur Empörung der Arbeiterklasse und diese wiederum zur Eroberung der Staatsmacht, von der aus dann die Gesellschaft von oben umgestaltet wird. Diese Auffassung wird auch als „jakobinisches“, an einer bestimmten Fraktion der bürgerlichen Französischen Revolution orientiertes Revolutionsmodell bezeichnet. Im allgemeinen wird sie dem Partekommunismus und auch Friedrich Engels zugeschrieben. Sie findet sich aber auch bei Marx, im *Kommunistischen Manifest* wie im *Kapital*.

Daneben steht, sowohl im *Manifest* wie im *Kapital*, eine damit weitgehend nicht vermit-

<sup>1</sup> Dr. phil. Michael Vester, geb. 1939 in Berlin, ist Professor i. R. an der Leibniz Universität Hannover und forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen.

telte zweite Auffassung, die seit Labriola und Gramsci als „Theorie der Praxis“ bezeichnet wird. Sie geht nicht von einer quasi automatischen Übersetzung von ökonomischen in soziale und schließlich politische Polarisierungen aus. Sie erinnert daran, dass der bürgerlichen Revolution eine Entwicklung von vielen Jahrhunderten vorangegangen ist, in der ökonomische, soziale und politische Prozesse und Kämpfe zusammen gewirkt haben, ohne direkt auseinander abgeleitet werden zu können. So beschreiben Marx und Engels im *Manifest* die „Entwicklungsstufen der Bourgeoisie“ als „Produkt ... einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise“, „begleitet von einem entsprechenden politischen Fortschritt. Unterdrückter Stand unter der Herrschaft der Feudalherren, bewaffnete und sich selbst verwaltende Assoziationen in der Kommune, hier unabhängige städtische Republik, dort dritter steuerpflichtiger Stand der Monarchie, dann zur Zeit der Manufaktur Gegen gewicht gegen den Adel ... , erkämpfte sie sich endlich ... im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft.“ (Marx/Engels 1959 [1848], S. 464)

Dies ist die Vorstellung, dass sich die neue Gesellschaft schon im Schoße der alten Gesellschaft vorbereitet haben muss, durch die Bildung von „sich selbst verwaltenden Assoziationen“ und eines institutionellen „Gegengewichts“, also einer Gegenmacht. Marx ging schon früh davon aus, dass die Entwicklung der Arbeiterklasse einem ähnlichen Muster folgen würde (1959 [1847], S. 181). Die Auffassung umfasst damit auch die Variante eines gesellschaftsverändernden „linken Reformismus“. So vertrat Friedrich Engels (1963 [1892]) später auch die Auffassung, dass es je nach Bedingungen verschiedene Wege zum Sozialismus gebe und dass unter den Bedingungen der Demokratie für England die Gründung der linksreformistischen Labour Party der angemessenste Weg sei.

## **2. Zwei Paradigmen: Die Gesellschaft als Räderwerk oder als Kräftefeld**

Das erste Konzept entspricht dem herkömmlichen Weltbild des „mechanischen Ma-

terialismus“ (Thompson 1980c, Jehle 2018), das sich die Welt nach dem Bild der großen technischen Innovationen der frühen Neuzeit vorstellte, nach der Mühle oder der Uhr, deren Räderwerke die Energie einer Kraftquelle in eine festgelegte Richtung übertragen und die Bewegung jedes einzelnen Gliedes unverrückbar festlegen. Die Menschen erscheinen dann als Ausführende von festgelegten Rollen, wie Bourdieu, gestützt auf Marx‘ *Thesen über Feuerbach*, anmerkt (Bourdieu 1987 [1980], S. 97f). Ökonomie, Alltagsleben und Politik sind als Teile eines einzigen Systems starr miteinander verkoppelt.

Wie und wo Marx das mechanistische Konzept verwendet, soll hier später diskutiert werden. Um für diese Diskussion Kriterien zu gewinnen, soll hier zunächst das praxistheoretische Konzept, wie es von Marx und Gramsci entworfen worden ist, dargestellt werden. Dieses Konzept begreift die Gesellschaft nicht als Uhrwerk, sondern, mit angeregt von der Relativitätstheorie der Physik, als widersprüchliches Kräftefeld. Es geht von aktiven Akteuren und Akteursgruppen und von ihnen geschaffenen mächtigen Institutionen aus, deren Energien zusammen ein Konflikt- und Machtfeld mit einem Spielraum verschiedener Entwicklungsmöglichkeiten bilden. In diesem Machtfeld sind die ökonomischen Verhältnisse mächtig oder übermäßig, aber es bleibt auch Raum für Eigensinn, Widerstand, Kampf, Opposition und alternative Weichenstellungen. Die Akteure sind weder völlig festgelegt noch völlig frei; sie sind „relativ autonom“.

In Marx‘ Werk ist das Konzept des Feldes der Praxis schon früh angelegt gewesen, und zwar nicht nur in den zitierten kurzen Bemerkungen im *Manifest* von 1848, sondern auch systematisch, am Beispiel der Emanzipationskämpfe des europäischen Bürgertums seit dem Mittelalter, im sogenannten *Feuerbachkapitel* der *Deutschen Ideologie* von 1845/46 (M./E. 1959, S. 17-77). Diese Schrift ist ein Schlüsseltext zum Verständnis der gleichzeitig entstandenen *Feuerbachthesen* und der Marxschen Theorie als einer Theorie der Praxis. Allerdings ist sie erst 1932 veröffentlicht worden. So hatte sie das Schicksal, meist sehr oberflächlich und

durch die ökonomische Brille der dominanten Marxinterpretationen betrachtet zu werden, als Beispiel des formelhaft beschworenen ‚Widerspruchs zwischen ökonomischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen‘. Dieser Widerspruch ist dort tatsächlich auch dargestellt, aber historisch eingebettet in das lebendige Zusammenwirken komplexer Bedingungen und Praxisformen (vgl. Vester 2018):

- der Gliederung der Gesellschaft in ungleiche Gruppen der Arbeitsteilung nach Geschlecht, beruflicher Spezialisierung und Generationenzugehörigkeit, also der miteinander verbundenen Teilungen der Gesellschaft in „Alters-, Geschlechts- und Gesellschaftsklassen“, wie Bourdieu (1982, 730) sie später zur Grundlage seiner Klassenanalyse macht;
- der Herausbildung der nach Klassen (und Klassenfraktionen) verschiedenen Formen der Moral, der Persönlichkeit, der Kommunikation, des sozialen Zusammenhalts und der Abgrenzung in der Lebenswelt, also der Klassendiffektion durch Habitus, Geschmack und Lebensführung, wie es später Weber (1921), Geiger (1932) und Bourdieu (1982) systematischer entwickelten;
- schließlich der politischen Kämpfe dieser Gruppen um wirtschaftliche und staatliche Macht, um innere und äußere Märkte und um Festigung ihres Einflusses in Institutionen, also der Kämpfe, durch die insbesondere nach Thompson (1987) die sozialen Klassen zu historischen Akteuren mit einem eigenen Gesellschaftsentwurf wurden.

Es werden also drei Handlungsebenen auseinandergehalten: die Felder der ökonomischen, der lebensweltlichen und der politischen Praxis. Erfasst werden sie mit einem differenzierten Instrumentarium von Begriffen, mit denen die Logik ihres widersprüchlichen Zusammenwirkens rekonstruiert werden kann (Vester 2018, vgl. Jaек 1978). Diese Analyse bleibt im *Feuerbachkapitel* im Begrifflichen, ist aber in anderen Schriften von Marx sehr genau empirisch begründet. Sie folgt damit durchaus der am Anfang des *Feuerbachkapitels* genann-

ten Methode, von den empirischen „wirklichen Individuen“ auszugehen und „ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundene wie die durch ihre eigene Aktion erzeugten“, zur Voraussetzung zu machen (Marx/Engels 1959 [1845/46], S. 20). Marx’ Praxistheorie versteht nach dieser Formulierung die Gesellschaft nicht subjektivistisch oder interaktionistisch, d.h. nicht als Produkt eines an vorgefundene Voraussetzungen nicht gebundenen Handelns der Individuen. Er versteht sie als Produkt einer Dialektik zwischen der lebendigen aktuellen Praxis und den durch frühere Praxis erzeugten inneren und äußeren Strukturen, einer „Dialektik von *opus operatum* [geschaffenem Werk] und *modus operandi* [schaffender Praxis]“, wie Bourdieu (1987, S. 98) es ausdrückt.

Welche empirischen Forschungen im *Feuerbachkapitel* verarbeitet sind, kann nachgelesen werden in den *Kreuznacher Heften* von 1843, in denen Marx umfangreiche historische Literatur exzerpiert hatte. Diese sind seit 1981 in der MEGA zugänglich (Marx 1981 [1843]), S. 5-278) aber kaum diskutiert worden. Zu den Ausnahmen gehört insbesondere der Vergleich mit Max Weber von Thanasis Giouras (2015), der sehr umfassend auch die übrige sozialhistorische Diskussion bei Marx und seinen Zeitgenossen einbezieht. Giouras betont:

*„Es ist gerade diese Lebendigkeit des Konkreten, dessen Dynamik durch die fest begründeten begrifflichen Einsichten der Kritik so gut wie befreit ist, die Marx erlaubt, in seinen historischen Darstellungen Stilmittel des Theaters zu benutzen. ... Es muss jedoch mit aller Deutlichkeit betont werden, dass jegliches historisches Urteil nicht einfach aus ‚ideologischen‘ Überzeugungen gespeist wird, sondern dass es auf der weitgehenden, akribischen Aneignung des Materials in seinen Details steht.“ (ebd., S. 96)*

Das Feldkonzept ist erst spät, seit den 1960er Jahren, vor allem von Edward Thompson und Pierre Bourdieu als Grundlage einer „praxeologischen Klassentheorie“ systematisch entwickelt worden. Es kann sich aber auch auf frühere Vorentwicklungen berufen. Diese sind

insbesondere in der klassischen Soziologie zu finden, zu der eben nicht nur Max Weber, Emile Durkheim und Theodor Geiger, sondern auch Marx selber und Antonio Gramsci zu rechnen sind. Dazu müssen allerdings die dominanten Lesarten dieser Autoren beiseite gelegt und ersetzt werden durch eine neue, heterodoxe Lektüre, auch von Marx.

### **3. Gramsci: Die Eigenlogiken des politischen und des alltagskulturellen Feldes**

Die hier vorgelegte Neuinterpretation zeigt bei Gramsci eine bisher kaum beachtete erstaunlich klare theoretische Konzeption (vgl. Vester 2018). Der Begriff des „Feldes“ gehört, in Verbindung mit den Begriffen „Milieu“, „Kräfte“, „Kräfteverhältnisse“ und „Kampf“, zu den Konzepten der Praxistheorie Gramscis. Da er das *Feuerbachkapitel* noch nicht kannte, entwickelte er sie ausgehend von den *Feuerbachthesen* von Marx und anderen verfügbaren Schriften als Alternative zu vulgärmaterialistischen und positivistischen Sichtweisen. In den *Gefängnisherften* verwirft Gramsci deren „mechanistische Auffassung des Lebens und der geschichtlichen Bewegung: die menschlichen Kräfte werden als passive und nicht bewusste, als ein von den materiellen Dingen nicht unterschiedenes Element betrachtet, und der vulgäre Evolutionsbegriff, im naturalistischen Sinn, ersetzt den Begriff der Entfaltung und Entwicklung.“ (Gramsci 2012 [1929-1935], Heft 16, S. 1847) Vielmehr gehe es darum, entsprechend den *Feuerbachthesen* von Marx „das Einwirken der (aktiven und folglich gewisse unmittelbare und mittelbare Ziele verfolgenden) Menschen als entscheidend in der geschichtlichen Entwicklung zu bewerten (unter den gegebenen Bedingungen versteht sich).“ (Ebd.) Damit bricht Gramsci mit dem mechanistischen Milieubegriff der Aufklärungsphilosophie, nach dem die Menschen nur passiv durch äußere Umstände geprägt sind. Er ersetzt ihn durch ein praxeologisches Milieukonzept, nach dem die Menschen nicht nur Geschöpfe, sondern auch Schöpfer ihrer Lebensverhältnisse sind.

Gramsci verwendet das Konzept des Feldes nicht unähnlich Bourdieu, indem er die Felder als relativ autonome, eigengesetzliche Felder

und als Felder des „Kampfes“ zwischen verschiedenen „Kräften“ auffasst und in Teifelder ausdifferenziert. Wie Bourdieu (1983, S. 183) hat sich Gramsci mit dem Konzept des Feldes und der Kräfte auch von der Relativitätstheorie Einsteins anregen lassen, die er als Beispiel von Dialektik dem dogmatischen Vulgärmaterialismus entgegenhält (ebd., H. 7, S. 884).

Für das ökonomische Feld sieht Gramsci ein „eng an die Struktur gebundenes gesellschaftliches Kräfteverhältnis, das objektiv und vom Willen der Menschen unabhängig ist ... . Auf der Basis des Entwicklungsgrades der materiellen Produktivkräfte treten die gesellschaftlichen Gruppierungen auf, deren jede eine Funktion in der Produktion selbst repräsentiert und eine bestimmte Stellung in ihr einnimmt.“ (ebd., H. 13, S. 1560) Doch er hält die „Übertragung von Konzeptionen, die auf dem ökonomischen und gewerkschaftlichen Feld [terreno] entstanden sind, auf das politische und parlamentarische Feld [campo]“ für unangemessen (H. 13, S. 1618). Stattdessen unterscheidet Gramsci – wie Weber (1972 [1921], S. 531) unter dem Namen „Ordnungen“ – insgesamt drei relativ eigengesetzliche Hauptfelder der Gesellschaft:

- das praktisch-ökonomische bzw. das ökonomische Feld (Gramsci ebd., H. 14, S. 1630 [campo]; H. 8, S. 1037 [campo]);
- das soziale Feld (H. 1, S. 193 [area sociale]) bzw. das Feld des Alltagsverständes (H. 24, S. 2180 [campo]);
- das Feld der Politik (H. 1, S. 128 [campo bzw. terreno]; H. 6, S. 816 [campo]; H. 8, S. 1036f).

Dass die Akteure des politischen Feldes auch nach der Auffassung von Marx nicht unmittelbar ökonomisch bestimmt, sondern nach relativ autonomen Eigengesetzlichkeiten handeln, betont und erklärt Gramsci ausführlicher in dem Abschnitt „Struktur und Superstruktur. Ökonomie und Ideologie“, der gegen das Lehrbuch „Theorie des historischen Materialismus“ gerichtet ist, das Bucharin (1922) auf Initiative des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion herausgegeben hat. Es wurde rasch international

verbreitet und prägte dann die offizielle Doktrin des Parteimarxismus in vielen Ländern. Es löste aber auch große Kontroversen aus, die zusammenfassend veröffentlicht und herausgegeben sind, eingeleitet von Oskar Negt (1974) unter dem Titel „Marxismus als Legitimationswissenschaft“, mit dem unmissverständlichen Untertitel „Zur Genese der stalinistischen Philosophie“ (Negt 1974). Gramsci schreibt:

*„Der (als wesentliches Postulat des historischen Materialismus dargestellte) Anspruch, jede Schwankung der Politik und der Ideologie als einen unmittelbaren Ausdruck der Struktur hinzustellen und darzulegen, muss theoretisch als primitiver Infantilismus bekämpft werden, oder praktisch muss er bekämpft werden mit dem authentischen Zeugnis von Marx als Verfasser konkreter politischer und historischer Werke. Unter diesem Gesichtspunkt sind vor allem wichtig der 18. Brumaire und die Schriften zur Orientalischen Frage, aber auch andere (Revolution und Konterrevolution in Deutschland, Der Bürgerkrieg in Frankreich und kleinere). Eine Analyse dieser Werke erlaubt eine genauere Bestimmung der marxistischen historischen Methodologie, indem man die verstreuten theoretischen Aussagen in all den Werken zusammenfasst, beleuchtet und interpretiert. Man wird sehen können, wie viele reale Vorbehalte Marx in seinen konkreten Forschungen einführt, Vorbehalte, die in den allgemeinen Werken keinen Platz finden könnten ...“ (Ebd., H. 7, S. 878)*

Von diesen Vorbehalten Marxens führt Gramsci drei auf, die auf das Spezifische von politischer Praxis hinweisen: Erstens sind die Strukturen nicht „statisch“, als „Momentaufnahme“ auszumachen, sondern sie müssen in ihrem nicht genau vorhersagbaren „ganzen Entwicklungsprozess selbst“ untersucht werden. Zweitens können die Akteure die Kräfteverhältnisse nicht immer angemessen, sondern aufgrund von komplexen Motivationen der beteiligten Gruppen auch verschieden oder fehlerhaft einschätzen (ebd., S. 879). Schließlich ist zu berücksichtigen,

*„dass viele politische Akte ... mit dem Be-*

*dürfnis zusammenhängen, einer Partei, einer Gruppe, einer Gesellschaft Zusammenhalt zu geben. ... In der Diskussion zwischen Rom und Byzanz über die Abkunft des Heiligen Geistes wäre es lächerlich, in der Struktur des europäischen Ostens die Behauptung zu suchen, daß der Heilige Geist nur vom Vater herkommt, und in der des Westens die Behauptung, daß er vom Vater und vom Sohne herkommt. Die beiden Kirchen ... haben Fragen aufgeworfen, die das innere Unterscheidungs- und Kohäsionsprinzip für jede ist ..., und es ist dieses Problem der Unterscheidung und des Konflikts, welches das historische Problem bildet, nicht die zufällige Fahne jeder der Parteien...“ (Gramsci, ebd., H. 7, S. 879f)*

Damit sind relativ eigenständige Gesetzmäßigkeiten des politischen Feldes angesprochen: die Dimension der geschichtlichen Zeit, die sich wandelnde Akteurskonstellationen, die komplexen Motivations- und Einschätzungsbedingungen und nicht zuletzt die Distinktions- und Kohäsionsmechanismen der Milieuzyzusammenhänge von Organisationen und Institutionen.

#### **4. Die kapitalistische Akkumulation: vom politisch gesteuerten zum automatischen Prozess?**

Im *Kapital* finden sich zwei entgegengesetzte Konzeptionen der historischen Transformation der Gesellschaftsordnung. Die Abschnitte über den Kampf um den Zehnstundentag und die Fabrikgesetzgebung (Marx 1962 [1867], S. 279-320) entsprechen der Auffassung der Gesellschaft als Kampffeld. Die Abschnitte über die Logik und Geschichte der kapitalistischen Akkumulation (ebd., S. 640-791) repräsentieren das mechanistische Modell einer antagonistischen Polarisierung in eine Klasse von Kapitaleignern und eine Klasse von freien Lohnarbeitern.

Für die Polarisierung in zwei Klassen unterscheidet Marx im *Kapital* zwei Entwicklungsphasen. Im 24. Kapitel rekonstruiert er die Übergangsperiode zwischen der ständisch-feudalen Ordnung des Mittelalters und dem der industriekapitalistischen Revolution, also ungefähr

zwischen 1500 und 1800. Sein Fokus ist die dem industriellen Kapitalismus „vorausgehende Akkumulation“ (Smith) oder „ursprüngliche Akkumulation“ (Marx 1962 [1867], S. 741-791). Das 23. Kapitel analysiert die Mechanismen der Akkumulation innerhalb des industriellen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts und mündet in das „Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ (ebd., S. 640-740). In der ersten Phase war die Polarisierung der Klassen ein politisch gesteuerter, in der zweiten ein gleichsam automatischer, naturgesetzlicher Prozess. In beiden Phasen werden die arbeitenden Klassen nicht als aktiv Handelnde in diesem Veränderungsprozess, sondern als dessen passives, widerstandsloses Objekt begriffen.

Zum Verständnis dieser Prozesse muss die umfassendere Sozialgeschichte in Erinnerung gerufen werden, in die sie eingebettet waren. Der beschleunigte Aufstieg des modernen Kapitalismus beginnt in der Tat schon etwa drei Jahrhunderte vor der industriellen Revolution, mit der großen historischen Wendeperiode um 1500. Bis dahin hatte sich eine spannungsreiche Koexistenz zwischen den seit dem 11. Jahrhundert aufsteigenden selbstverwalteten Städten, dem alten Feudaladel und den weltlichen und kirchlichen Fürsten aufgebaut. Diese aufhaltende Entwicklung erlebt nun einen qualitativen Sprung. Das expandierende Handelskapital löst sich aus den Städtebünden, verbindet sich mit den aufsteigenden Fürstenstaaten und beginnt auf dem Seeweg den Weltmarkt zu erschließen. Diese Wende wird markiert durch die Entdeckung Amerikas im Jahre 1492. Gleichzeitig ist dies eine *soziale* Wendeperiode mit steigendem Druck auf die bürgerlichen und stadtbürgерlichen Volksklassen. Die Spannungen suchen ihren Ausdruck in den Bauernkriegen und in den Umbrüchen der Renaissance, des Humanismus und der Reformation. In den wenigen Jahrzehnten seit der Entdeckung Amerikas drängen sich wichtige Umwälzungen der Technik-, Gesellschafts-, Kultur- und Theorieentwicklung zusammen, die mit den herausragenden Namen von Erasmus, Morus, Machiavelli, da Vinci, Zwingli, Luther, Münzter und anderen verbunden sind und bis heute nachwirken.

Marx' Fragestellung richtet sich nicht auf diesen ganzen Prozess, sondern auf die Teil-

frage der Klassenpolarisierung in England. Die erste Phase setzt ein mit der beginnenden Auflösung der vorfeudalen, feudalen und ständischen Wirtschaftsweisen und sozialen Sicherheiten im Übergang vom 15. zum 16. Jahrhundert. Sie ist das Resultat einer schrittweise gesteigerten Machtkonzentration und aktiven Praxis der herrschenden Mächte. Sie beginnt mit der Auflösung der Gefolgschaften der Feudalherren, die durch die Rosenkriege sehr geschwächt waren. Der Grundbesitz beginnt sich bereits um 1500 zunehmend von der feudalen auf eine kommerzielle Wirtschaftsweise umzustellen. Unter Heinrich VIII. erreicht dieser Prozess eine neue Qualität durch die Reformation, die mit der Etablierung einer protestantischen Staatskirche und ab 1536 mit der Enteignung der Kirchengüter verbunden ist. Diese Enteignungen sind Teil der politischen Förderung des Londoner Handelskapitals, das zuvor von der Hanse und italienischen Handelsfirmen dominiert gewesen war. Mit dem Aufstieg der Interessenkoalition von Handelskapital und Fürstenstaat tritt ein neuer Akteur in der Geschichte auf.

Das Handelskapital expandiert mit dem Aufschwung des internationalen Wollhandels und später auch des Getreidehandels mit Hilfe der starken Hebel staatlicher Politik. Dazu gehört auch die zwar, wie Marx betont, langsame, aber jahrhundertelang fortgesetzte Politik der gewaltsamen und rechtlich-institutionellen Enteignung der Landbevölkerung. Die noch bestehenden vorfeudalen Formen des Ackeralands selbstwirtschaftender Bauern und des Gemeindelands werden nach und nach in eine Ware, in kommerziell für Schafzucht und Getreideanbau genutzte Flächen verwandelt. Dieser Prozess geht mit grausamer Gewalt, mit Unterstützung der protestantischen Religion, die alle armen Menschen als Faulpelze verdammt, und mit Arbeitshäusern, Brandmarkungen, Hinrichtungen usw. einher. Das exproprierte Landvolk wird zu Vagabunden gemacht:

*„So wurde das von Grund und Boden gewaltsam exproprierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Diszi-*

*plin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert.“ (Ebd., S. 765)*

Damit, so Marx, entsteht das disziplinierte Heer der freien Lohnarbeiter, das dann seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in der expandierenden kapitalistischen Fabrikindustrie gebraucht wird. Dies ist verbunden mit einer totalen, widerstandslosen äußeren und inneren Unterwerfung unter die kapitalistische Logik:

*„Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand ..., der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegt die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter.“ (MEW 23, S. 765, Hervorhebungen hinzugefügt)*

Entsprechend erscheint auch die Aufhebung dieser Herrschaft durch eine Revolution der Arbeiterklasse als automatischer, nicht durch aktive Praxis vermittelter Prozess:

*„Mit der ständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch die Mechanismen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. ... die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation.“ (MEW 23, S. 790f, Hervorh. hinzugefügt)*

Ähnlich, jedoch mit einer nicht unwesentlichen Einschränkung formuliert Marx im vorangehenden 23. Kapitel das „allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“:

*„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, ... desto größer die industrielle Reser-*

*vearmee. ... Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich anderen Gesetzen durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.“ (Ebd., S. 673f, H. i. Original)*

In dem Marx-Arbeitskreis im Frankfurter Sozialistischen Studentenbund hat uns seinerzeit ein älterer Student – es war Oskar Negt – darauf aufmerksam gemacht, dass hier, in der hegelischen Terminologie, eine entscheidende Einschränkung formuliert ist: Die Geltung der Tendenz zur Verelendung wird dadurch eingeschränkt, dass sie nur ceteris paribus gilt, also grundsätzlich („allgemein“), losgelöst („absolut“) vom Kontext eines komplexen Wirkungsfelds („mannigfache Umstände“) und damit durchaus abänderbar („modifiziert“).

Dies bedeutet, dass der Mechanismus der zwangsläufigen Polarisierung und Verelendung nur unter den Bedingungen eines uneingeschränkten Laissez-faire-Kapitalismus funktionieren kann, in dem es keinen Widerstand in der Alltagskultur und keine Intervention durch Gewerkschaften oder staatliche Politik gibt. Diese hat – wie Marx (allerdings erst fast einhundert Seiten später (ebd., S. 768f) hervorhebt – mit der erkämpften Aufhebung der Koalitionsverbote von 1824 tatsächlich die Wirkung des Akkumulationsgesetzes modifiziert. Wird aber das Akkumulationsgesetz wortwörtlich genommen und isoliert von diesem modifizierenden Kontext zitiert, dann erscheint die „der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend“ (ebd., S. 675) als die Prophezeiung eines unausweichlichen Schicksals, das nur noch durch eruptive Empörung gewendet werden kann. Bei manchen Interpreten erscheint dann der Kapitalismus als allmächtiges, fast totalitäres System.

Wird die Dynamik der Akkumulation dagegen als eine Tendenz verstanden, gegen die auch Gegentendenzen und Gegenpraxis möglich sind, dann scheint das Problem innerhalb der Marxschen Theorie lösbar. Die Akkumulation

des Kapitals ist dann gleichsam kein „vollautomatischer“, sondern ein „halbautomatischer“ Prozess: Die Akkumulationstendenz wirkt weiter, aber an der Stelle der eruptiven Empörung kann der anhaltende und organisierte soziale, gewerkschaftliche und politische Kampf der Lohnarbeiter stehen – und auch die staatliche Intervention durch Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik. Damit öffnet sich die marxsche Theorie für Theorien der Intervention, wie sie später der Keynesianismus und die Theorien der (je nach Klassenkompromiss und Interventionsform verschiedenen) nationalen „Pfade“ der Entwicklung anboten. Doch damit sind die Probleme keineswegs schon hinreichend gelöst. Wie Marx selbst bleibt auch der „Marx-Keynesianismus“ an zwei Prämissen gebunden, die zwar nicht falsch, aber doch zu eng definiert sind.

Zunächst wird die kapitalistische Akkumulation zu eng auf die englische Textilindustrie bezogen, in der in der Tat eine vereinheitlichende Herabdrückung der Arbeitsqualifikation und der Löhne und die Verelendungstendenz beobachtet werden konnten. Aber dies wurde irrtümlich zu einer Tendenzprognose für alle Industrien und Lohnarbeitenden verallgemeinert. Empirisch kam es auch in anderen kapitalistischen Ländern im langfristigen Durchschnitt zur Zunahme der qualifizierten Facharbeit, ohne dass allerdings die großen Verlierergruppen der gering Qualifizierten und Entlohten verschwanden.

Zum zweiten trifft die Annahme von Marx nicht zu, dass der Konflikt um die kapitalistische Herrschaft erst anfängt, wenn die Arbeitenden in „freie Lohnarbeiter“ der großen Industrie verwandelt worden sind. Mit ihnen ist der historische Akteur antikapitalistischer Praxis zu eng definiert. Auch Nichtlohnarbeiter können antikapitalistisch sein. Zu den antikapitalistischen Emanzipationsbewegungen gehörten, wie nachfolgend dargestellt wird, auch kleine Handwerker, Landwirte, Dienstleistende und Hausbedienstete, Männer und Frauen, prekäre Selbstständige und humanistische Intellektuelle, Junge und Alte usw.

Es ist daher befreiend, mit Gramsci von den „subalternen“ Klassen zu sprechen, wie

dies insbesondere van der Linden (2008) und van der Linden/Roth (2011) fordern. Sie weisen vor allem auf die heutige Rückkehr überwunden geglaubter Klassenverhältnisse hin. Der Zurückdrängung des „Normalarbeitsverhältnisses“ (mit Vollzeit, Nichtbefristung, hinreichenden Einkommen, Sozialversicherung usw.) entspricht weltweit das Wiederaufleben anderer Formen abhängiger Arbeit. Wie schon vor der Industrialisierung koexistiert die Lohnarbeit mit Formen der Schuldnechtschaft, der Diskriminierung nach Geschlecht, Ethnie und Religion, der Scheinselbstständigkeit, der Subsistenzwirtschaft und sogar der Sklaverei in verschiedenen Formen.

## 5. Antikapitalistische Bewegungen vor der industriellen Revolution

Das, was Marx im *Kapital* über die ursprüngliche Akkumulation und ihre brutalen Seiten sagt, ist, wie ein Abgleich mit der übrigen Sozialgeschichtsschreibung zeigt, durchaus zutreffend. Aber es ist unvollständig. Die Wirksamkeit von sozialen Gegenkräften und Klassenkompromissen bleibt unerwähnt.

Tatsächlich haben die Tudors (man muss sich Heinrich VIII. und Elisabeth I. darunter vorstellen, ein zur Weltmacht aufsteigendes Renaissance-Fürstentum mit großem Glanz, Shakespeare usw.) es nicht dabei belassen, das arme Volk zu enteignen. Sie haben, unter dem Druck sozialer Schieflagen, zwei wichtige Kompenstationen für die von ihnen abgeschafften Rechte zugestanden. Die in der Reformation enteignete katholische Kirche hatte die Aufgabe gehabt, die Bedürftigen zu versorgen. Als Ersatz dafür musste unter Elisabeth 1601 das Armengesetz eingeführt werden, das jedem Armen eine Minimalsicherung durch die Gemeinde zusprach. Zudem wurden zwischen 1580 und 1630, zur Vermeidung der Spekulation auf dem Kornmarkt, Kontrollen der Preise und Qualität von Getreide, Brot und anderen Lebensmitteln im *Book of Orders* kodifiziert, das von Fürst zu Fürst weiterentwickelt wurde.

Es entstand nicht nur eine *underclass* von total ausgegrenzten armen Vagabunden. Es gab auch einen Klassenkompromiss, eine Art

„absolutistischen Sozialstaat“, das sogenannte „paternalistische Modell“ (Thompson 1980a [1978]). Diese schiefe, aber doch minimale soziale Stabilität hat letztlich bis ins 18. Jahrhundert gehalten. Marx erwähnt dies nicht, er beschreibt das Ganze nur als einen top-down-Prozess, der die gesamte Landbevölkerung in Arme verwandelt. Diese Lücke bei Marx ist seit langem von marxistischen Historikern aufgearbeitet worden, insbesondere in den großen Gesamtdarstellungen, die bereits 1913 Max Beer und dann 1963 Edward Thompson vorgelegt hat, an die meine eigenen, noch weitere Forschungen verarbeitenden Studien angeknüpft haben (Vester 1970).

Alle diese Untersuchungen beschreiben diesen Kompromiss, der tief in einer „moralischen Ökonomie“, d.h. in den Sitten und Gewohnheiten der Lebens- und Wirtschaftsweise verankert war, und seine Aufkündigung. Dies geschah im Laufe des 18. Jahrhunderts zunächst schrittweise und schließlich ganz durch die flächendeckende Enteignung des Gemeinde-lands, durch die manipulierte Flurreform (die die Kleinbauern in England dezimiert oder in Pächter verwandelt) und durch die Demontage des Armengesetzes. Thompson (ebd., S. 98f) hat herausgearbeitet, dass es die Verletzung der alten Regulierungen war, die in England von 1740 bis 1800 den Anlass für mindestens fünf größere Protestbewegungen gegen Korn- und Brotpreiserhöhungen gegeben hat. Die Protestierenden der Brotunruhen beriefen sich darauf, dass es Preisbegrenzungen für Getrei-de geben musste, wie es in den *Books of Orders* festgelegt war. Die Zerstörung dieser paternalistischen Minimalgarantien durch die – heute würden wir sagen – „neoliberalen“ Klasse, war der eigentliche Grund der Protestbewegungen, die dann in die Arbeiterbewegung der industriellen Revolution hineingeflossen sind.

Es kam auch schon zu Krisen, die von dem von der Regierung protegierten spekulativen Börsenkapital ausgelöst wurden. Nach italienischem Vorbild war schon 1570, unter Elisabeth I., die Londoner Börse eingerichtet worden. 1720 hatte das Platzen der Südsee-Aktienblase viele Vermögen vernichtet, eine wirtschaftliche Rezession ausgelöst und damit die

Whig-Regierung völlig in Misskredit gebracht. Wir können uns die Atmosphäre am besten mit Brechts *Dreigroschenoper* vorstellen, die fast wortwörtlich von John Gays *Beggar's Opera* übernommen worden ist, die zuerst 1728 aufgeführt worden ist, nur so triefend von Sarkasmus und mit derselben schrägen, gegen die pompösen Barockopern von Händel gerichteten Musik. Gay, der sein Vermögen weitgehend verloren hatte, karikierte in den Gaunerfiguren des Stücks den mächtigen und korrupten Schatzkanzler Robert Walpole, der – wie der Bock als Gärtner – mit der Abwicklung des Spekulationsskandals beauftragt und übrigens für Adam Smith der Inbegriff der staatlichen Bevormundung war. Die herrschende Klasse, gestützt auf Getreide- und Aktienspekulation und ein Parlament mit käuflichen Wahlkreisen, gilt als absolut korrupt. Sie hat keinen Kredit mehr bei der Intelligenz und bei den non-konformistischen religiösen Gruppen, die das radikale Erbe des linken Flügels der mit dem Namen Cromwells verbundenen verlorenen Revolution der 1640er/50er Jahre weitergaben.

Doch die Oppositionsbewegung kommt, abgesehen von der amerikanischen Sezession von 1776, politisch nicht richtig in Gang. Das ändert sich erst durch ein anderes Signal, durch die Entmachtung des alten Regimes in Frankreich und den Sturm auf die Bastille im Juli 1789. Sofort trifft man sich in London und baut das Netzwerk einer überörtlichen Bewegung auf, die kapitalismuskritisch ist und das allgemeine Wahlrecht fordert. Ihr schließen sich viele Arbeiter, Handwerker, kleine Selbstständige und Intellektuelle an. Die Bewegung entsteht also nicht durch das industriekapitalistische System, sondern als eine sozial und politisch motivierte Protestbewegung gegen soziale Ungerechtigkeit.

Ein großer Teil derer, die von der kapitalistischen Deregulierungspolitik getroffen werden, sind gut ausgebildete Männer und Frauen aus der fachhandwerklichen Kultur, Angehörige der großen „respektablen“ Volksklassen. Diese können sich selbst organisieren, sie haben ihre Vereine, nonkonformistischen Kirchen und Unterstützungskassen. Es gibt auch schon viele Gewerkschaften, besonders in der

manufakturellen Produktion des Schiffsbaus, des Baugewerbes, der Keramik und auch in der textilen Hausindustrie. Es gab also auch bereits eine Arbeiterbewegung.

Diese Bewegungen entwickelten sich gleichzeitig mit dem Intellektuellen- und Aktivistenprotest der 1790er Jahre und verbanden sich nach und nach mit diesem. All das widerspricht der These, die der frühen Arbeiterbewegung eine historische „Unreife“ zuschreibt (vgl. Na’aman 1979). Es gab schon hochentwickelte Theorien (vgl. Vester 1970a; 1970b, S. 7-147). Dazu gehörte, neben der einflussreichen kapitalkritischen Wertlehre von Charles Hall, auch William Godwins *Enquiry Concerning Political Justice*, die, wie Engels erwähnt, in vielen Arbeiterhaushalten stand. Godwin entwickelt, an Adam Smith anknüpfend, eine Utopie: Die Arbeitsteilung wird uns in eine klassenlose Gesellschaft führen, in der man noch nicht einmal mehr Fabrikdisziplin braucht, denn die Technologie wird es ermöglichen, dass ein Mensch allein die ganze Arbeit erledigen kann (vgl. Vester 1970b, 10-25). Es scheint fast, dass Godwin die Digitalisierung schon geahnt hätte. Godwin war der Vater von Mary Shelley, und diese war dann die Autorin der technologiekritischen Frankenstein-Parabel. Godwins Partnerin und Mary Shelleys Mutter war die Frauenrechtlerin Mary Wollstonecraft. Es gab auch eine kräftige feministische Propaganda in den bewegten 1790er Jahren.

## **6. Solidarisierung zur Klasse: nicht durch homogene Lagen, sondern durch Polarisierung des politischen Feldes**

Diese Klassenbewegung war noch heterogen. Sie musste erst zu gemeinsamem Denken und Handeln zusammenkommen. Dies geschah nicht durch Vereinheitlichung ihrer ökonomischen Lage, sondern durch die sozialen Kämpfe. Ab 1790 fanden sich – angetrieben durch die Französische Revolution – die verschiedenen Fraktionen der herrschenden wie der beherrschten Klassen zu zwei antagonistischen politischen Lagern zusammen. Auch die kapitalistische Klasse war noch geteilt in die Fraktionen des Agrarkapitals und des auf-

steigenden Industriekapitals. Dies änderte sich, so Thompson, durch das Zusammenspiel der Französischen Revolution mit der sich erhebenden Bewegung der verschiedenen abhängig arbeitenden Klassen: „The fear inspired by the French Revolution, and the challenge of an insurgent proletariat at home, projected these two classes into each other’s arms ...“ (Thompson 1978 [1965], S. 45)

Im Interesse dieser beiden Klassenfraktionen verschärfte die englische Regierung ab 1794 die Einschränkungen der Koalitions-, Meinungs- und Pressefreiheiten durch neue Verbote und Strafverfolgungen. Von 1800 bis 1824 war die konterrevolutionäre Verbotsgesetzgebung so flächendeckend, dass alle oppositionellen Aktivitäten rigoros eingeschränkt oder, wie im Falle der Gewerkschaften, durch Koalitionsverbote illegalisiert wurden. Die heterogenen Gruppen der Opposition sind erst durch die Erfahrung dieser gemeinsamen Unterdrückung zusammengeschmiedet worden. So fand die gezielte Maschinensabotage, zu der die Gewerkschaften besonders im Jahre 1811 griffen, Unterstützung bei Autoren wie Lord Byron, der die sog. Maschinenstürmer mit den Männern des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges verglich. Denn die Sabotageakte waren, wie Thompson herausarbeitet, nicht aus einer irrationalen Abwehr technologischer Modernisierung, sondern aus der Blockierung aller legaler Aushandlungsmechanismen zu erklären (Thompson 1987 [1963], S. 554-693; Müller-Jentsch 2015).

Die Bewegung hat also nicht mit der schärfsten Unterdrückung begonnen, wie das mechanistische Modell annimmt, sondern durch das hoffnungsvolle Signal aus Frankreich, das lautete: Man kann das alte Regime stürzen. Die Unterdrückung hat Solidarität hervorgerufen, nicht Fragmentierung. Die gemeinsame Unterdrückung fügte die Bewegungen zusammen, weil sie jetzt einen gemeinsamen Gegner hatten, die als *Old Corruption* bezeichnete Oligarchie.

Auch ein zweites Beispiel verdeutlicht, dass die Logik der Praxis, aus mechanistischer Sicht, paradox ist, wir dürfen auch sagen: dialektisch. Repression provoziert auch Widerstand, nicht

nur in den Volksklassen, sondern auch im liberalen Bürgertum, der alten englischen Tradition der Mitbestimmung der sozialen Gruppen und der persönlichen Unversehrtheit entsprechend. Diese Tradition wurde remobilisiert durch das Massaker von Manchester. Dort demonstrierten am 16. August 1819 auf dem St.-Peters-Feld mehr als 60.000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, friedlich für das Wahlrecht. Von ihnen wurden elf getötet und Hunderte verletzt, als plötzlich die Kavallerie der Schlacht von Waterloo mit Säbelhieben über sie herfuhr. Das war keine zentral organisierte Aktion, sondern eine Eruption von Klassenhass. Die Berittenen waren Gefolgsleute der oberen Klassen, die sich von der beginnenden Bewegung in Frage gestellt sahen.

Das dann als „Peterloo“ bezeichnete Massaker hat eine totale Kehrtwende der liberalen Öffentlichkeit hervorgerufen. (Das erinnert an die Rolle Rudolf Augsteins nach der *Spiegel*-Affäre von 1962 und unsere liberale Öffentlichkeit nach der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg 1967 durch einen Polizisten in Berlin. Dann sind die Liberalen bis in die 1970er Jahre mit der sozialistischen Linken zusammengegangen, die daher in diesen Jahren auch viel tun und erreichen konnte.)

Als in England ab 1820 dann die fortschrittlich-liberalen Kräfte mit der Bewegung zusammengingen, blühte alles auf. Dazu gehört auch die Theoriebildung der an David Ricardos politische Ökonomie anknüpfenden Sozialisten (wie Thomas Hodgskin, William Thompson und anderen), auf denen dann Marx die Werttheorie aufbaut. Es gibt noch einmal eine Welle der Frauenemanzipation, mit Anna Wheeler und William Thompson. Es entsteht eine riesige Genossenschaftsbewegung. Das lief zuerst ein bisschen dilettantisch, da verschwand schon einmal der Kassierer mit der Kasse nach Amerika. Durch Lernen aus Fehlern mussten Prinzipien der verlässlichen Organisation erfunden werden: Gewerkschaften organisieren, Genossenschaften und Bildungsvereine aufbauen, Theorie machen und Wahlrecht erkämpfen. Um 1824 wurden die Gewerkschaften legalisiert, die Bewegung war mit Streiks und Protesten auf dem Siegeszug.

1830 kommt wieder ein Signal aus Frankreich, die Julirevolution. Viele denken: Wenn die in Frankreich das alte Regime stürzen, können wir das auch. Das war in vielen Ländern so, auch in Deutschland, denken wir an Georg Büchner. Die englische Wahlrechtsbewegung wird so riesig, dass sie 1832 vor das Parlament zieht und sagt: Wir stellen jetzt die Machtfrage. Nach Frankreich entsteht, so Thompson (1978 [1965], S. 46–51), auch in England eine revolutionäre Situation. Erst im letzten Augenblick lenkt die herrschende Klasse ein, sie gesteht das Wahlrecht zu, aber nur denjenigen, die mit 10 Pfund Jahresmiete registriert sind. Die Arbeiterklasse geht leer aus, die mit ihr bis dahin verbündeten Mittelschichten bekommen ihr Wahlrecht nach dem Prinzip „Teile und herrsche!“ Die Bewegung war nicht durch eine militärische Niederlage, sondern durch einen Strategiewechsel der Herrschenden außer Kraft gesetzt.

Enttäuscht, haben die Gewerkschaften bis 1834 noch Riesenstreiks geführt, teilweise mit dem anarchosyndikalistischen Ziel, durch Massenstreik die kapitalistischen Betriebe in Arbeiterhand zu übernehmen. Die Streiks sind alle durch Aussperrungen, Strafverfolgung und Deportationen (und zwar in die Tropen, aus denen viele Deportierte nicht lebend wiederkamen) zunichte gemacht worden. Der junge Engels lernt die Arbeiterbewegung in dieser Verfassung kennen, als er 1842 nach England kommt: eine Gewerkschaftsbewegung, die keine eigene politische Partei, sondern Bündnisse mit Fraktionen der bürgerlichen Parteien anstrebt und vor allem versucht, ihre Organisation zu sichern. Er ist enttäuscht von ihrer politischen Zurückhaltung, deren weit zurückreichenden historischen Hintergrund er kaum kennt.

Die Arbeiterbewegung hat dann aber doch viel erreicht. Sie war nicht endgültig angepasst, sondern sie hat – das ist wieder die Dialektik eines solchen Prozesses – die Anpassung für etwas genutzt; sie hat stabile Organisationen und Arbeitergenossenschaften aufgebaut und nach 1890 endlich auch die Labour Party gegründet, alles das, was Marx im letzten Teil des *Elends der Philosophie* als historische Per-

spektive formuliert hat (Marx 1959 [1847], S. 175-182). Sie haben nicht die Revolution, aber doch einen klassenbewussten linken Reformismus vertreten. Marx hat dies bereits 1864 in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation anerkannt, indem er den erkämpften Zehnstundentag und den Aufbau der Produktivgenossenschaften als einen „Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals“ bezeichnete (Marx 1962 [1864], S. 11). Nicht zuletzt die Produktivgenossenschaften, die den Erfolg der demokratischen Selbstverwaltung von Betrieben bewiesen haben, stützten sich auf die Arbeiterintelligenz, auf die Facharbeiter, eine ganz bestimmte Schicht, die hegemonial in der Arbeiterklasse war.

In seiner Schrift zur Pariser Kommune von 1871 (1962 [1871], S. 313-362), die ebenfalls aus der Erfahrung praktischer Kämpfe hervorging, sah Marx in der von der Arbeiterklasse erkämpften Regierung „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“ (ebd., S. 342). Das Wesentliche dieses Beispiels „neuer geschichtlicher Schöpfungen“ (ebd., S. 340) sah er in ihrer Politik, die herkömmliche Herrschaft des Kapitals und des Staatsapparates nicht selbst zu übernehmen, sondern zu ersetzen durch wirtschaftliche und politische Selbstverwaltungsorgane und eine planvolle Koordination nach dem föderativen statt dem zentralistischen Prinzip (ebd., S. 335-345).

Es gab also zwei Felder der Praxis der Arbeiterbewegung: erstens selbst die andere Gesellschaft aufzubauen, mit selbstverwalteten Bildungs- und Genossenschaftsorganisationen, und zweitens die sozialstaatliche Politik. Die Forderung des Sozialstaats taucht schon viel früher auf, am 1. Mai 1820 in der berühmten Botschaft Robert Owens an die Grafschaft Lanark. Owen forderte insbesondere eine nationale Beschäftigungs- und Einkommensstatistik, die Ersetzung der Arbeitslosenunterstützung durch öffentliche Arbeiten für die Infrastruktur, Fabrikgesetze zur Regulierung der Kinderarbeit und der allgemeinen Lohn- und Arbeitszeitbedingungen, die Aufwertung der Arbeitskraft durch bessere Berufsausbil-

dung und die Förderung von Genossenschaftssiedlungen (s. Vester 1970, S. 219). Das war die Wurzel dessen, was dann von der Labour Party später, ab 1945 – also erst 125 Jahre später! – umgesetzt worden ist. Die Labour Party hat dann den mustergültigsten Wohlfahrtsstaat alten Typs aufgebaut. Dieser ist natürlich inzwischen überholt, mit seinen Schwächen, aber von 1945 bis 1951 hatte Labour Riesemehrheiten.

Und warum ist Labour 1945 endlich an die Macht gekommen? Nicht wegen der härtesten Unterdrückung, sondern weil der Zweite Weltkrieg zu Ende war. Die Faschisten waren besiegt, und es gab einen Linksruck in ganz Europa. Das können wir auch in den schönen neorealistischen Filmen der Nachkriegszeit sehen: Dass das Volk jetzt wieder drankommt.

## 7. Klassenerfahrung: „ökonomische Ausbeutung“ und „Lebensqualität“

Wie es zu Kämpfen um soziale Gerechtigkeit kommt, hängt davon ab, in welchen Dimensionen die soziale Lage in den Milieus und im Alltagsleben erfahren und nach welchen Maßstäben sie als gerecht oder ungerecht bewertet wird. Es geht nicht allein um „Ausbeutung“, die in der Theorie als Enteignung unbezahlter Mehrarbeit im Lohnarbeitsverhältnis definiert wird. Die Ausbeutung ist die Grundlage der kapitalistischen Herrschaft, aber sie wirkt nicht unvermittelt. Sie ist eine allgemeine Kategorie; sie muss spezifiziert werden, übersetzt werden ins Symbolische, in die alltagspraktische Ebene, die Ebene der Erfahrung.

Das Theorem der Erfahrung gehört, neben dem Theorem des Feldes, zu den wichtigen Konzepten, die Thompson in die Theorie der Klassenkämpfe eingeführt hat. In einer ausführlichen Datenanalyse kann er nachweisen, dass es in der industriellen Revolution, statistisch gesehen, keine allgemeine Herabdrückung der Arbeitsqualifikation und der Löhne gegeben hat; die Entwicklung war ganz ungleichmäßig (Thompson 1987 [1963], 341-378). Aber die Menschen haben das mit den gleichen Werten erlebt. Dies waren die Werte einer bestimmten Qualität des Lebens:

*„Jede Bewertung der Lebensqualität muss auch eine Einschätzung der gesamten Lebenserfahrung der betreffenden Menschen, ihrer vielfältigen Bedürfnisse und Entbehrungen sowohl in kultureller als auch in materieller Hinsicht umfassen. So gesehen, besitzt die ältere, katastrophische‘ Sicht der industriellen Revolution immer noch volle Gültigkeit. Auch wenn sich eine kleine statistische Verbesserung der materiellen Bedingungen nachweisen lässt, litt die Bevölkerung von England in den Jahren 1780 bis 1840 unter der Erfahrung der Verelendung. ...“*

*Die Erfahrung der Verelendung aber kam in hundert verschiedenen Formen über sie: für den Landarbeiter als Verlust von Gemeinderechten und den Resten einer dörflichen Demokratie; für den Handwerker als Verlust seines beruflichen Status; für den Weber als Verlust von Einkommen und Unabhängigkeit; für das Kind als Verlust von Arbeit und Spiel zu Hause;“ – viele Proteste in Betrieben sind übrigens von den Arbeitern gegen die Kinderkuponierung gerichtet gewesen – „für viele Arbeitergruppen, deren Reallöhne stiegen, als Verlust von Sicherheit und Freizeit, als Verschlechterung ihrer städtischen Umwelt.“ (Ebd., S. 476f)*

Jeder dieser Teilsätze fasst ein Kapitel in Thompsons monumentalaler Untersuchung zusammen, in dem die qualitative Veränderung der jeweiligen Lebensbedingungen und Lebensweisen durch den Übergang zur industrikapitalistischen Produktionsweise ausführlich dargestellt werden. Die Lebensbedingungen können dabei nicht allein ökonomisch definiert werden. Sie müssen, wie Edward Thompson und Raymond Williams dies als Begründer der englischen *New Left* gefordert haben, die ganze alltägliche Lebensweise („*the whole way of life*“) einbeziehen, d.h. die Alltagskultur, die nach Klassenmilieus ja verschieden ist. Bei der kapitalistischen Umwälzung der ökonomischen Produktionsweise ist also darauf zu achten, welche Zumutungen, Spannungen und Konflikte sie für die Lebensweise, die Verhaltensnormen des Alltags, die

Gesundheit, das Wohnen, die Zeitstruktur und die Autonomiespielräume vermittelt. Der ökonomische Konflikt übersetzt sich in einen sozio-kulturellen:

*„Die alten und die neuen Produktionsweisen begründeten unterschiedliche Arten von Gemeinschaft mit charakteristischen Lebensweisen. Verschiedene Konventionen und Vorstellungen von menschlicher Zufriedenheit lagen im Streit miteinander.“ (Ebd., S. 475)*

Marx und Engels sind hierin durchaus widersprüchlich. Engels' viel gelesenes Jugendwerk von 1845, *Die Lage der Arbeitenden Klasse in England*, geht mit dem Konzept der „sozialen Lage“ durchaus von der Gesamtheit der Lebensbedingungen einschließlich der Wohn-, Ernährungs-, Gesundheits- und Familienverhältnisse aus. Aber er sieht die Menschen primär in der Opferrolle und nicht auch als mögliche Gestaltende einer widerständigen Alltagskultur und Selbsthilfe.

Die alte ökonomische Definition der sozialen Lage ist zu eng geworden. Das Thema der Lebensqualität ist gerade heute wieder aktuell, wo die Umweltbedingungen, die Wohnverhältnisse, der soziale Umgang in und zwischen den Milieus, die Folgen der Zwei-Klassen-Medizin, die Pflegesituation dementer Großeltern, die Klassen-Segregation in den Schulen und Wohnvierteln, der Verfall der regionalen Infrastrukturen, die Kreditverschuldung usw. die Menschen oft mehr beschäftigen und beunruhigen als andere Fragen. Zu jeder dieser Fragen gibt es ein quälendes Tauziehen im Kleinen. Aber es fehlt an Akteuren im parteipolitischen Feld, die diese Unruhe direkt aufgreifen und in eine breite aktive Mobilisierung für eine alternative Politik übersetzen. Es war vielleicht gar nicht so falsch, dass Willy Brandt schon vor fünfzig Jahren in seinen mehrheitsverändernden Wahlkämpfen die Frage der Lebensqualität in die Mitte rückte. ■

## Literatur

- Beer, Max (1913): Geschichte des Sozialismus in England, Stuttgart: Dietz.
- Bourdieu, Pierre (1982a [1979]): Die feinen Unterschiede, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ders. (1983): Ökonomisches Kapital, Kulturelles Kapital, Soziales Kapital, in: Reinhart Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen: Schwartz, S. 183-198.
- Ders. (1987 [1980]): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bucharin, Nikolai (1922): Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch. Hamburg: Verlag der Kommunistischen Internationale.
- Engels, Friedrich (1963 [1892]): Vorwort zur englischen Neuauflage „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 22, S. 265-278.
- Geiger, Theodor (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart: Enke.
- Giouras, Thanasis (2015): Konspiration und Konstitution. Die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in den mittelalterlichen Städten als Thema der Forschungen von Karl Marx und Max Weber, in: Marx-Engels-Jahrbuch 2014, S. 81-116, Berlin/Boston/München 2015.
- Gramsci, Antonio (2012 [1929-1935]): Gefängnishefte, 10 Bde., Hamburg: Argument Verlag.
- Jaeck, Hans-Peter (1978): Die materialistische Erklärung des gesellschaftlichen Formationsprozesses. Zur Entstehung des Kategoriensystems der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx. In: Engelberg, Ernst/Küttler, Wolfgang (Hg.): Formationstheorie und Geschichte. Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin, Berlin: Akademie-Verlag, S. 19-90.
- Jehle, Peter (2018): Mechanischer Materialismus, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 9/I, hg. v. W.F. Haug, F. Haug und W. Küttler, Berlin: Argument, i.E.
- van der Linden, Marcel (2008): Workers of the World. Essays toward a Global Labor History, Leiden/Boston: Brill.
- Ders./Roth, Karl Heinz (2011): Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, Berlin/Hamburg.
- Marx, Karl (1981 [1843]): Historisch-politische Notizen (Kreuznacher Hefte 1-5), in: Marx/Engels Gesamtausgabe (MEGA), 4. Abteilung, Band 2, Berlin: Dietz Verlag 1981, S. 5-278.
- Ders. (1959 [1845]): Thesen über Feuerbach, in: Marx-Engels Werke, Bd. 3. S. 5-7.
- Ders. (1959 [1847]): Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, S. 63-182.
- Ders. (1962 [1864]): Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 16, S. 5-13.
- Ders. (1962 [1867]): Das Kapital, Bd. 1, Marx-Engels-Werke, Bd. 23.
- Ders. (1962 [1871]): Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 17, S. 313-365. Dies. Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA), 4. Abteilung, Band 2, Berlin: Dietz Verlag 1981.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich Dies., (1959 [1845/46]): Die deutsche Ideologie, Marx-Engels-Werke, Bd. 3, S. 9-530.
- (Dies. (1959 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, S. 457-493.
- Na'aman, Shlomo (1979): Gibt es einen „Wissenschaftlichen Sozialismus“?, Hannover: SOAK.
- Negt, Oskar (1974): Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese der stalinistischen Philosophie, in: Nikolai Bucharin/Abram Deborin, Kontroversen über dialektischen und mechanischen Materialismus, Frankfurt a. M.; Suhrkamp, S. 7-48.
- von Oertzen, Peter (2014 [1994]): Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlichen Handelns, in: Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andrea (Hg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur, Wiesbaden: VS, S. 42-74.
- Thompson, Edward Palmer (1987 [1963]): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 2 Bde., Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ders., (1978 [1965]): The Peculiarities of the English, in: ders., The Poverty of Theory and Other Essays, London: Merlin, S. 35-91.
- Ders.,(1980a [1978]): Die ‚moralische Ökonomie‘ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: ders., Plebeische Kultur und moralische Ökonomie, hg. v. Dieter Groh, Berlin: Ullstein, S. 67-130.
- Ders. (1980b [1978]): Die englische Gesellschaft im 18. Jahrhundert: Klassenkampf ohne Klasse?, in: ders., Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. hg. v. Dieter Groh, Berlin: Ullstein, S. 247-289.
- Ders. (1980c [1978]): Das Elend der Theorie, Frankfurt/New York: Campus.
- Ders. (1993a [1991]): Customs in Common, London: Penguin.
- Ders. (1970a): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Frankfurt a. M.: EVA.
- Ders. (Hg.) (1970b): Die Frühsozialisten 1789-1848, Bd. I, Reinbek: Rowohlt.
- Ders. (2008): Klasse an sich / für sich, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/I, hg. v. W.F. Haug, F. Haug und P. Jehle, Berlin: Argument 2008, Sp. 736-775.
- Ders. (2018): Milieu, soziales, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 9/I, hg. v. W.F. Haug, F. Haug und W. Küttler, Berlin: Argument, i.E.
- Weber, Max (1972 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohn.

# Kommentar: Kapital digital? Marx und die digitalen Zukünfte des Kapitalismus

von Michael R. Krätke<sup>1</sup>

Was hat uns Marx über den gegenwärtigen Kapitalismus noch zu sagen? Die Frage ist berechtigt. Denn Marx' ökonomisches Hauptwerk, „Das Kapital“, d.h. der erste Band dieses Wälzers, erschien vor 150 Jahren, im September 1867. Die ersten und zum Teil auch wichtigsten Entwürfe zum zweiten und dritten Band dieses Werks stammen aus den Jahren 1864 und 1865.

Allerdings handelt das Marxsche „Kapital“ nicht vom Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Sondern es soll die Logik der kapitalistischen Entwicklung, den inneren Zusammenhang aller Phänomene einer kapitalistischen Ökonomie entschlüsseln. Eine „allgemeine Theorie“ soll das sein, allerdings eine, die der Dynamik des Kapitalismus folgt und seine Krisen und Konjunkturen, seine Transformationen und Revolutionen erklären kann. Marx konstruiert keine Theorie des „reinen Kapitalismus“ ohne Rücksicht auf dessen Geschichte. Er ist an den langfristigen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung interessiert, studiert sie im Blick auf die Zukunft: Wie wird die Welt aussehen, wenn der Kapitalismus sich ungehemmt und ungebremst entwickeln und ausbreiten kann? Das hochindustrialisierte England seiner Zeit bzw. später die USA als das Land, wo die kapitalistische Industrialisierung überall – gerade in der Landwirtschaft – am schnellsten vorangeht, interessieren ihn, weil sie das Bild der Zukunft für die ganze kapitalistische Welt zeigen.

## Marx' technologische Studien

Obwohl von Haus aus Philosoph und Jurist, hat Marx sich mit 25 Jahren auf das Studium der politischen Ökonomie verlegt. Vierzig Jahre lang blieb er dran, bis zu seinem Tode im März

1883. Als Autodidakt und Zeitgenosse des Höhepunkts der ersten industriellen Revolution in England war er von den damaligen technologischen Revolutionen begeistert. Da er den entwickelten Kapitalismus von Anfang an als eine hochtechnologische Produktionsweise sah, die die Welt weit gründlicher verändern werde als alle früheren Wirtschaftsformen, hielt er, anders als die meisten zeitgenössischen Ökonomen, das gründliche Studium der zeitgenössischen Technologie und Naturwissenschaften für unabdingbar. In mehreren Anläufen, in den Jahren 1851/52, 1856/57, 1861 bis 1863 und dann wieder von 1868 bis 1878, betrieb er umfangreiche naturwissenschaftliche und technologische Studien.<sup>2</sup> Marx zeigte besonderes Interesse an den naturwissenschaftlichen Entdeckungen seiner Zeit, z.B. in der Chemie, in der Physik und Physiologie, und war von deren technologischen Anwendungen, z.B. in der Agrikultur, fasziniert. Marx war aber alles andere als ein kritikloser Bewunderer der neuen industriellen Agrikultur und der großen Fabrikindustrie, er sah deren zerstörende soziale und ökologische Folgen genau. Er kannte die Schriften der zeitgenössischen englischen Autoren wie Andrew Ure, des Propagandisten des Fabriksystems, oder Charles Babbage, des Erfinders des ersten mechanischen Rechenautomaten und Theoretikers der rationalen Betriebsorganisation. Er studierte Schriften des Pioniers der Agrochemie Justus von Liebig, und er teilte den Glauben dieser Zeitgenossen an die fast unbegrenzten Möglichkeiten zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die mit den neuen Technologien und mit der neuen Betriebsweise des Fabriksystems eröffnet wurden waren. Aber er hielt weder die Technik, noch die Technologie und Naturwissenschaften für die treibende Kraft. Die treibende Kraft des

1 Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine überarbeitete Fassung des Vortrages auf dem Digitalcapitalism-Kongress, <https://www.fes.de/digitalcapitalism/>.

2 Diese Studien sind in Notizbüchern und Arbeitsheften dokumentiert, die Marx in großer Zahl hinterlassen hat. Nur ein Teil dieser Notizbücher und Aufzeichnungen, soweit sie erhalten sind, ist bisher in den Bänden der vierten Abteilung der zweiten MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe) veröffentlicht worden.

ungeahnten Tempos, in dem die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit gesteigert wurde, lag für ihn in der spezifischen Dynamik des modernen Kapitalismus.

### **Ein Merksatz von Altvater Marx: Technologie ist nicht politische Ökonomie**

Um Marx' Haltung zu den technischen Revolutionen seiner Zeit zu verstehen, ist es nützlich, sich einen seiner beiläufig aufgestellten Kernsätze in Erinnerung zu rufen: „Allein politische Ökonomie ist nicht Technologie“.<sup>3</sup> Es ist nicht die Produktions-, Transport- oder Kommunikationstechnologie, die den Gang der kapitalistischen Entwicklung bestimmt, sondern anders herum. Es ist die neue, spezifisch kapitalistische Betriebsweise des Fabriksystems, mit der die „moderne Wissenschaft der Technologie“, die systematische Anwendung der Ergebnisse der Naturwissenschaften in der materiellen Produktion, die ständige Jagd nach Innovationen, die Beschleunigung des technischen Fortschritts, die lange Folge immer neuer industriell-technischer Revolutionen beginnt.

Wie verlaufen technische Revolutionen im Kapitalismus? Warum gibt es sie eigentlich? Wie setzen sie sich durch? Marx studierte das im Detail und hatte die erste wie auch die Anfänge der zweiten industriellen Revolution in den Jahren der Großen Depression nach 1873 im Blick. Die ständige Jagd nach technischen Verbesserungen und Neuerungen im Fabriksystem zeichnet den industriellen Kapitalismus aus. Marx erklärt sie mit der Logik der „relativen Mehrwertproduktion“: Industrielle Unternehmer gewinnen im Konkurrenzkampf, indem sie die Produktivität ihrer Beschäftigten ständig steigern – durch die Einführung technischer Neuerungen und deren Perfektionierung. Da das alle um die Wette betreiben, wird die technische Grundlage vieler (der Tendenz nach aller) Industrien ständig umgewälzt und die Produktionskapazität wie die Produktivität unablässig gesteigert. So gewinnt die Tendenz zur Überproduktion und Überakkumulation

immer mehr an Wucht, die periodisch zu großen und kleinen Krisen führt.

In den Krisen des modernen Kapitalismus manifestieren sich die „Wertrevolutionen“, die die unvermeidliche Folge ständiger technischer Innovationen sind. Sie führen zu Kapitalvernichtung, zum Veralten ganzer Technologien, zum Verschwinden ganzer Berufszweige. Marx hat etliche der Krisen seiner Zeit genau studiert, die von 1847/48, die von 1857/58, die von 1873 bis 1879. Technische Revolutionen und rasche Veränderungen der industriellen Betriebsweise befördern Krisen. Die Entwertung und Vernichtung von Kapital in Krisenzeiten schafft Raum für die Anwendung und Verbreitung neuer Techniken. Technischer Fortschritt und Innovation werden beschleunigt, ebenso die Rationalisierung und Reorganisation auf gegebener technischer Grundlage. Aber neue Techniken bzw. Technologien schaffen nur die Möglichkeit mehr oder minder radikaler Veränderungen der kapitalistischen Betriebs- und Verkehrsweise. Sie setzen sich durch, wenn die maßgebenden Akteure des modernen Kapitalismus mitspielen, die Unternehmer, die Kapitalisten, die Finanziers, die Lohnarbeiter. Was sie tun, wenn sich für die dank neuer Technologien möglichen Produkte hinreichend große und hinreichend stabile Märkte finden bzw. erschließen lassen. Modernes hochtechnologisches Industriekapital drängt auf die Weltmärkte bzw. schafft Weltmärkte und erweitert sie (wie die damalige Kommunikationsindustrie, voran die Eisenbahn- und die Telegraphenindustrie, die Marx im Blick hatte).

### **Marx und Digitalisierung**

Marx' Kritik der politischen Ökonomie ist unvollendet geblieben, viele der zentralen Probleme seiner Theorie hat er nicht mehr ausreichend behandeln können. Darum ist die Frage berechtigt, ob seine Analyse des industriellen Kapitalismus auf die gegenwärtigen Phänomene passt. Schon die Marxsche Warenanalyse hat ihre Grenzen. Sie passt nicht ohne weiteres auf fiktive oder Quasi-Waren, sie versagt bei öffentlichen und Gemeingütern. Kann die Marxsche politische Ökonomie in der Form, auf die die Marxisten heute schwören, mit Wissensarbeit

<sup>3</sup> So Marx in der im Sommer 1857 rasch hingeworfenen „Einleitung“, die zu seinen ökonomischen Manuskripten von 1857/58 gehört (Karl Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/1868, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Band 42, Berlin 1983, S. 21).

und deren Produkten umgehen? Kann man mit dem Marx der Marxisten erklären, was ein Wissensarbeiter, der z.B. Programme schreibt, eigentlich an Wertschöpfung leistet? Was wird im und mittels des Internets eigentlich produziert, was wird ge- und verkauft? Keine Produkte, sondern Nutzungsrechte (z.B. beim Installieren von Windows 10 auf einem PC). Was aber, wenn der Zugang frei und kostenlos ist (wie beim Eröffnen eines Facebook-Kontos oder bei der Nutzung freier Software)? Wird der „Wert“ von Software-Produkten, die offensichtlich von hochprofitablen Privatunternehmen hergestellt und verbreitet werden, von der durchschnittlichen oder doch eher von der marginalen Menge der zu ihrer Produktion notwendigen Arbeit bestimmt? Wie Marx sehr wohl wusste und im Blick auf wissenschaftliche Erkenntnisse betonte, steht die für eine wissenschaftliche oder technologische Entdeckung oder Erfindung notwendige Arbeit in gar keinem Verhältnis zu der für ihre Reproduktion notwendigen Arbeit. Es ist aber letztere, die nach Marx' Auffassung den Wert jeder Ware bestimmt. Lässt sich die Ökonomie der Informations- oder Wissensgüter also noch in Wertbegriffen fassen?

### Das „Maschinenfragment“

Propheten des Postkapitalismus meinen, in Marx' frühen Manuskripten eine geniale Vorausnahme von zeitgenössischen Entwicklungen entdecken zu können, die geradewegs auf eine Aufhebung des Kapitalismus hindeuten. Die Rede ist vom sogenannten „Maschinenfragment“, einer Passage aus Marx' ökonomischen Manuskript von 1857/58.<sup>4</sup> Marx erlaubte sich dort ein Gedankenexperiment: Angenommen, das Fabriksystem wird nach kapitalistischer Logik immer weiter getrieben bis hin zur „automatischen Fabrik“. Dann wird das, was er „unmittelbare Arbeit“ nennt, immer unwichtiger im Verhältnis zur Masse des eingesetzten Kapitals, und der Charakter der Arbeit verändert sich. Die Arbeit jedes Einzelnen wird direkt gesellschaftliche Arbeit, was zählt, ist nicht länger die unmittelbare Arbeit jedes Einzelnen,

sondern der in der automatischen Fabrik, im Maschinensystem verkörperte industrielle Gesamtprozess. Der aber ist nicht von Wissen und Erfahrung einzelner Arbeiter oder Arbeitergruppen abhängig, sondern vom gesellschaftlich vorhandenen, über Generationen entwickelten Wissen. Marx spricht von „allgemeiner Produktivkraft“, „allgemeinem gesellschaftlichen Wissen“ oder vom „general intellect“, den „allgemeinen Mächten des menschlischen Kopfes“, die in der Zukunft in jedem einzelnen Arbeiter als einem „gesellschaftlichen Individuum“ vorhanden sein werden.<sup>5</sup> In Marx' Versuch, die industrielle Entwicklung im Kapitalismus bis zu ihrem logischen Ende zu denken, bis zu einer menschenleeren, automatischen Fabrik, die von wenigen hochkompetenten Wissensarbeitern überwacht und kontrolliert wird, lesen die marxistischen Philosophen allerlei steile Behauptungen hinein.<sup>6</sup> Weder wird Arbeit durch Wissen ersetzt, noch werden „die Wissenschaft“ oder der „general intellect“ zu den Hauptagenten des Produktionsprozesses. Wissen, höheres Wissen, Wissenschaft ist niemals „unmittelbare Produktivkraft“, wie Marx an einer Stelle schreibt, wohl aber Voraussetzung gesteigerter Arbeitsproduktivität. Wissen, allgemeines und spezialisiertes Wissen, muss selbst durch gesellschaftliche Arbeit gewonnen, entwickelt und vor allem weitervermittelt werden. Schon der bloße Erhalt eines erreichten Wissensstandes kostet erhebliche Mengen gesellschaftlicher Arbeit. Marx stellt sich eine Fabrik der Zukunft vor, in der die Masse der Fabrikarbeiter seiner Zeit verschwunden sein wird, da deren „einfache Arbeit“ überflüssig wird; die Fabrikarbeit, die bleibt, wird hochqualifizierte Arbeit von Spezialisten sein. Dass manuelle Arbeit ganz verschwinden werde, behauptet er nicht; ebenso wenig, dass intellektuelle Arbeit (die auf Wissen beruht und Wissen hervorbringt) und manuelle Arbeit jemals vollständig getrennt sein können.

5 Siehe Karl Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/1858, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Band 42, Berlin 1983, S. 601, 602. Die Entwicklung des Fabriksystems hin zur automatischen Fabrik findet sich übrigens auch im ersten Band des Marxschen Kapital.

6 Dahinter steht immer der Wunsch, theoretisch das unausweichliche Ende des Kapitalismus zu beweisen, mit Marx-Zitaten. Was Marx in dem Fragment als Gedankenexperiment beschreibt, ist eine hochtechnologische Zukunft des Kapitalismus, die man mit den einfachsten Wertbegriffen nicht so leicht fassen kann. Erst recht nicht, wenn man die ungelösten Probleme der Marxschen Theorie links liegen lässt, wie bei Philosophen und Anhängern der neuesten Marx-Lektüren schlechter Brauch.

4 Dieses Fragment, weniger als 15 Druckseiten, ist z.B. für den britischen Journalisten Paul Mason wichtig, der ansonsten mit dem alten Marx nicht viel anfangen kann (vgl. Paul Mason, Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Frankfurt a.M. 2016).

Selbst reines Bedienen bzw. Überwachung von und Kommunikation mit Automatensystemen, die Roboter steuern, ist nicht auf reine Geistes-tätigkeit zu reduzieren, ebenso wenig wie For-schungsarbeit.

## Marx und die Mythen der digitalen Ökonomie

Ein beträchtlicher Teil des Marxschen Werks besteht aus Kritiken, Kritiken der Ökonomen der klassischen Periode, aber auch Kritiken der „falschen Kritik der politischen Ökonomie“, wie sie andere Sozialisten betrieben. In den heute modischen philosophischen Lesarten wird gerade die Art der Kritik unterschlagen, die Marx besonders wichtig war. Die Kritik an der Konfusion, der Gedankenlosigkeit, dem Dogmatismus der Ökonomen, die damals wie heute auf einem Berg ungelöster Probleme saßen. Marx beanspruchte, ihre Dogmen und Irrtümer widerlegt, ihre Antinomien aufgelöst und ihre unlösaren Probleme einer rationalen Behandlung zugänglich gemacht zu haben – und zwar auch vom „rein fachökonomischen Standpunkt“, den er immer wieder einnahm.

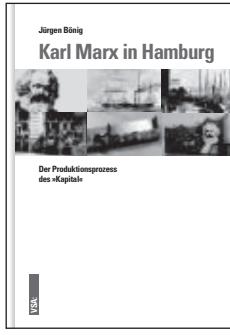
Daraus folgt: Marx hätte die Mythen über eine digitale Ökonomie bzw. einen digitalen Kapitalismus, wie sie heute von Vielen geteilt und verbreitet werden, kaum akzeptiert. Im Gegenteil, er hätte seine Aufgabe als kritischer Ökonom gerade darin gesehen, exaltierten Un-sinn und unhaltbare Behauptungen in Grund und Boden zu kritisieren, gerade dann, wenn sie von „links“ kommen. Für Marx wie für die politischen Ökonomen, die seine Theorie noch immer für fruchtbar, d.h. forschungsrelevant halten, bietet die „Digitalisierung“ eher einen Sack an zu knackenden und knackbaren Nüs-sen als fix und fertige Lösungen.

In der Welt des digitalen Kapitalismus ist vieles anders, aber nach wie vor kommt kei-ne Software ohne Hardware aus, nach wie vor braucht es eine materielle Infrastruktur von Kabeln, Sendemasten, Servern usw. Infor-mationen, Daten müssen gespeichert, übertragen werden können, die Speichermedien (Buch, Festplatte, Cloud etc.) und Kommunikations-netze müssen erzeugt, instandgehalten, ersetzt bzw. organisiert und reorganisiert werden. Kein

## VSA: 200 Jahre Karl Marx



Karl Marx  
**Das Kapital**  
**Kritik der politischen Ökonomie I Erster Band**  
Neue Textausgabe, bearbeitet und herausgegeben von Thomas Kuczynski  
800 Seiten | Hardcover mit USB-Card | € 19.80  
ISBN 978-3-89965-777-7



Jürgen Bönig  
**Karl Marx in Hamburg**  
Der Produktionsprozess des »Kapitals«  
184 Seiten | durchgängig farbig | Festeinband | viele bislang unveröffentlichten Fotos und historische Abbildungen | € 19.80  
ISBN 978-3-89965-751-7



Michael R. Krätké  
**Kritik der politischen Ökonomie heute**  
Zeitgenosse Marx  
248 Seiten | € 19.80  
ISBN 978-3-89965-732-6

Der Sozialismus kommt



kritisch  
links  
Analysen  
Positionen  
Berichte  
monatlich  
gedruckt  
Jahresabo € 70,-  
(€ 50,- ermäßigt)

täglich im Netz  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

Erhältlich im Buchhandel oder unter: [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

„digitales“ oder „Informationsgut“ kann zur Ware (und damit für Kapitalisten interessant) werden ohne private Eigentumsrechte, ohne Copyright. Es handelt sich um „nicht-rivalisierende“ Güter (der Gebrauch durch einen hindert oder beeinträchtigt den Gebrauch durch andere nicht), aber jeder einzelne potentielle Konsument kann und muss vom Gebrauch effektiv ausgeschlossen werden können.<sup>7</sup> „Freie Güter“, wie rein wissenschaftliche Erkenntnisse, die in einer „academic community“ unbegrenzt geteilt werden, sind für private Kapitalisten nur von begrenztem Interesse: Sie können sie nutzen, aber keine Geschäfte damit machen.

Die „Technik“ als solche, ganze Technologien schaffen nur Voraussetzungen für gesellschaftliche Transformationen, sie erzeugen oder erzwingen sie nicht. Keine Technologie und keine Güterart macht „an sich“ Privat-eigentum, Markt oder Kapital unmöglich. Die Akteure des Kapitalismus haben sich in der Geschichte stets als recht findig erwiesen. Digitalisierung der Ökonomie scheint bisher mit dem Kapitalismus gut verträglich zu sein. Mit der Umwandlung analoger in digitale Signale werden Daten oder Informationen auch nicht unbegrenzt verfügbar, selbst wenn ihre Vervielfältigung und Verbreitung leichter und schneller geschieht als je zuvor. So leicht man heute digitale Güter technisch vervielfältigen kann, so schwierig und arbeitsintensiv (weil ungewiss) ist es nach wie vor, derlei Produkte zu erfinden und zu entwickeln. Diese Eigenart der Wissensproduktion ist mit der Digitalisierung nicht verschwunden. Nach wie vor gibt es auch sehr materielle, gesellschaftliche Grenzen der Digitalisierung – etwa die begrenzte Zahl von Softwareentwicklern oder ITC-Spezialisten, deren Arbeitszeit wiederum begrenzt ist.

Einige Mythen der Digitalisierung, die heute im Schwang sind, hätte der alte Marx nicht geschluckt. Zum Beispiel den Mythos der Null-Grenzkostenökonomie. Hohe oder (fast)

beliebige technische Reproduzierbarkeit von Gütern (digitalen oder anderen) führt zu sinkenden Grenzkosten (den Kosten einer jeweils zusätzlich produzierten Einheit) und damit insgesamt zu sinkenden Fixkosten. Im Prinzip ja. Aber die Grenzkosten bestimmen nur einen Teil der Gesamtkosten, gerade wenn sie rapide sinken. Digitale Technik (insbesondere Software) braucht Überwachung und Instandhaltung, also ständigen Arbeitsaufwand. Der steigt, wenn die Software oft erweitert, erneuert und angepasst werden muss, was in einer kapitalistischen Konkurrenzökonomie ständig der Fall ist. Auch Software-Giganten wie Microsoft entkommen dem nicht. Jenseits der Lebensaltersgrenze von Anlagen (physisch und gesellschaftlich) steigen die Kosten sprunghaft an, und deshalb kleben viele Firmen bis heute an veralteten Anlagen und veralteter Software, für sie fixes Kapital.<sup>8</sup>

Digitalisierung im Kapitalismus ist nicht gratis, weder eine Gratisgabe der Natur, noch der Gesellschaft. Digitale Güter, Daten und Informationen brauchen nach wie vor physische Repräsentation. Ihre Erzeugung, Verarbeitung, Speicherung und Verbreitung benötigt Energie. Daher nimmt die Entropie weiter zu. Elektronisch – digitale Kommunikationsmittel, wie wir sie heute kennen und nutzen setzen industrielle Massenproduktion voraus und erzeugen eine gigantische und rasch wachsende Masse an elektronischem Müll, und dessen Transport, Lagerung und Weiterverarbeitung hat enormen Folgen für die heutige Weltökonomie. Sie benötigen Rohstoffe, befeuern also die weltweit betriebene Bergbauindustrie. Daher ist auch die eine digitale kapitalistische Ökonomie nicht schwerelos und stößt an materielle Grenzen.

Marx hätte auch das sogenannte Produktivitätsparadox nicht kalt gelassen. Er war als Ökonom ein fanatischer Faktenhuber und hätte selbstverständlich zur Kenntnis genommen, dass die führenden kapitalistischen Länder in den letzten Jahrzehnten keine wirklich eindrucksvollen Produktivitäts- und

<sup>7</sup> Um Informationen zur Ware zu machen, muss man sie zurichten. Wer eine Information kaufen soll, muss wissen, was sie wert ist, aber der Verkäufer darf ihren Inhalt bzw. Gebrauchswert nicht preisgeben, bevor sie vollständig verkauft und bezahlt worden ist. Daher ergeben sich eigenartige Zwischenformen des Verkaufs bzw. des stückweisen Abtretns von Nutzungsrechten auf Zeit.

<sup>8</sup> Vgl. dazu: Rainer Fischbach, Die schöne Utopie. Paul Mason, der Postkapitalismus und der Traum vom grenzenlosen Überfluss, Köln 2017.

Wachstumssprünge mehr schaffen. Es wäre ihm aufgefallen, dass trotz des Einsatzes von avancierten Informations- und Kommunikationstechnologien auf breiter Front, trotz exponentiell steigender Rechnerleistungen und ständiger Innovationen, es nicht zur dementsprechend rasch steigenden Produktivität und damit Profitabilität kommt. Für Marx wäre das Ausbleiben von kräftigen Steigerungen der Arbeitsproduktivität aller Digitalisierung zum Trotz ein Problem gewesen, denn er erwartete von einer technischen Neuerung, die sich über viele Industriezweige hinweg verbreitet, eine Welle von „Wertrevolutionen“, von Kapitalvernichtung und Kapitalerneuerung, den Aufstieg neuer Industriezweige und den Verfall alter Industrien, also eine regelrechte große Transformation des Kapitalismus. Die wird bisher nur wortreich beschworen, aber in den relevanten Produktions- und Produktivitätsstatistiken taucht sie nicht auf.

Marx hätte sich daher gefragt, wie die heute führenden hochtechnologischen Unternehmen, die ganz und gar von digitaler Technik abhängig sind, eigentlich ihr Kapital verwerten. Was produzieren, was verkaufen etwa die „großen Vier des Silicon Valley“, wie und womit verdienen sie Geld und machen sie Gewinne? Erstens, indem sie Zugänge zum Internet generell bzw. zu speziellen Plattformen darin sperren und gegen Gebühr für zahlende Nutzer wieder öffnen. Ein Sachverhalt, der mit digitaler Technik wenig, mit politischer Macht und Zugriff auf de facto halb öffentliche Güter (zum Teil auch Gemeingüter), also mit einer politisch erlaubten bzw. gewollten Privatisierung der digitalen Infrastruktur viel zu tun hat. Zweitens, indem sie Daten sammeln und weiterverkaufen und Werbung verkaufen (ein hybrides Informationsprodukt, Dienstleistungen kombiniert mit physischen Repräsentationen). Dann können sie wie Facebook und Google auch auf das Eintreiben von Mautgebühren für den Zugang zu ihrer Plattform verzichten. Die Werbekunden, in der Regel andere kapitalistische Unternehmen aus allen möglichen Branchen, kaufen einen Platz auf der Plattform und zahlen dafür einen Teil der (antizipierten) Extraprofite, die sie dank ihrer Werbeaktionen machen. Wirkliche Wertschöpfung findet da

nur marginal statt, bei einigen Werbeagenturen, die tatsächlich einen Dienst leisten bzw. ein Produkt erzeugen.

Schließlich hätte sich Marx für die Folgen der Digitalisierung in der guten alten materiellen Produktion selbst interessiert. Er sah ja bereits die Folgen der ersten Anfänge des Fabriksystems für die Industriearbeiter, er sah die Rationalisierung oder Perfektionierung von Fertigungsabläufen, die mit intensiver Überwachung und Kontrolle einherging. Er sah die Arbeitsverdichtung, die Arbeitsverlängerung, die steigende Arbeitsintensität, den steigenden Druck und die wachsende Unsicherheit für die Industriearbeiter. Im ersten Band des Kapital hat Marx als einer der ersten Ökonomen des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, sogar die Unvermeidlichkeit von massenhafter technologischer Arbeitslosigkeit gesehen. Er argumentierte lang und breit gegen die Anhänger der sogenannten „Kompensationstheorie“, also der fröhlichen These, für jeden Job, der dank technischer Fortschritte entfalle, käme irgendwo anders, in einer anderen, vielleicht ganz neuen Industrie, ein anderer Job oder sogar mehr dazu und am Ende werde sich das alles wunderbar ausgleichen. Marx war anderer Ansicht. Er hielt technologische Massenarbeitslosigkeit, das Verschwinden ganzer Berufe und Arbeitskategorien im hochtechnologischen Kapitalismus für möglich und unausweichlich und hätte darum unsere heutigen Sorgen wohl verstanden. ■

# Kommentar: Marx und die digitale Ökonomie: Aspekte einer kritischen Überprüfung

von Uwe Kremer<sup>1</sup>

In kritischer Ergänzung des Hauptvortrags von Michael Krätke möchte ich mich auf einige wenige Felder konzentrieren, die im Lichte der Digitalisierung m.E. eine Weiterentwicklung der allgemeinen Theorie bzw. marxistischen Kritik der politischen Ökonomie erforderlich machen. Vorab: Michael Krätke hat recht, wenn er darauf hinweist, dass es sich bei Marx' ökonomischer Theorie um eine allgemeine Theorie handelt, also um ein logisch abstrahierendes System, das versucht, die grundsätzlichen Mechanismen und Regeln des Kapitalismus zu definieren, nicht aber eine Geschichte des Kapitalismus zu schreiben. Auf der anderen Seite gibt es aber natürlich starke historische Bezüge im Marx'schen Hauptwerk – verbunden mit dem Verständnis, dass der sich im 19. Jahrhundert entwickelnde englische Kapitalismus gewissermaßen dem „reinen“ Kapitalismus im Sinne der allgemeinen Theorie am nächsten komme.

Für diese Verbindung von Logischem und Realhistorischem ist die bei Marx offenkundig anzutreffende Auffassung von entscheidender Bedeutung, dass die industrielle Produktion von relativem Mehrwert, also die Erhöhung des Mehrwertes durch den Einsatz von produktivitätssteigernden Mittel bzw. von Prozessinnovationen, die typisch kapitalistische Art und Weise des Produzierens darstelle. Das hat er an anderer Stelle als „reelle Subsumtion“ des unmittelbaren Produktionsprozesses unter das Kapital bezeichnet (im Unterschied zur lediglich „formellen Subsumtion“, z.B. im Falle der Manufaktur). Und nunmehr stellt sich die Frage, inwiefern der digitale Kapitalismus des 21. Jahrhunderts diesem Mechanismus, der zweifelsohne auch die industrielle Massenproduktion des 20. Jahrhunderts ausgezeichnet hat, noch entspricht.

## Neuzusammensetzung industrieller Wertschöpfung – Produkt- und Prozessinnovation

Richten wir nun den Blick auf die industrielle Wertschöpfung und die dort stattfindenden Innovationen, so sollten wir vereinfacht unterscheiden zwischen (a) der unmittelbaren industriellen Produktion von Gütern, den diesen (b) vorgelagerten Tätigkeiten in Forschung, Entwicklung und Design bzw. – wenn man so will – in der Herstellung von Prototypen, Blaupausen, Konzepten und Software, und (c) den nachgelagerten Tätigkeiten im industriellen Service. Wobei Marx – und dies ist für die weitere Argumentation wichtig – beim Theorem des relativen Mehrwerts die unmittelbare industrielle Produktion von skalierbaren Gütern im Blick hatte, und dies sicherlich entsprechend ihrer damaligen realen Bedeutung im Verhältnis zu vor- und nachgelagerten Abschnitten der Wertschöpfungskette.

Nun, wie stellt sich dies im Zeitalter des digitalen Kapitalismus dar? Zunächst einmal: Mit Blick auf die *klassische bzw. unmittelbare industrielle Produktion von Stückgütern* handelt es sich bei der Digitalisierung eigentlich um nichts anderes als eine Prozessinnovation zur weiteren Steigerung der Produktivität und des relativen Mehrwerts. Dies gilt auch für die sog. *cyberphysical systems*, die im Produktionsprozess der „Industrie 4.0“ für eine selbstdiagnosende Verknüpfung der verschiedenen Produktionselemente sorgen – und dies nicht nur innerhalb eines Industrieunternehmens, sondern auch in der unternehmensübergreifenden Vernetzung.

Der wesentliche Punkt besteht m.E. aber nicht in derartigen Prozessinnovationen, so spektakulär sie auch sein mögen, sondern darin, dass mit der Digitalisierung eine *Neuzusammensetzung industrieller Wertschöpfung* stattfindet, die mit einer relativen Verringerung des Anteils der unmittelbaren Produkti-

<sup>1</sup> Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine überarbeitete Fassung des Vortrages auf dem Digitalcapitalism-Kongress, <https://www.fes.de/digitalcapitalism/>.

on skalierbarer Güter und der damit verbundenen Generierung relativen Mehrwerts und einer Ausweitung der bislang vor- und nachgelagerten Sektoren einhergeht. Das erstreckt sich bis hin zu einem Punkt, der konkret in der Software-Industrie erreicht wird, in dem der erzeugte Prototyp identisch ist mit einem Produkt der „Losgröße 1“. Das muss dann nur noch mit gegen Null gehenden Grenzkosten reproduziert werden, während gleichzeitig die mit dem Produkt verbundenen Anforderungen an den Service zunehmen und zum zentralen Geschäftsinhalt der betreffenden Unternehmen werden. In diesem Fall verschwindet die unmittelbare Produktion industrieller Güter mehr oder weniger aus der Wertschöpfungskette – und damit auch der reale Bezugspunkt für das in der Marx'schen Kapitallogik zentrale Theorem des relativen Mehrwerts.

Die Software-Industrie ist allerdings nur der Extremfall. Der Normalfall besteht darin, dass in nahezu allen industriellen Bereichen die nach-, insbesondere aber die vorgelagerten Bereiche an Bedeutung gewinnen – auch hinsichtlich der von ihnen generierten Wertschöpfungsanteile (resp. Anteile an der industriellen Beschäftigung). So nimmt auch in der Automobilindustrie, also der Leitindustrie des fordistischen Kapitalismus, der Aufwand für das Prototyping von Produkten im Verhältnis zur nachfolgenden „Vervielfältigung“ in der unmittelbaren Produktion beständig zu. Dabei handelt es sich nicht um ein gänzlich neues Phänomen, sondern um eine seit Jahrzehnten bestehende Tendenz, man denke z.B. auch an das Verhältnis von F&E-Aufwänden und reinen Herstellungskosten in der pharmazeutischen Industrie oder an die Filmindustrie, in der aufgrund ihrer Spezifik schon immer die Herstellung des Prototypen den im Vergleich zu den erforderlichen Kopien weitaus größten Teil der Wertschöpfung ausmachte. Der Punkt ist: Im digitalen Zeitalter wird dies zur dominierenden Konfiguration industrieller Produktion.

In den Bereichen, die ich vereinfachend als „Prototyping“ und „Service“ bezeichnet habe, spielen die von Marx identifizierten Mechanismen der relativen Mehrwertproduktion m.E.

aber nur eine geringe Rolle. Sicher: Auch hier kann durch Prozessinnovationen die Mehrwertrate erhöht werden, aber entscheidender ist das Produkt und seine Aufwertung durch Investitionen in Forschung, Entwicklung und Prototyping und ggfs. auch durch einen dauerhaft funktionierenden Service. In Bezug auf den wachsenden Bereich der Forschung und Entwicklung geht es vor allem darum, ob er in der Lage ist, Produktinnovationen, also neue, leistungsfähigere und höherwertigere Güter auf den Weg zu bringen und, wenn man so will, Produktivität und Mehrwert durch Aufwertung des Produktsortiments und nicht durch Rationalisierung in der Produktion vorhandener Güter zu erzielen.

Nun, das Problem besteht darin, dass die Messung von Produktivitätssteigerungen und nachfolgenden Veränderungen im Wertgefüge sehr einfach ist, wenn es sich um ein und dasselbe Gut handelt, dessen Wert ganz überwiegend durch die unmittelbare Produktionsarbeit bestimmt ist und das dann durch Prozessinnovationen im selben Zeitraum in einer höheren Stückzahl hergestellt werden kann. Schwieriger wird es, wenn es sich um neue Güter und – wie auch immer zu definierende – höherwertige Güter handelt, deren Wert in wachsendem Maße durch den auf die Endprodukte irgendwie umzulegenden Arbeitsaufwand im Prototyping bestimmt wird.

Kurzum: Das Marx'sche Theorem des relativen Mehrwerts ist eng mit Prozessinnovationen verbunden und lässt sich nur unter größeren Schwierigkeiten auf die Ökonomie von Produktinnovation und Qualitätsproduktion und die angesprochene Neuzusammensetzung der industriellen Wertschöpfung anwenden. Sich mit diesen Schwierigkeiten auseinanderzusetzen, ist eine wesentliche Aufgabe in der Überprüfung und Weiterentwicklung der marxistischen Ökonomie.

### Digitale Durchdringung nicht-industrieller Sektoren

Der zweite Punkt: Die Digitalisierung ist auch ein Instrument der Landnahme und des Ausgreifens des Kapitalismus und seiner Ver-

wertungslogik auf Bereiche, die bislang dieser Verwertungslogik nicht unterlegen haben. Hier stellt sich insbesondere die Frage, wie sich die Digitalisierung des Kapitalismus auf den Wirtschaftssektor der personenbezogenen Dienstleistungen auswirkt – insbesondere auch auf das, was wir in politischer Perspektive als Care Economy bezeichnen.

Personenbezogene Dienstleistungen waren bislang Tätigkeitsbereiche, die der kapitalistischen Verwertung nur begrenzt zugänglich waren, und wenn, dann eher in Form einer „formellen Subsumtion“, aber nicht über eine reelle Unterwerfung durch Einführung kapitalgetriebener Rationalisierungsprozesse. Ändert sich dies durch die Digitalisierung? Nun, wenn wir in den Gesundheitssektor schauen, mit dem ich selbst beruflich verbunden bin, dann gibt es sicherlich Potenziale für die Steigerung in der Produktivität des Gesamtsystems und großen Versorgungseinheiten, z.B. in der Krankenhauslogistik. Aber mit Blick auf die zentralen personenbezogenen Tätigkeiten der medizinischen, pflegerischen und sonstigen heilberuflichen Versorgung sind

die Rationalisierungspotenziale recht gering. Die Digitalisierung – z.B. mit dem Einsatz künstlicher Intelligenz bzw. selbstlernender kognitiver Systeme, die die riesigen Mengen an Gesundheitsdaten in Datenmuster für Diagnose und Therapieentscheidungen umwandeln – führt im Großen und Ganzen nicht dazu, dass heilberuflische Tätigkeiten ersetzt, sondern dass sie neu konfiguriert und teilweise sogar wissensbasiert aufgewertet werden. Und was die nunmehr vorgelagerte Auswertung der Daten betrifft: Da wird nicht etwas ersetzt oder rationalisiert, was es bislang schon – sozusagen per Hand – gegeben hat. Es ist vielmehr so, dass diese Auswertung von Daten bislang nicht möglich war, jetzt aber möglich wird und damit die Dienstleistung im Sinne einer Produktinnovation verändert.

Nun stellte sich schon in der Vergangenheit die grundsätzliche Frage, inwieweit das Marx'sche Theorem des relativen Mehrwerts jenseits der Industrie in einem Sektor wie dem Gesundheitswesen, der mittlerweile an die Größe der klassischen Industrie heranreicht, gültig sein kann. Diese Frage stellt sich im



**VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

**Wontae Kim**

**Rekonstruktion des Marxschen  
Arbeitsparadigmas: Wesen,  
Gesellschaftsverhältnisse, Fetischismus**

2017 - 465 Seiten - 45,00 €  
ISBN: 978-3-89691-114-8

Arbeit, Kapitalismus und ihr Zusammenhang tauchen wieder als die Hauptthemen in der Zeit der sog. vierten industriellen Revolution auf. Wontae Kim richtet dabei sein Augenmerk auf das Projekt, mit dem Marx Arbeit, Kapitalismus und ihren Zusammenhang gesellschaftstheoretisch und kritisch analysiert.

[WWW.DAMPFBOTT-VERLAG.DE](http://WWW.DAMPFBOTT-VERLAG.DE)

Zeitalter der Digitalisierung und der damit sicherlich verbundenen kapitalgetriebenen Versuche, sich das Feld der personenbezogenen Dienstleistungen einzuverleiben, in einem neuen Licht und gehört insofern auch in das Programm zur Überprüfung und Weiterentwicklung der Marx'schen Theorie.

### Wissen und Arbeit im digitalen Kapitalismus

Der dritte Punkt nimmt die beiden vorhergehenden im Grunde genommen auf und betrifft die Rolle des Wissens und sein Verhältnis zur Arbeit im digitalen Kapitalismus. Nun war der Kapitalismus in gewisser Weise schon immer eine wissensbasierte Ökonomie. In Bezug auf Marx' Auffassungen stoßen wir allerdings auf folgendes Problem: Das, was wir von ihm kennen, lässt darauf schließen, dass er Wissensbestände als mehr oder weniger kostenlos zur Verfügung stehende Voraussetzungen des kapitalistischen Produktionsprozesses begriff. Nun gut: Es gibt da noch Patente, auf die dann die entsprechenden Inhaber Renten beziehen können, bis deren Laufzeit vorbei ist, aber das war es dann weitestgehend schon.

Der aktuell entscheidende Punkt besteht darin, dass für den digitalen Kapitalismus die Ökonomisierung des Wissens konstitutiv ist, einmal in Bezug auf die Wissensarbeit, die in den eben benannten Bereichen von Forschung und Entwicklung bzw. Prototyping usw. stattfindet, sodann in Bezug auf Wissensgüter, Informationen und Datensätze usw. Und auch die Mittel zur Generierung, Verarbeitung und Nutzung von Wissen werden zu einem immer bedeutsameren Betätigungsfeld der modernen kapitalistischen Ökonomie (siehe v.a. die schon erwähnte künstliche Intelligenz). Dabei denke ich im Übrigen, dass man erst mit dem Eintritt in die Ära der künstlichen Intelligenz im umfassenderen Sinne von einem digitalen Kapitalismus sprechen kann.

Die heutige Wissensökonomie geht damit deutlich über das hinaus, was Marx formuliert hat. Das grundlegendste Problem mit Blick auf seine allgemeine Theorie besteht m.E. darin, dass es in der Frage von Wissen und Wissenschaft viele interessante über das Gesamtwerk

verteilte Fragmente gibt, aber keinen zusammenhängenden theoretischen Ansatz. Was fehlt und für das Verständnis des digitalen Kapitalismus entscheidend wäre, ist gewissermaßen eine marxistische Theorie des Wissens, die aber – und das ist entscheidend – nicht grundsätzlich alternativ zur Theorie der Arbeit bzw. damit zusammenhängenden Werttheorie steht. Sie hätte vielmehr die Verknüpfung von Wissen und Arbeit insbesondere im Zuge der Neuzusammensetzung des industriellen Produktionsprozesses, des Primats von Produktinnovationen und der Umstrukturierungen bei den personenbezogenen Dienstleistungen im Blick: Denn Wissen existiert natürlich und ökonomisch vor allen Dingen in Verbindung mit Arbeit. Wissensarbeit selbst stellt ein relevantes und wachsendes Segment wertschöpfender Arbeit dar.

Mit Blick auf den digitalen Kapitalismus denke ich, dass dieses Verhältnis von Wissen und Arbeit in Verbindung mit einem grundlegend aktualisierten Verständnis wertschöpfender Tätigkeiten ins Zentrum einer Weiterentwicklung der marxistischen ökonomischen Theorie rücken muss und dabei die in ihrem Ausgangspunkt bestehende Fixierung dieser Theorie auf den unmittelbaren industriellen Produktionsprozess endlich zu überwinden wäre. Dabei geht es im Übrigen nicht nur um ein besseres analytisches Verständnis, sondern auch um die transitorischen Tendenzen, die gerade dieser Verbindung von Wissen und Arbeit innewohnen – nicht zuletzt mit Blick auf die Träger gesellschaftlicher Veränderungen und die Perspektiven eines „digitalen Sozialismus“.

## 53 Thesen revisited

von Joachim Schuster<sup>1</sup>

Im Frühjahr 1989 erschienen die „53 Thesen“, eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse auf marxistischer Grundlage verfasst von Jusos des damaligen Hannoveraner Kreises. Diese Analyse diente dazu, programmatische wie auch strategische Antworten für die eigene Politik zu entwickeln. Eingebettet war das Ganze in das Projekt Moderner Sozialismus, dessen Anspruch durchaus ambitioniert war:

„Die neuen Thesen“ ... bestehen aus einem Projekt, das

- anhaltende globale und gesellschaftliche Umbrüche verstehen und einordnen will,
- bisherige theoretische Instrumente und Auffassungen in Erinnerung ruft und überprüft,
- Grundlagen für ein modernes und sozialisches Politikkonzept legt und
- damit auch kritische Lernprozesse unter jungen Sozialistinnen und Sozialisten in Gang setzt.“ (53 Thesen, S. 2)

Die 53 Thesen verstanden sich dabei in Anbetracht der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der 80er Jahre als notwendige Weiterentwicklung der bisherigen inhaltlichen Positionen der eigenen Strömung. Lange Jahre dominierte in den theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb des Juso-Verbandes der Streit über einen möglichen Weg zur Überwindung des Kapitalismus und des Übergangs zum Sozialismus. Die in diesen Debatten bezogenen Positionen prägten die wesentlichen Differenzen zwischen den Juso-Strömungen. Angesichts der konservativen Wende unter Kohl in Deutschland in den 80er Jahren, der Defensiven fortschrittlicher und sozialistischer Kräfte sowie der immer offensichtlicher werdenden

Defizite der realsozialistischen Staaten ging es in den strategischen Überlegungen der 53 Thesen nicht um die Ausgestaltung des mehr oder weniger kurz bevorstehenden Übergangs zum Sozialismus, sondern um die Herausbildung eines neuen Projektes einer radikalen, in längerer Sicht systemüberwindenden Reformpolitik.

Von großer Bedeutung war der Anspruch, eine derartige Analyse auf eine marxistische Grundlage zu stellen. Dabei verstanden wir den Marxismus nicht als Heilslehre mit unumstößlichen Wahrheiten, sondern als Gesellschaftstheorie, die es ermöglicht, verschiedenste gesellschaftliche Entwicklungen einzuordnen und auf dieser Basis ein Verständnis der Formierung politischer Milieus, Kräfte und Klassen zu entwickeln. Diese Analysen sollten einen geeigneten Hintergrund für die Entwicklung politischer Strategien und Programmatik im Rahmen sich laufend entwickelnder und gestaltbarer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse bilden.

### Kennzeichen der kapitalistischen Entwicklungsetappe

In den 53 Thesen wird die Auffassung vertreten, dass die kapitalistische Entwicklung durch den Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen angetrieben wird. Dabei entwickelt sich der Kapitalismus in abgrenzbaren Etappen, die sich nach der Stufe der Vergesellschaftung des Kapitals sowie der darauf aufbauenden politischen und ökonomischen Regulierung der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft unterscheiden. Der damals erreichte Entwicklungsstand wurde in den Thesen als staatsmonopolistischer Kapitalismus bezeichnet, in dem die kapitalistische Produktionsweise und Gesellschaft maßgeblich durch ökonomische Monopole – verstanden als große Einzelkapitale, die in der Lage sind, ökonomische Gesetzmäßigkeiten in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu modifizieren – im Zusammenwirken mit ökonomischen und politischen Regulierungsleistungen des Staates gestaltet und reproduziert

<sup>1</sup> Dr. Joachim Schuster ist Mitglied des Europäischen Parlaments.  
Die 53 Thesen sind abrufbar unter: <http://www.spw.de/xd/public/content/index.html?pid=49>

wird. Der Kapitalismus hatte einen Vergesellschaftungsgrad erreicht, der eine umfassende Regulierung durch den Staat erforderte, der Staat dabei letztlich aber im Interesse der dominierenden Kapitale agiert. Dieser Bezug zur Stamokap-Theorie, diente Kritikern vor allem dazu, den Hannoveraner Kreis zu diffamieren, weil Varianten der Stamokap-Theorie auch in den sogenannten realsozialistischen Ländern vertreten wurden. Um eine fruchtbare theoretische Auseinandersetzung mit dieser Gesellschaftstheorie ging es dabei eigentlich nie.

Die Entwicklung der Produktivkräfte wird nicht auf technologische Neuerungen reduziert, sondern im Zusammenspiel mit der Weiterentwicklung der menschlichen Arbeit als letztlich bestimmende Produktivkraft analysiert. Die aktuellen Wandlungen wurden als wissenschaftlich-technische-Revolution begriffen, die die bis dahin vorherrschende Produktions-, Arbeits- und Lebensweise grundlegend umwälzen würde. Dabei vertraten die 53-Thesen einen ausgewiesenen Fortschrittoptimismus. „Entscheidend ist, dass mit der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht nur die Risiken und Gefahren zunehmen, sondern auch die Chancen, die Menschheitsprobleme zu lösen. Heute reifen die Grundlagen für eine entwickelte sozialistische Produktions-, Arbeits- und Lebensweise heran. ‚Moderner Sozialismus‘ – dies ist die reale Utopie einer Gesellschaft, die auf hohem materiell technischen Niveau die kapitalistischen, aber auch die patriarchalen und bürokratischen Fesseln der Produktivkraftentwicklung abstreift und zum ersten Mal individuelle Freiheit, gesellschaftliche Solidarität und internationale Völkerverständigung umfassend verwirklichen kann.“ (53 Thesen, S. 3)

In der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Veränderungen der 70er und 80er Jahre sind in den 53 Thesen wichtige theoretische Erweiterungen zur Stamokap-Theorie vorgenommen worden.

Die eng gefasste Regulierungstheorie wurde durch die Einbeziehung des Fordismus (die Kombination von Massenproduktion und Massenkonsum) in die Charakterisierung der aktuellen kapitalistischen Regulierungsetappe erweitert.

Damit rückten neben den werttheoretischen Aspekten zugleich die Potentiale einer wohlfahrtsstaatlichen Regulierung sowie die Auseinandersetzungen um die Arbeits- und Lebensweise der Bevölkerung ins Blickfeld.

Zudem gab es zwei weitere wichtige Ergänzungen:

Die 53 Thesen befassten sich mit den als „globale Probleme“ bezeichneten Phänomenen, die unabhängig von der Staaten-, Klassen- und Geschlechterzugehörigkeit die Existenz der Menschheit insgesamt bedrohen und deshalb auch unabhängig von der Lösung der Systemfrage entschärft werden müssen. Gemeint waren a) die Zuspitzung sicherheitspolitischer Konflikte, die durchaus in einem dritten, diesmal nuklearen Weltkrieg, münden konnten, b) die immer sichtbarer werdenden ökologischen Grenzen der Entwicklung in der kapitalistischen wie in der real-sozialistischen Welt und c) die dramatischen Entwicklungsprobleme in den Ländern des globalen Südens und damit die Sprengkraft der extrem ungleichen globalen Reichtumsverteilung in sozialer, ökologischer aber auch sicherheitspolitischer Hinsicht.

Das Patriarchat wurde als eigenständiges Herrschaftsverhältnis gefasst, welches zwar ohne Zweifel klassenpolitisch ausgeprägt ist, sich aber nicht durch die Überwindung der Klassengesellschaft auflösen würde. (Aus heutiger Sicht ist dies sicherlich eine Selbstverständlichkeit. Allerdings wurde in der linken Bewegung zuvor das Verhältnis zwischen Hauptwiderspruch (Klassenfrage) und Nebenwiderspruch (Patriarchat) diskutiert.)

Darauf aufbauend analysieren die 53 Thesen skizzenhaft die gesellschaftlichen Kräfte, die eine mögliche Basis für progressive Politik abgeben können. Hervorzuheben ist hier die konstatierte Ausdifferenzierung fortschrittlicher Kräfte, sowohl innerhalb der Gewerkschaften und Sozialdemokratie als auch im gesellschaftlichen Raum die Entstehung der neuen (und Erstarkung der alten) sozialen Bewegungen, insbesondere der Friedens- und Ökologiebewegung aber auch der Frauenbewegung.

## Plädoyer für eine sozialistische Reformpolitik

Damit war das Gerüst für die strategische Anlage von fortschrittlicher Politik zur Überwindung des Kapitalismus gelegt. Die VerfasserInnen der Thesen erwarteten keinen raschen Bruch mit dem Kapitalismus und keinen revolutionären Übergang zum Sozialismus – der durchaus noch wenige Jahre zuvor in manchen linken Debatten gefordert/erträumt wurde –, sondern favorisierten eine radikale Reformpolitik. Ausgehend von der Überlegung, dass die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft trotz der Dominanz des Kapitalverhältnisses als Resultat vielfältiger Auseinandersetzungen Elemente entwickelt hat, die über den Kapitalismus hinausweisen und von uns als sozialistische Potentiale bezeichnet wurden, setzten die 53 Thesen darauf, ebendiese sozialistischen Potentiale weiterzuentwickeln und damit die Basis für eine Überwindung des alten Systems zu legen. Ob dies letztlich revolutionär oder evolutionsmäßig erfolgen könnte, ließen die Thesen offen. Aus heutiger Sicht muten diese Überlegungen vielleicht etwas seltsam an, es ging aber darum, reformistische und revolutionäre Politik als dialektische Einheit und nicht als unvereinbare Politikstrategien zu begreifen.

Die konkrete Handlungsorientierung lag also darin, nicht das schlechte System zu entlarven, sondern in einer konsequenten Reformpolitik die (sozialistischen) Potentiale, die sich schon im Schoß des Kapitalismus herausgebildet haben, zu stärken und zu festigen sowie gleichzeitig letztlich systemunabhängige oder übermäßig bedrohliche globale Probleme zumindest zu entschärfen. Damit konnten Orientierungspunkte gesetzt werden, etwa zur Gestaltung der Arbeitswelt, zur Entwicklung der Persönlichkeit, zur Stärkung der Demokratie oder zur Gestaltung der Produktivkraftentwicklung als aktiver Aufgabe der Politik. Dabei ging es übrigens keineswegs um den Aufbau neuer Staatsbürokratien. Angestrebt wurde ein Staat als Pionier, der gesellschaftliche Formen der Gestaltung der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise absichert bzw. ermöglicht.

Die 53 Thesen wiesen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften als Träger einer sol-

chen radikalen Reformpolitik eine tragende Rolle zu, hatten aber nicht die Illusion, dass diese allein die erforderliche Kraft aufbringen könnten. Propagiert wurde vielmehr ein breiter angelegtes Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur, das fortschrittliche, aber nicht notwendig antikapitalistische Kräfte und Parteien einbeziehen sollte.

## Was bleibt von den 53 Thesen?

Im Rückblick sind die 53 Thesen mehr als der durchaus anspruchsvolle Versuch einer Generation der Juso-Linken, sich vollziehende gesellschaftliche Veränderungen theoretisch einzuordnen und daraus eine Orientierung für das eigene politische Handeln zu entwickeln.

Sicherlich haben wir damals einige Prozesse falsch eingeschätzt. Natürlich haben wir den kurze Zeit später erfolgten Zusammenbruch der sozialistischen Staaten nicht vorhergesehen, obwohl viele Fehlentwicklungen und Defizite des realen Sozialismus in den 53 Thesen durchaus treffend benannt wurden. (Übrigens ist mir nicht bekannt, dass irgendjemand zu Beginn des Jahres 1989 den Zusammenbruch der DDR am Jahresende, und wenige Jahre später auch der UdSSR, seriös vorausgesagt hätte.) Den weiteren Verlauf der ökonomischen Krisen des Kapitalismus oder die weiteren Strukturveränderungen der Weltwirtschaft und insbesondere der Aufstieg Chinas haben wir ebenfalls nicht vollständig richtig erfasst. Allerdings sollte sich jede sozialistische Theorie ohnehin vor dem Versuch hüten, die Zukunft vorauszusagen. Zukunft entwickelt sich immer als Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Kämpfe, deren (Zwischen-)Ergebnisse den weiteren Verlauf der Entwicklung prägen. Der Nutzen von Theorie zeigt sich darin, ob es mit deren Hilfe gelingt, Entwicklungen und die Ergebnisse von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzuordnen, um daraus Handlungsorientierungen für eine immer wieder zu modifizierende Politik zu generieren. Die 53 Thesen waren in diesem Sinne für die Juso-Linke in den 90er Jahren durchaus ein wichtiger theoretischer Bezugspunkt und lieferten Orientierung in den damaligen Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie wie auch um gesellschaft-

liche Reformen in der sich dem Ende zuneigenden Kohl-Ära.

Gleichwohl muss konstatiert werden, dass es nur begrenzt gelungen ist, eine derartige sozialistische Reformpolitik durchzusetzen. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus Anfang der 90er Jahre stärkte konservative Kräfte auch innerhalb der Sozialdemokratie erheblich. Selbst das Ende der Geschichte (verstanden als Abfolge von Gesellschaftsformationen) wurde damals schon propagiert. Dennoch gelang es, die Programmatik der SPD deutlich von links zu beeinflussen. Aber spätestens mit dem unrühmlichen Rücktritt von Lafontaine als Parteivorsitzendem und Finanzminister erlitt die in den 53 Thesen angelegte konsequente Reformpolitik im Bündnis mit fortschrittlichen und zum Teil auch antikapitalistischen Kräften eine empfindliche Niederlage. Der sogenannte dritte Weg à la Schröder und Blair hatte freie Bahn. Die folgende sozialdemokratisch geführte Regierung setzte zwar einerseits auf überfällige Reformen, aber eben nicht in kritischer Distanz zum Kapital, sondern versuchte diese im Bündnis mit den führenden Kapitalinteressen voranzubringen.

Das Ergebnis der in der Agenda 2010 zugesetzten sozialdemokratischen Politik in Deutschland, die nicht auf die Erweiterung der Spielräume für fortschrittliche Politik abgezielt hatte, sondern Reformen nur im nicht zu hinterfragenden Korsett von Kapitalinteressen gedacht hat, ist bekannt. Die soziale Spaltung hat sich in Deutschland aber auch weltweit vertieft. Ökologische Probleme konnten nicht wesentlich entschärft werden, sondern haben sich eher zugesetzt. Nationalismus mit all seinen (sicherheits-)politischen negativen Effekten ist auf dem Vormarsch. Die SPD hat in den 18 Jahren seit Beginn der ersten rot-grünen Bundesregierung die Hälfte ihrer Wählerschaft und über 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Zugleich ist die Partei inzwischen in eine tiefe Identitätskrise bzw. aus Sicht der früheren Wähler in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise geraten.

### Orientierung für künftige Auseinandersetzung

Die Kernauffassungen 53 Thesen besitzen auch heute noch eine erstaunliche Aktualität.

Die Bedeutung, die der demokratischen Gestaltung der Produktivkraftentwicklung zugemessen wurde, bestätigt sich heute. Die Digitalisierung von Produktions- und Lebenswelt sowie die möglichst rasche Umstellung der energetischen Basis der Wirtschaft und Gesellschaft auf regenerative Energieträger sind die zentralen Herausforderungen für sozialdemokratische Politik. Für linke Politik ist es dabei unabdingbar, die damit verbundenen sozialen Folgen in den Blick zu nehmen und mit einer modernen Politik für soziale Gerechtigkeit dafür zu sorgen, dass nicht nur ein Teil der Menschen von dem so erzielbaren Fortschritt profitiert, sondern alle Teile der Gesellschaft daran teilhaben können.

Die unter dem Begriff „globale Probleme“, in der Analyse der Weltwirtschaft und der europäischen Integration angesprochene internationale Dimension sozialistischer Politik hat ebenfalls wenig von ihrer Bedeutung eingebüßt. Die internationale Vergesellschaftung ist weiter vorangeschritten und hat das internationale Staatsystem weiter verändert. Eine zeitgemäße radikale Reformpolitik muss diese internationale Dimension erfassen und als integralen Bestandteil ihrer Politik verarbeiten. Nationalistische Politik, auch wenn sie von links formuliert wird, bietet keine Perspektive.

Eine radikale Reformpolitik, die die sozialistischen Potentiale der heutigen Gesellschaft entwickelt und destruktive Tendenzen zurückdrängt, wird – gerade angesichts der aktuellen Krise der Sozialdemokratie – nicht ohne ein breites Bündnis fortschrittlicher Kräfte realisiert werden können. Auch das in den 53 Thesen propagierte Bündnis aus Arbeit, Wissenschaft und Kultur hat an Aktualität nichts eingebüßt. Ein solches Bündnis muss auf einer konsistenten Programmatik fußen, die eben nicht verschiedene fortschrittliche Interessen gegeneinanderstellt, sondern miteinander verbindet. Die Reduktion auf ein vermeintlich rein sozialdemokratisches Klientel bietet keine Perspektive.

Es ist Zeit für eine erneute radikale Reformpolitik, die sich nicht in den bestehenden Rahmen einpasst, sondern „sozialistische Potentiale“ entfaltet und über die kapitalistische Gesellschaft hinausweist. ■

# Marxismus, Feminismus und „Intersektionalität“

von Shahrzad Mojab und Sara Carpenter<sup>1</sup>

„Intersektionalität“ ist ein feministisches Schlüsselkonzept, welches dazu genutzt wird, eine Vielzahl sozial konstruierter Unterschiede zu erläutern. Während der Begriff selbst in den 1970er Jahren aus dem Aktivismus und den Forschungsarbeiten des *Black Feminism* hervorging, bezieht er sich auf ein Problem, das seit Jahrzehnten an der Speerspitze internationaler feministischer Kämpfe steht, nämlich: Wie ist die Organisation menschlichen Lebens entlang von „Rasse“, Geschlecht, Sexualität, Klasse, Fähigkeit, etc. zu verstehen und wie sollten unsere politischen Projekte dieser Realität begegnen? Intersektionalität ist eine mögliche Antwort auf diese Frage.

Das Konzept der Intersektionalität hat zwei Wurzeln oder Richtungen innerhalb des *Black Feminism*. Eine davon besteht in der Arbeit von AktivistInnen und WissenschaftlerInnen, die das Erleben schwarzer Frauen in den Vereinigten Staaten als eine Erfahrung beschrieben, die durch multiple, simultane Formen der Unterdrückung geprägt ist. Die Arbeiten von Barbara Smith, Patria Hill Collins und dem *Combahee River Collective* sind Meilensteine dieser Bestrebungen. Das Konzept wurde dann von der afroamerikanischen, feministischen Rechtswissenschaftlerin Kimberlé Crenshaw erweitert, um die Überschneidung von „Rasse“ und Geschlecht mit Gewalt und Armut innerhalb des amerikanischen Strafjustizsystems zu diskutieren. Im Laufe der letzten drei Jahrzehnte hat der Begriff in der kritischen antirassistischen Bildungsarbeit und in feministischen Studien, genau wie in den Kulturwissenschaften und darüber hinaus theoretisch und methodologisch an Zugkraft gewonnen. Obwohl Crenshaw, daran erinnert Aguilar, „Intersektionalität, wie von ihr erdacht, nicht als eine Theorie verstand, schon

gar nicht als eine totalisierende Theorie oder gar Methodologie; und mit Sicherheit hatte sie nicht die leiseste Ahnung von den Kontroversen, die das Konzept auslösen würde oder von der Reise, die es über Disziplinen und Kontinente hinweg antreten würde“ (Aguilar, 2015, 208). In den Jahrzehnten danach wurde das Konzept von feministischen Wissenschaftlerinnen erheblich erweitert – insbesondere von jenen, die in der postmodernen und poststrukturalistischen Tradition stehen und von jenen, die sich speziell mit Identität und Subjektivität befassen. Das Konzept wurde aufgegriffen zur Analyse sozialer Unterschiede, als Theorie der Unterdrückung, als Methode der kritischen Forschung, und als politisches Projekt, das auf radikale Inklusion abzielt (Hancock, 2016). Es ist bei Online-Blogs genauso beliebt wie in wissenschaftlichen Publikationen. Es wird von AktivistInnen, AkademikerInnen, Lehrkräften und manchmal sogar von politischen EntscheidungsträgerInnen verwendet (wie beispielsweise von Hillary Clinton während der US-Präsidentenwahl im Jahr 2016). An diesem Punkt angelangt, gab die Verwendung des Konzeptes den Anstoß für einige neuere Texte, die zu klären versuchen, was genau das Konzept meint und wie es sich entwickelt hat (Collins & Bilge, 2016; Hancock, 2016).

Derzeit ist es unter StudentInnen und WissenschaftlerInnen weit verbreitet, eine „intersektionale Analyse“ für die eigene Arbeit zu beanspruchen – in der Überzeugung, dass dies einen radikalen Bruch mit „weißem“ / liberalem Feminismus darstelle und einen politischen Einsatz für die am stärksten unterdrückten Mitglieder der Gesellschaft signalisiere. In unserer Lehrtätigkeit und in unserem Aktivismus beobachten wir diesen Anspruch ziemlich häufig. Bei einer Solidaritätskundgebung zur Unterstützung der Aufstände im Iran wurde vor Kurzem ein Antrag eingebracht, welcher forderte, das Konzept der Intersektionalität bei allen Aktionen zu berücksichtigen. Der Antrag betrachtete Intersektionalität als einen Akt der Solidarität; mit ihm sollte ein Zeichen gesetzt

<sup>1</sup> Shahrzad Mojab ist Professor of Adult Education and Women's Studies an der Universität Toronto/ Canada.

Sara Carpenter ist Assistant Professor in Educational Policy Studies an der Universität Alberta/ Canada.

Dieser Artikel basiert auf dem theoretischen Grundgerüst, welches wir in dem von uns verfassten Buch *Revolutionary Learning: Marxism, Feminism and Knowledge* (Pluto Press, 2017) und in Shahrzad Mojab (Hrsg.), *Marxism and Feminism* (Zed Books, 2015) entwickelt haben.

werden für die Repräsentation und Anerkennung verschiedener Formen der Ungleichheit / Differenz wie „Rasse“, Geschlecht, Sexualität, Religion, Sprache, Region, Klasse, Behinderung oder Alter. Insbesondere signalisierte er, dass man verstanden habe, wie multiple Formen der Ungleichheit / Differenz in der gelebten Erfahrung zusammenfließen. Bei diesem Akt der Anerkennung – darin besteht der Anspruch einer intersektionale Analyse und der damit verbundenen politischen Aktionen – dient die Benennung von Faktoren gesellschaftlicher Ungleichheit der Markierung und Erläuterung der historischen, lokalen, transnationalen und strukturellen Bedingungen, die diese Ungleichheiten / Differenzen (re)produziert haben.

Wir erkennen an, dass bestimmte kritische feministische Schlüsselkonzepte wie ‚Empowerment‘, ‚Bewusstsein schaffen‘ und ‚Gerechtigkeit‘, genau wie Intersektionalität, häufig von liberalen und anderen bourgeois Interessen zur Durchsetzung einer vollkommen anderen Agenda übernommen werden. Wir müssen jedoch fragen, warum diese Konzepte, die über eine radikale Erklärungskraft zu verfügen scheinen, so leicht vereinnahmt und genutzt werden können, um just die Umstände zu (re)produzieren, die sie ursprünglich einmal kritisieren sollten. TheoretikerInnen der Intersektionalität und AktivistInnen haben den „weißen“ Feminismus dafür geöffnet, die Aspekte „Rasse“, Geschlecht und Klasse zu berücksichtigen. Wir argumentieren jedoch, dass zwei miteinander verbundene Prozesse dazu geführt haben, dass das Potenzial der Intersektionalität, über eine reine Analyse der Repräsentation / Anerkennung hinauszugehen, sehr begrenzt ist. Erstens hat der Rückzug vom Marxismus in den 1980er Jahren die Analyse spezifischer Klassenbildungen im kapitalistischen Patriarchat nach und nach geschwächt. Zweitens, und damit verbunden, sind mit dem Verschwinden von Klasse alle anderen Formen sozialer Ungleichheit in den Mittelpunkt feministischer Forschungsanstrengungen gerückt. Aber wir wissen, dass sich in der tatsächlichen Erfahrung des menschlichen Lebens soziale Identitäten ständig überschneiden, und zwar nicht auf jene fragmentierte und episodische Weise, die die geläufige Verwendung des Kon-

zeptes der Intersektionalität suggeriert. Wenn wir also anerkennen, dass wir in einem Modus fortwährender Überschneidungen leben, sollten wir die Frage stellen, wie sich soziale Identitäten formen lassen, die zum Subjekt eines historischen sozialistisch-feministischen Wandels werden können. Anders formuliert: Was wird aus uns, wenn unser Geschlecht, unsere „Rasse“, Klasse, Sexualität, Behinderung, und so weiter sich überschneiden? Was wird durch die Überschneidung und das Zusammenlaufen dieser Identitätslinien sozial konstituiert?

Unser Kernanliegen an dieser Stelle ist es, zu artikulieren, wie wir uns diesem theoretischen und politischen Problem vom Standpunkt des marxistischen Feminismus aus nähern können. Während wir selbstverständlich die Realität anerkennen, die das Konzept der Intersektionalität zu erklären versucht, wählen wir eine andere Herangehensweise zur Deutung dieser Realität. Wir glauben, anknüpfend an Bannerji (1995), dass es unmöglich ist, die sozialen Verhältnisse zu desartikulieren, ohne die sozialen, künstliche Trennlinien schaffenden Unterdrückungsverhältnisse durch eine kulturelle Logik, die „Rasse“ und Geschlecht von Kapital und Klasse trennt, zu objektivieren. Einmal mehr kehren wir zu der Problemstellung zurück, das Soziale nicht nur als historisch subjektive menschliche Sitten und Gebräuche zu theoretisieren. Und, um das klarzustellen: Dies ist eine radikal andere Auffassung von Ungleichheit / Differenz und Erfahrung / Erleben als die der gängigen Theoriemodelle der Intersektionalität und Positionalität. Während Sharon Smith (2018) vor Kurzem eine marxistische Perspektive der Intersektionalität veröffentlicht hat, die das Problem einer postmodernen / poststrukturellen Aneignung des Konzepts zu Füßen legt und es damit von jedweder materiellen Analyse befreit, argumentieren wir, dass das Problem nicht allein in der mangelnden Anerkennung von Klasse besteht, sondern in einer ontologischen Fragmentierung. Aus diesem Grund wird eine simple Hinzufügung von Klasse zu den Matrizen der Identität MarxistInnen nicht dabei helfen, weiter in eine feministische und antirassistische Analyse vorzustoßen – und nicht-marxistischen FeministInnen wird dies nicht dabei helfen, materielle Verhältnisse in

einem sozialen Sinn zu verstehen. Um unsere Analyse zu vertiefen, werden wir zunächst unser Verständnis von einer marxistisch-feministischen Theorie des Sozialen darlegen, denn wir verfolgen drei Ziele: die Welt um uns herum zu erklären und zu verstehen, transformative Formen des Wissens und Bewusstseins zu produzieren und revolutionäre Politikansätze zu generieren. Zu diesem Zweck arbeiten wir mit einer Auffassung von dialektischen sozialen Beziehungen, die es uns erlaubt, viele jener Fragen anzugehen, die SozialtheoretikerInnen derzeit beschäftigen – zu Essenzialismus, Dualismus, Binaritäten, linearem Denken, Intersektionalität oder Relativismus.

### Die Dialektik sozialer Beziehungen im Kapitalismus

Eingangs sei gesagt, dass wir soziale Realität oder ‚Gesellschaft‘ nicht als ein ‚Ding‘, eine ‚Struktur‘ oder ein ‚System‘ begreifen, das außerhalb des Menschen besteht und seine Handlungen oder Gedanken bestimmt. Vielmehr verstehen wir unser soziales Leben als eine historisch gewachsene Form der sozialen Organisation und zwischenmenschlichen Kooperation, und damit meinen wir menschliches Handeln und Bewusstseinsformen. Weil wir die soziale Welt als ein Geflecht tatsächlicher menschlicher Aktivitäten und damit verbundener Formen der Kooperation begreifen, verwenden wir den Begriff soziale Beziehungen, um die soziale Welt zu beschreiben. Soziale Beziehungen sind sowohl Ausgangspunkt der Untersuchung als auch deren Zielpunkt. Wir können uns selbst nicht aus ihnen herauslösen, während wir versuchen, sie zu verstehen. Soziale Beziehungen sind sowohl Bewusstseinsformen als auch praktisches, sinnliches, menschliches Handeln (sie sind also nicht nur das, was wir denken, sondern auch das, was wir tun). Diese sozialen Beziehungen, das ist unser Verständnis, existieren in dialektischen Beziehungen. Eine dialektische Konzeptualisierung bedeutet, die soziale Welt als eine Reihe von Beziehungen zwischen multiplen Phänomenen zu betrachten, die im Laufe der Zeit gleichzeitig auf der lokalen / partikularen und auf der globalen / universalen Ebene geschehen. Die dialektischen Beziehungen, die unsere soziale Welt formen, sind ständig in Bewegung und

im Wandel. Dies ist in erster Linie das Resultat zweier Dynamiken: (1) den inneren Widersprüchen dieser Beziehungen und (2) den externen Bedingungen, die durch andere soziale Phänomene geschaffen werden. Eine dialektische Beziehung ist stets eine Einheit zweier Phänomene, welche manchmal nur im Widerspruch zueinander existieren können; sie kann nur durch die Negation der Beziehung und Veränderung ihrer beiden Bestandteile transformiert werden. Mit anderen Worten: Wir behandeln unsere soziale Welt als eine, die aus einer Vielzahl sich gegenseitig bedingender Beziehungen besteht, die auch unsere Erfahrungswelten umfassen. Dialektisches Denken ermöglicht es uns, Erfahrungen anhand dieser dynamischen Beziehungsnetzwerke zu verstehen.

Geschichte können wir als eine Abfolge verschiedener Formen der sozialen Organisation untersuchen. Damit meinen wir, dass wir in der gesamten Geschichte Menschen beobachten können, die miteinander kooperieren und sich in bestimmten Arrangements organisieren, um ihre materielle Existenz und ihr Leben zu reproduzieren. Wir nennen diese Formen der sozialen Organisation Produktionsweisen, und diese sind historisch spezifisch. Eine Produktionsweise umfasst den gesamten, zu einem bestimmten Zeitpunkt existierenden Komplex sozialen Lebens, einschließlich der Menschen als Produktivkraft (Wie arbeiten sie, um ihre materielle Existenz und ihr Leben zu produzieren?) und der Produktionsverhältnisse (Wie organisieren sie sich?). Zusammengenommen bilden die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, um die menschliche soziale Welt zu produzieren und zu reproduzieren. Wir verwenden das Konzept der Produktionsweisen in Kombination mit dem Konzept der sozialen Beziehungen, um das Soziale als eine Form der menschlichen Organisation zu begreifen, die komplex, im ständigen Wandel und historisch gewachsen ist und die im Laufe der Zeit spezifische Formen menschlicher Beziehungen hervorgebracht hat. In diesem Sinne verstehen wir den Kapitalismus als eine Produktionsweise, die soziale Beziehungen, inklusive bestimmter Arrangements von „Rasse“, Geschlecht und Arbeit, umfasst. Wenn wir von einer kapitalisti-

schen Produktionsweise sprechen, meinen wir damit eine Organisationsform, die sich durch die Produktion und Reproduktion des Lebens durch Lohnarbeit, die Abhängigkeit von Rohstoffen und die privatisierte Akkumulation von Mehrwert auszeichnet. Bei dieser Produktionsweise ist die Extraktion des durch Lohnarbeit geschaffenen Mehrwerts zur Produktion von Kapital (Vermögen zur Schaffung von noch mehr Vermögen) das ultimative Ziel. Der Kapitalismus ist abhängig von der Ausbeutung von Arbeitskraft, welche wir als zielgerichtete, bewusste menschliche Aktivität und Eingreifen in die Natur verstehen. Wir nehmen zudem an – in Anlehnung an die Arbeit der HistorikerInnen Silvia Federici und Peter Linebaugh –, dass soziale Beziehungen auf der Basis von Geschlecht, Sexualität, Klasse und in zunehmender Form „Rasse“ einst Voraussetzungen für die Entstehung des Kapitalismus und wesentliche Faktoren für die Ausdehnung und Konsolidierung der kapitalistischen Produktionsweise waren. Die Transformation dieser Beziehungen zur Schaffung einer kapitalistischen Ausprägung von Patriarchat und Rassismus ist das Ergebnis dieses historischen Prozesses. In der kapitalistischen Produktionsweise nehmen wir Klasse folglich als nach Geschlecht, „Rasse“ und Sexualität differenziert war.

Um das zusammenzufassen: Unser Verständnis von dieser auf Beziehungen beruhenden Welt ist eines, das die menschliche Organisation des Sozialen als etwas Materielles und Kulturelles betrachtet. Die soziale Welt ist eine, an der wir teilhaben und die wir durch unsere eigene Arbeit und unser eigenes Bewusstsein reproduzieren. Wir verwenden Konzepte wie das der sozialen Beziehungen, der Dialektik und der Produktionsweisen, um ein soziales Ganzes zu beschreiben, das durch menschliche Handlungskompetenz (Agency) artikuliert und in die Tat umgesetzt wird. Das ist notwendig, weil – in Ermangelung einer Theorie des Sozialen – diverse WissenschaftlerInnen, einschließlich jener, die in der feministischen Tradition stehen, den sozialen Beziehungen einen vom sozialen Ganzen unabhängigen Status verliehen haben. Das mündete in der Fragmentierung sozialer Organisation in seine einzelnen Komponenten, wie Geschlecht, Wirtschaft, „Rasse“, Religion

oder Staat. Die Fragmentierung hindert uns daran, zu verstehen, inwiefern diese verschiedenen Komponenten in sich wechselseitig bedingenden Beziehungen zueinander existieren. Unser Verständnis des Sozialen muss daher die Existenz und Funktionsweise dieser Kategorien der Differenz berücksichtigen und erklären.

Eines der bleibenden moralischen Probleme in der marxistischen Theoriebildung betrifft den Aspekt der sozialen Differenz. Aus Sicht des marxistischen Feminismus ist es von größter Bedeutung, den verschiedenen sozialen Kategorien der Differenz, wie Geschlecht, „Rasse“ und Sexualität, Rechnung zu tragen. Die Theorie der Differenz und sozialen Beziehungen im marxistischen Feminismus geht der Frage nach, warum unsere soziale Welt nach Kategorien der ‚Differenz‘ organisiert ist, also „Rasse“, Geschlecht, Sexualität und Klasse. Wir beziehen uns auf die kritische antirassistische und antikoloniale feministische Forschung, die untersucht, wie diese Achsen der Differenz konstruiert sind, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickeln und wie ihre Bedeutungszuschreibungen sich verbreiten. Wir lösen uns dabei jedoch von der Erforschung von Sprache und Repräsentation, das heißt, von der Frage, wie diese ‚Differenzen‘ als kulturelle Phänomene entstehen, und konzentrieren uns stattdessen darauf, zu erklären, wie diese ‚Differenzen‘ soziale Beziehungen organisieren. Mit anderen Worten: Wir möchten nicht nur die Bedeutung von Differenz beschreiben, sondern auch ihre Funktion. In diesem Sinne ist ein marxistisch-feministisches Verständnis von Differenz untrennbar mit der oben erläuterten Ontologie verbunden.

Teresa Ebert (1996) argumentiert, dass frühe feministische Theorien aus dem europäischen und nordamerikanischen Umfeld keinen theoretischen oder empirischen Raum lassen für Vorstellungen von einer auf „Rasse“ oder Klasse basierenden ‚Differenz‘. Differenz wurde von diesen nur in Bezug auf Geschlecht erfasst und als *difference-between* (Differenz-zwischen) Männern und Frauen konzipiert. Diese Spielart des Feminismus konzipiert männlich-weiblich als bestimmte / eindeutige Kategorien, die in sich kohärent (also im Inneren identisch) sind. Ebert nennt diese FeministInnen – die sich auf

die Idee der Aufklärung berufen, wonach alle Menschen, aufgrund einer inhärenten menschlichen Natur und eines rationalen Bewusstseins, gleich sind – „modernistische“ FeministInnen. Der modernistische Feminismus reicht von liberalen bis zu radikalen Ausprägungen. In seinem Theorieansatz ist Differenz das Resultat eines ungerechten Systems, das Frauen unterdrückt und sie, obgleich sie rational betrachtet Gleiche sind, ausgrenzt. Gemäß diesem Paradigma wird das Patriarchat als eine kulturelle Idee und hauptsächlich zwischenmenschliche Herrschaftsstruktur verstanden. Der modernistische Feminismus beruht auf einer essentialistischen / universalisierten Kategorie von ‚Frau‘. ‚Frau‘ kann man aber nur dann als eine universelle Kategorie der Gleichförmigkeit konzipieren, wenn man sozial und historisch konstruierte Unterschiede übergeht und die Art und Weise, wie verschiedene Gruppen von Frauen in kapitalistischen Verhältnissen leben mussten und müssen, ignoriert. Eine solche Kategorie von ‚Frau‘ ist nicht imstande, „Frauen in der Geschichte und in der Gesellschaft zu verorten. Als solche löscht sie reale Widersprüche zwischen den Frauen selbst aus und schafft einen Mythos (Frau) und eine Abstraktion, indem sie das Geschlecht von allen anderen sozialen Beziehungen isoliert“ (Bannerji, 1995, 68). Geschlecht wird hier, so Bannerji, nicht im Zusammenhang mit anderen sozialen Beziehungen theoretisiert, sodass uns verborgen bleibt, wie Frauen in eine „Rassen-“ / Klassenherrschaft oder in die Reproduktion patriarchaler Verhältnisse involviert sind.

Postmoderne / poststrukturelle FeministInnen lehnen den Ansatz der *difference-between* mit der Begründung ab, dass dieser ontologische und epistemologische Binariäten schaffe, die genauso limitierend wirken wie die universalisierenden Kräfte der Aufklärungs-Identitäten. Das Hauptargument dieses zweiten Typs des Feminismus ist, dass *difference-between* die *difference-within* (Differenz-innerhalb) einer Gruppe, also beispielsweise zwischen Frauen, ausradiert. Aus der Sicht von *difference-within*-FeministInnen ist Differenz nicht gleich Identität, weil keine Identität in sich kohärent ist. Identität ist immer geteilt durch sich selbst und durch ihr „Anderes“. Im *difference-within*-Feminismus ist das Subjekt ständig mit sich selbst uneins; *difference-within*-FeministIn-

nen betonen daher Diversität, Partikularität und multiple / sich wandelnde Subjektpositionen. Bei existierenden Unterschieden handele es sich um Unterschiede der Signifikation und Repräsentation, die sich im Bereich der Bedeutungszuschreibungen bewegen. Nach dieser Sichtweise „ist männlich somit keine klar umrissene Identität, die sich unterscheidet von weiblich, sondern in sich selbst uneins und durchzogen von seinem „Anderen“, das heißt, vom Weiblichen als seiner Ergänzung, seiner Differenz, von der es zwecks einer kohärenten Bedeutung und vollständigen Existenz abhängig ist“ (Ebert, 1996, 163). „Differenz“ scheint im *difference-within*-Feminismus manchmal aus dem Nichts zu kommen. *Difference-within*-TheoretikerInnen tun sich schwer mit der Wechselwirkung zwischen Diskurs und Gegenstand, insbesondere hinsichtlich der materiellen Grundlage von Kapital. Sie sind letztendlich nicht in der Lage, einzusehen, dass Differenz nicht nur eine Frage der Bedeutung oder Repräsentation ist, sondern in eine dialektische Beziehung mit der Organisation des Sozialen und Ökonomischen eintritt.

Die Politik, die aus diesen Positionen resultiert – aus modernistischer *difference-between* und postmoderner *difference-within* – ist sehr limitiert. Weil der Modernismus den Widerspruch zwischen Kapitalismus und einer diskursiven Demokratie nicht auflösen kann, ist seine Politik auf das Terrain der minimalen Redistribution beschränkt, wie zum Beispiel den Wohlfahrtsstaat oder Multikulturalismus als Politik der Reproduktion und Anerkennung. Postmoderne Politik ist darauf beschränkt, die Repräsentation und Signifikation zu verändern, obgleich dies eine radikale / transformative Dekonstruktion zur Folge haben könnte. Wir stimmen den KritikerInnen zu, die sagen, dass eine postmoderne / poststrukturelle Politik letztendlich ein bequemer Rückzugsort für bourgeoise Dispositionen ist. Eine Kritik dieses philosophischen Standpunkts haben bereits Marx und Engels (1991) vorgenommen, die in ihrer Kritik am Idealismus der Junghegelianer argumentierten, dass

*„dieses Verlangen nach einem Bewusstseinswandel auf die Forderung hinausläuft, die Wirklichkeit anders zu interpretieren, d.h. sie mittels einer anderen Interpretati-*

on anzuerkennen. Die junghegelianischen Ideologen sind, trotz ihrer vermeintlich ‚weltbewegenden‘ Äußerungen, die eisernen Konservativen. Die Jüngsten unter ihnen haben den richtigen Ausdruck für ihre Aktivitäten gefunden, als sie erklärten, lediglich gegen „Phrasen“ zu kämpfen. Sie vergessen jedoch, dass sie selbst diesen Phrasen lediglich andere Phrasen entgegenstellen und dass sie in keiner Weise die real existierende Welt bekämpfen, wenn sie lediglich gegen die Phrasen dieser Welt vorgehen“ (41).

Die politische Entsprechung einer Theorie, die sich auf diskursive Dekonstruktionen konzentriert, beschränkt sich auf ihr Gegenteil – die Rekonstruktion des Diskurses –, in der Annahme, dass ein Wandel in der Realitätsbeschreibung letztendlich auch das menschliche Handeln ändern werde, das diese Realität erzeugt. Ein Bewusstseinswandel ist aber nicht dasselbe wie ein Wandel der materiellen Organisation des Sozialen, wie Marx (1991) in der elften These über Feuerbach unterstreicht: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern“ (123).

Bannerji (1995) argumentiert, dass es mit Blick auf verschiedene Auffassungen von Differenz noch eine dritte feministische Denkrichtung gibt – eine, die in den Vorstellungen eines strukturalistisch-materialistischen Feminismus enthalten ist. Sie betrachtet „Rasse“ und Geschlecht als ‚Folgen‘ des Kapitalismus – gewissermaßen als seine Erfindungen. Diese Spielart des marxistischen Feminismus versucht, Frauen in bereits vorhandene Theorien der Arbeit und der Gegensätze von Arbeit und Kapital einzufügen, was unweigerlich zu allerlei theoriebezogenen Problemen führt. Sie befasst sich, abgesehen von Debatten über die private und öffentliche Sphäre, in der Regel nicht mit Fragen der „Rasse“ oder Sexualität. Die Limitationen dieser strukturalistischen Position beschränken sich aber nicht auf theoretische Inkonsistenzen; das Resultat ist eine gespaltene politische Linke, in der MarxistInnen FeministInnen und AntirassistInnen verprellt und von sich entfremdet haben. Bannerji verortet das Problem – wie auch die mit dem Modernismus und Postmodernismus

mus verbundenen theoretischen Probleme – in einem Prozess der Abstraktion. Dieser Prozess beinhaltet eine künstliche Trennung des Lebens von den dieses Leben konstituierenden Verhältnissen, zum Beispiel bei der Abstraktion des Sozialen vom Materiellen oder des Politischen vom Ökonomischen. Da sich keine der oben genannten Varianten der feministischen Theorie mit dem sozialen Ganzen befasst, wissen sie mit seiner Komplexität nicht umzugehen.

Die Aufgabe besteht also darin, eine dialektisch-historisch-materialistische Auffassung von Differenz zu entwickeln. Marx und Engels haben der Produktion und Reproduktion von Leben, dem entscheidendem Faktor der Menschheitsgeschichte, Rechnung getragen. Auch wenn diese Idee in ihrem Werk nicht vollständig ausformuliert ist, ermöglicht sie es uns, sowohl den ökonomischen Determinismus als auch reduktionistische, kulturalistische oder mechanische Formen des Feminismus hinter uns zu lassen. „Differenz“ existiert innerhalb eines sozialen Ganzen, einer Produktionsweise, also innerhalb einer historisch gewachsenen Form der sozialen Organisation. Das heißt, dass eine Produktionsweise all jene sozialen Beziehungen umfasst, durch die Menschen ihr materielles Wohlbe- finden produzieren und sich selbst – sowie ihre materielle, soziale und kulturelle Welt – reproduzieren. Die Produktionsweise ist ein „ganzheitlicher, sich ständig weiter ausgestaltender historischer Raum“, ein Konzept, das sich löst von „der qualitativen und ontologischen Trennung von Zivilgesellschaft und Staat, Wirtschaft und Kultur, der politischen und öffentlichen Sphäre vom Privaten und Familiären“ (Bannerji, 2005, 151). Die vielgestaltigen sozialen Beziehungen werden durch spezifische soziale Beziehungen sowie durch Bewusstseinsformen und konkrete soziale Handlungen konkretisiert. Sie sind sowohl bedeutungsvoll (Bannerji verwendet den Begriff „konnotativ“) als auch tatsächliche soziale Verhältnisse. Soziale Beziehungen können nicht desartikuliert oder voneinander abstrahiert werden. Eine Produktionsweise konstituiert sich somit durch einen Komplex konkretisierter, differenzierter sozialer Beziehungen. Bannerji argumentiert: „so gesehen ist „Rasse“ nicht mehr und nicht weniger als eine Form der Differenz, wobei praktische

und kulturelle Akte der „Rassifizierung“ eine bestimmte Produktionsweise schaffen. „Rasse“ als solche ist eine Differenz und sie kann nicht für sich allein stehen“ (152). Das Materielle ist „rassifiziert“, sexualisiert, „differenziert“ (*raced, sexed, differenced*). „Differenzen“ sind also nicht transhistorisch und Lohnarbeit kann in keiner Weise als „abstrakt“ verstanden werden. Damit meinen wir, dass soziale Beziehungen auf eine Art und Weise ausdifferenziert sind, die für die jeweilige Produktionsweise spezifisch ist. Nicht nur was Geschlecht und „Rasse“ bedeuten ist spezifisch für die dialektischen Beziehungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch, wie sie zur Organisation des sozialen Lebens genutzt werden.

### Schlussfolgerung

Aus dem oben erläuterten Theoriegerüst folgt, dass jegliche Konzeptualisierung von „Rasse“, Geschlecht, Klasse, Sexualität, Fähigkeit, Herkunft usw., die diese als voneinander getrennte und sich überschneidende Bereiche des sozialen Lebens oder der Identität definiert, überwunden werden muss. Die Herausforderung besteht darin, diese Kategorien der Differenz stattdessen als Beziehungen zu konzeptualisieren, die sich innerhalb der historisch spezifischen Produktionsweise des Kapitalismus herausbilden. Paula Allman (2007) hat argumentiert, dass ein dialektisches Nachdenken über soziale Beziehungen beinhaltet, kategorische Konzeptualisierungen oder eine Auffassung von Phänomenen als etwas extern miteinander Verbundenes abzulehnen. Der ursprüngliche empirische Impuls, der in das Konzept der Intersektionalität eingebettet ist, offenbart ebenfalls ein Unbehagen mit dieser Denkweise; die Sprache der Simultanität weist darauf hin. Aber selbst wenn wir diese Beziehungen als gleichzeitig stattfindend denken, trägt uns das nicht weit genug auf dem Weg hin zu einem Verständnis von diesen Beziehungen als (1) sich gegenseitig konstituierend (sie sind was sie sind aufgrund ihres Verhältnisses zueinander) und (2) historisch spezifisch.

Sich nicht an dieser Art der Theoriebildung zu beteiligen, setzt eine offene Ablehnung der Reifikation von Klasse voraus. Klasse ist nicht

einfach eine weitere Kategorie der Identität oder Form der Subjektivität; Klasse ist ein Prozess und eine Beziehung der Appropriation und Ausbeutung. Sie wird durch Unterdrückungsverhältnisse geschaffen, die auf der sozialen Konstruktion von „Rasse“, Geschlecht, Sexualität, Fähigkeit, Kultur und Herkunft beruhen – soziale Konstruktionen, die dazu dienen, so Bannerji (2005), bestimmte Klassenverhältnisse zu konkretisieren. Eine Kritik der Intersektionalität muss uns also auch insofern einen Schritt weiterbringen, als dass wir von der Vorstellung von sich überschneidenden Formen der Unterdrückung wegkommen, hin zu einer Dialektik der Ausbeutung, Enteignung und Unterdrückung. Feministischen und antirassistischen WissenschaftlerInnen ist es bisher schwierig gefallen, diese Konzeptualisierung in marxistischen Kreisen voranzutreiben. Das spricht, wie Fanon (1963) argumentiert hat, für die Notwendigkeit, die Dialektik „auszudehnen“. ■

### Literatur

- Aguilar, D. (2015). „Intersectionality“ in Marxism and Feminism, S. Mojab (Ed). London: ZED, 203-221.
- Allman, P. 2007. On Marx. Rotterdam: Sense
- Bannerji, H. 1995. Thinking through: Essays on feminism, Marxism, and anti-racism. Toronto, ON, Canada: Women's Press.
- Bannerji, H. 2005. Building from Marx: Reflections on class and race, Social Justice, 32, 4, 144-60.
- Collins, P.H. & Bilge, S. (2016). Intersectionality. Cambridge: Polity.
- Ebert, T.L. 1996. Ludic feminism and after: Postmodernism, desire, and labor in late capitalism. Ann Arbor: University of Michigan Press
- Fanon, F. (1963). The wretched of the earth. New York: Grove Press.
- Hancock, A.M. (2016). Intersectionality: An intellectual history. Oxford: Oxford University Press.
- Marx, K. 1991. Theses on Feuerbach. In The German Ideology, C. Arthur (Ed). New York: International Publishers, 121-23.
- Marx, K. and F. Engels. 1991. The German ideology: Part one. In The German Ideology, C. Arthur (Ed). New York: International Publishers
- Smith, S. (August 1 2017). A Marxist case for intersectionality, Socialist Worker. Available at <https://socialistworker.org/2017/08/01/a-marxist-case-for-intersectionality>.

# Marx' Ideen – auch nach 200 Jahren noch aktuell

von Yasmin Fahimi<sup>1</sup>

Karl Marx war ein Revolutionär der Ökonomischen Wissenschaft. Sein Anspruch ging aber weit darüber hinaus: eine politische Analyse dessen zu beschreiben, was die Basis einer jeden Gesellschaft darstellt und wie sie jeweils auf diese einwirkt. Als Philosoph unter den Ökonomen interessierten ihn neben den wirtschaftlichen Prozessen die Zusammenhänge zwischen den in der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik waltenden Kräfte. Und er blieb nicht einfach bei einer Beschreibung dieser Funktionsweisen, sondern erlaubte sich eine Bewertung und Neuausrichtung. Diese wertegeleitete Sicht auf ökonomische Prozesse ist aus meiner Sicht eine der zentralen Leistungen von Karl Marx. Und anders als von vielen gerne ins Zentrum gestellt ist nicht die „Herrschaft des Proletariats“ für mich die zentrale Zielsetzung seines Werks, sondern vielmehr die Freiheit des Arbeiters / des Individuums, die Befreiung aus den Zwängen der entfremdeten Verwertung innerhalb der Wertschöpfungskette.

Aus diesem Anspruch leitete er ein spezifisches Staatsverständnis ab. Wenn sich das Individuum in seinen Bestrebungen nach persönlicher Freiheit entfalten können soll, muss es eine gesellschaftliche und staatliche Ordnung geben, die Risiken abfängt, die Chancen ermöglicht und durch Umverteilung der Verdichtung von Kapital entgegenwirkt. Aus heutiger Sicht sind m. E. damit der vorsorgende Sozialstaat mit einer umfassenden Sozialgesetzgebung und nachhaltigen Bildungspolitik logische Konsequenz aus dieser Haltung. Aber auch gesellschaftliche Einrichtungen und Tarifautonomie, sind quasi selbstorganisierte Systeme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jenseits des Staats, die Macht und Grundversorgungen für die arbeitende Mehrheit sicherstellen sollen.

Allerdings ist unser heutiges Wirtschaftssystem im Begriff sich radikal zu wandeln. Megatrends wie Globalisierung und Digitalisierung befördern neue Formen der Wertschöpfung

und damit auch neue Formen der Arbeit mit nachhaltigen Folgen für Individuen und Gesellschaften als Ganzes. Der Crowdworker mag sogar im Besitz von Produktionsmitteln sein. Dennoch bleibt er im Getriebe der arbeitsteiligen Wertschöpfung entfremdet, reproduziert auch er zugleich das ihn ausbeutende Lohnarbeitsverhältnis selbst und die Warenförmigkeit seiner Arbeit. Mit anderen Worten er wird umso ärmer, je mehr Reichtum er insgesamt mit seiner Arbeit produziert.

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen können ihre Arbeitskraft digital und dezentral anbieten, sind aber dadurch potentiell schlechter organisiert und finden schwieriger Zugang zu gewerkschaftlicher Vertretung. Unsere Industrie, solides Fundament unseres Wohlstandes und Ort der sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätze, wird zunehmend entkernt. Tarifbindung und zentrale Betriebsstätten für die Masse der Beschäftigten nehmen ab. Dagegen wächst der Dienstleistungssektor weiter. Neben dem öffentlichen Dienst, Erziehung und Gesundheit, ist es insbesondere der Handel, der zu unserem Wachstum beiträgt. Die Konkurrenz auf dem Gebiet ist groß. Weltweit agierende Unternehmen nehmen quasi eine Monopolstellung ein. Der wachsende Handel auf digitalen Plattformen führt faktisch zum Zwang für die Einzelhändler, sich auch online zu präsentieren und nach den Regeln der großen Akteure eigene Produkte anzubieten. Bisherige Regeln zur Verhinderung von solchen Monopolbildungen sind in ihrer jetzigen Form keine ausreichende Antwort auf Riesenkonzerne wie Amazon, Flipkart oder Alibaba. Die Folgen sind Abbau guter Arbeitsbedingungen und Entlohnung, ebenso wie die Zerstörung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Marx hat diese Art des sich selbst kannibalisierenden Kapitalismus bereits beschrieben.

Der liberale Diskurs der neunziger Jahre fand keine Antworten. Die These, der Wettbewerb regele den Markt, hat sich – abermals – als Irrglaube entpuppt. Vielmehr wird deutlich,

<sup>1</sup> Yasmin Fahimi ist Abgeordnete der SPD im Deutschen Bundestag.

dass die Regulierung außerhalb des Marktes erfolgen muss. Wem dient die Wirtschaft? Welche Rolle hat der Staat? Wir brauchen eine Neuauflage der sozialen Marktwirtschaft, die das Verhältnis von Eigentum, Kapital, Arbeit und persönlicher Freiheit in ein neues Verhältnis setzt, auch international. Damit dies nicht neue Allmachtträume erweckt, bedarf es meiner Ansicht nach einer neuen Initiative zur Selbstverwaltung, Selbstorganisation und Verteilung.

Genossenschaften, Gewerkschaften und die kommunale Daseinsvorsorge bleiben aus meiner Sicht zentrale Instrumente, um Teilhabe im sozialen wie im ökonomischen Sinne sicherzustellen. Marx' Werke sind keine Bibel. Und viele Entwicklungen sind heute neu zu bewerten. Aber die Fragen gelten immer noch. Und das Ziel der Teilhabe und Befreiung des Menschen von der Knechtschaft weniger Kapitalmächtiger ist immer noch erstrebenswert. ■

## Nachgelesen!

### Was Marx für unsere heutige Diskussion bietet

von Claudia Walther<sup>1</sup>

Ehrlich gesagt, stehen bei uns die „blauen Bände“ der Marx-Engels-Werke etwas vergessen und verstaubt im Regal. Und den Bestseller „Das kommunistische Manifest“, das Marx und Engels vor 170 Jahren veröffentlicht haben (1848), musste meine Tochter erst mühsam in den Bücherreihen suchen.

Und dennoch ist auch heute mein politisches Denken nicht zuletzt von Karl Marx und seinem Freund und Mitstreiter Friedrich Engels geprägt. In meiner Juso-Zeit damals hatten wir das Privileg, reihenweise Seminare zu besuchen: zur Kritik der politischen Ökonomie, zur marxistischen Philosophie, zum historischen Materialismus und wissenschaftlichen Sozialismus etc.

Es sind natürlich **zum Ersten** die klassischen Sätze, die mir häufig bei passender und unpassender Gelegenheit durch den Kopf schießen: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“ – beispielsweise, wenn jemand mit relativ gutem Einkommen keine Vorstellung mehr vom Thema „Kinderarmut“ hat. Oder: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Und schließlich die sehr treffende Erkenntnis, die man sich immer in Erinnerung rufen sollte: „Die wesentliche Bedingung für die

Existenz und Herrschaft der Bourgeoisieklasse ist die Anhäufung und Vermehrung des Reichtums in den Händen von wenigen.“ Vor wenigen Wochen wurde diese Tendenz durch eine DIW-Studie bestätigt, dass in Deutschland die 45 reichsten Personen die Hälfte des gesamten Vermögens in der Hand halten.

**Zweitens** kommt es darauf an, Marx historisch zu lesen! Natürlich kann man vieles, was er vor 130 bis 180 Jahren schrieb, nicht ohne weiteres auf heute beziehen. Und natürlich kommt uns heute die Terminologie altmodisch vor. Wenn es im Kommunistischen Manifest heißt: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“, dann klingt „Proletarier“ für unsere Ohren natürlich wie aus der Zeit gefallen. Längst ist die Gesamtheit der Menschen, die lohnabhängig beschäftigt oder auch nicht beschäftigt (also beispielsweise arbeitslos) sind, so verschieden, wie das zu Zeiten von Karl Marx wohl kaum vorstellbar war. Die Arbeiterin in der Textilfabrik in Bangladesch ist kaum zu vergleichen mit dem leitenden Angestellten bei Daimler. Die von ihr billigen, in Bangladesch produzierten, T-Shirts kommen zunächst den in westlichen Industrieländern lebenden Lohnabhängigen zugute. Was also haben beide an Gemeinsamkeit? Und hier sind wir genau bei einem aktuellen Grundproblem der heutigen Sozialdemokratie angekommen: Was ist die Klammer für die auch in Deutschland segmentierten Milieus, die in früheren Zeiten als „Arbeiterschaft“ bezeichnet

<sup>1</sup> Claudia Walther ist Mitglied des Regionalvorstandes der SPD Mittelrhein und arbeitet als Senior-Projektmanagerin bei der Bertelsmann Stiftung.

wurden? Wissenschaftler/innen und Verkäufer/innen im Supermarkt, Langzeitarbeitslose und Facharbeiter/innen, Beschäftigte und Obdachlose, Startup-Gründer/innen und IT-Expert/innen, Geflüchtete und hochqualifizierte Einwanderer, Familien und Rentner/innen. Für all diese Gruppen passt zwar der Begriff „Proletarier“ absolut nicht mehr, aber es stellt sich umso mehr die Frage der vereinigenden Klammer.

**Drittens** ist der Satzteil „...aller Länder vereinigt Euch“ ganz wesentlich. Denn Marx ging von der *internationalen* wirtschaftlichen und politischen Entwicklung aus sowie von der Notwendigkeit einer *internationalen* Arbeiterbewegung. So schreibt er: „...die Emanzipation der Arbeiterklasse ist weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, welche

alle Länder umfasst, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittenen Länder abhängt.“ (1864, MEW 16, S. 14) und: „Nur ein internationales Band der Arbeiterklasse kann ihren definitiven Sieg sichern“ (1868, MEW 16, S. 322). Genau dies unterstreicht die Notwendigkeit, für ein starkes, soziales und demokratisches Europa zu streiten! Und es erfordert eine *internationale* starke Gewerkschaftsbewegung und eine *internationale* starke Sozialdemokratie, die ihre Ziele und programmatichen Antworten nicht auf nationalstaatlicher Ebene definiert, sondern *international* ausrichtet. Leider sind wir hiervon noch ein ganzes Stück entfernt: Heute ist das Kapital global gut organisiert, bei Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist es an der Zeit. ■

## Karl Marx und mein politisches Denken: von der Aufklärung des Alltags zur dauerhaften politischen Aufgabe

von Oliver Kaczmarek<sup>1</sup>

In den neunziger Jahren, als ich zu den Jusos stieß, gehörte es im Westlichen Westfalen nicht nur zum guten Ton, sondern auch zur Pflicht eines loyalen und disziplinierten Jungsozialisten, die Seminarreihen zur Kritik der politischen Ökonomie, der Mehrwerttheorie und Kapitalakkumulation, der Theorie der sinkenden Profitrate und des historischen Materialismus zu besuchen. Zugegeben, die Seminare waren sinnvoll, denn obwohl ich eines der wenigen echten Bergarbeiterkinder unter den Jusos war, war mein Klassenbewusstsein bis dahin nicht sehr fundiert. Mein Denken beeinflusst und verändert hat dann unter anderem die Philosophie von Karl Marx.

Bei uns zu Hause im Ruhrgebiet waren und sind die Folgen der Industrialisierung bis heute deutlich zu spüren. Sie prägen die Gesellschaft in besonderer Weise. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen hat einen unmittelbaren Bezug zur Lebensweise und Kultur von Arbeitern und Arbeitern. Was Karl Marx unter

dem Begriff des Klassenbewusstseins formuliert hat, ist für zahlreiche Menschen aus meiner Heimat gelebte Realität. Diese Kultur lässt sich nicht zuletzt auch am führenden Fußballverein (FC Schalke 04) im Ruhrgebiet ablesen, der sich selbstbewusst bis heute als Kumpel- und Malocherclub versteht.

In diesem Sinne ist klar, dass die Ideen von Karl Marx bei mir auf fruchtbaren Boden gefallen sind. In der Auseinandersetzung mit seiner dialektischen Analyse von Arbeit, Kapital und wie aus ihrem Zusammenspiel gesellschaftliches Zusammenleben konstituiert wird, gab es für mich zahlreiche Anknüpfungspunkte im alltäglichen Leben. Greifbare soziale Unterschiede verlangen zweierlei: Einerseits gilt es, sie zu überwinden und zweitens bedürfen sie einer Erklärung. In der historischen Entwicklung unserer modernen Gesellschaft war Karl Marx einer der ersten, der eine in sich schlüssige Theorie über das Entstehen gesellschaftlicher Unterschiede aus dem Arbeitsprozess heraus formuliert hat. Treffend beschreibt er die Folgen des entfesselten Kapitalismus seiner Zeit. Die

<sup>1</sup> Oliver Kaczmarek, MdB, ist spw-Mitherausgeber, SPD-Unterbezirksvorsitzender und lebt in Kamen.

innere Notwendigkeit nach immer schnellerer Akkumulation des Kapitals, die nur durch die immer größere Ausbeutung der Arbeitskraft erreicht wurde, begründete das Streben von Arbeiterinnen und Arbeitern nach einer eigenen Organisation, um dieser Entwicklung mit eigener Macht entgegenzutreten. Aus diesem Widerspruch der Interessen heraus, den Marx beschrieb, erwächst bis heute eine politische Legitimation der Sozialdemokratie.

Im Laufe der Geschichte ergaben sich jedoch neue Herausforderungen, die vom Marxismus nicht vorhergesehen worden sind. Um beim Beispiel des Ruhrgebiets zu bleiben, reicht das Stichwort Strukturwandel. Unsere Gesellschaft entwickelt sich weiter – sei es in der Art und Weise wie wir produzieren, oder in den persönlichen Zielen und Werten. Unsere gesellschaftliche Realität ist durch eine zunehmende Individualisierung immer vielfältiger geworden. Es ist erstaunlich festzustellen, dass sich der Kapitalismus immer wieder angepasst hat und zahlreiche auch schwere Krisen überstanden hat. Und in gewissen Bereichen der technologischen Entwicklung hat sich der Kapitalismus als dynamischer erwiesen als andere Wirtschaftsmodelle, jedoch stets mit teils schwerwiegenden Kosten für die globale Gerechtigkeit, das ökologische Gleichgewicht und benachteiligte Gruppen der Gesellschaft. Heute ist es die Digitalisierung, die unser Zusammenleben fundamental verändert.

Es gilt, neue Antworten zu finden auf dieselbe alte Frage: Wie erreichen wir eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Dabei können wir von Karl Marx lernen, dass eine treffende Analyse des Kapitalismus zentral ist, um eine Wirtschaftspolitik auf der Höhe der Zeit im Sinne der Beschäftigten machen zu können. Fortschritt muss so gestaltet werden, dass alle gerecht an Wachstum teilhaben.

Die Ideen, aber noch mehr die Analysen von Karl Marx haben in diesem Sinne mein Denken verändert. Sie haben Angebote dafür gemacht, mir meinen Alltag aus der gesellschaftlichen und ökonomischen Position einer Arbeiterfamilie zu erklären. Und sie bleiben bis heute unverzichtbares Element der Analyse: Mag die Klassengesellschaft ihr Gesicht und ihre konkret erfahrbaren Auswirkungen verändert haben, so muss die Auflösung ihres grundlegenden Konflikts Teil einer politischen Utopie bleiben.

Die SPD, so wie ich sie verstehe und denke, muss deshalb mehr sein wollen, als der Reparaturbetrieb des Alltags. Natürlich wollen wir den Alltag der Menschen verbessern, aber das ist kein Selbstzweck. Für die SPD dürfen die Veränderung der Verhältnisse und die Überwindung der Klassengesellschaft nicht zum Teil der Folklore beim Liederabend werden, sondern sie müssen beständiges Ziel bleiben. Die Ideen von Karl Marx und derer, die sich in ihren aktuellen Analysen auf ihn berufen, bieten dafür eine Folie für gelegentliche Besinnung und Orientierung. ■

## Marx ist wieder in aller Munde

von Katarina Barley<sup>1</sup>

Eine besondere Verbindung zu Marx habe ich natürlich als Sozialdemokratin, aber eben auch durch meine Wahlheimat Trier. Als älteste Stadt Deutschlands ist Trier vor allem durch die vielen römischen Denkmäler und Bauten bei den Besucherinnen und Besuchern bekannt. Aber auch Karl Marx hat als berühmtester Sohn der Stadt Einfluss auf die Moselmetro-

pole. So strömen jährlich bis zu 4,5 Millionen Touristinnen und Touristen aus dem In- und Ausland nach Trier, um die Geburtsstadt des großen Denkers kennenzulernen. In diesem Jahr ist zum Anlass seines 200. Geburtstags ein neuer Besucherrekord zu erwarten. Am 5. Mai beginnen die Feierlichkeiten mit der Enthüllung einer Bronzeskulptur des Philosophen. Ausstellungen in vier verschiedenen Museen werden den Menschen Marx, sein Schaffen und seinen historischen Kontext beleuchten.

<sup>1</sup> Katarina Barley, MdB, ist Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

Und mehr als 120 Veranstaltungen, Vorträge und Workshops begleiten das Spektakel zu Marx Ehren. Den Menschen in Trier und den Gästen der Stadt wird es 2018 kaum möglich sein, an Marx vorbeizukommen.

Man sieht: Bis heute prägt Karl Marx meine Heimatstadt. Aber auch die Moselmetropole hat den Gesellschaftstheoretiker in seinem Schaffen beeinflusst. Schließlich hat Marx die ersten 17 Jahre seines Lebens in Trier verbracht, bevor er die Stadt für ein Studium in Bonn 1835 verlassen hat. Vor allem die soziale Lage in der Region hat ihn nachhaltig betroffen gemacht: Der damalige Niedergang des Weinhandels weitete sich auf die gesamte Wirtschaft in Trier aus. Viele Winzerbetriebe waren völlig verschuldet, andere Betriebe schrumpften oder mussten ganz aufgeben. Einfache Arbeiter strömten in die Stadt auf der Suche nach Arbeit. Marx sah zu wie Kinder, die nicht älter waren als er selbst, bis zu acht Stunden täglich schuften mussten. Auch in anderen Regionen war das Leben von Armut und Vereindlung geprägt. Ein Großteil der Bevölkerung verdingte sich in Fabriken, während einige wenige Unternehmer die Profite einstrichen. Marx hat diese Ungerechtigkeit in seinen Schriften zurecht angeprangert.

Heute ist die soziale Lage nicht mehr mit der des 19. Jahrhunderts zu vergleichen: Arbeitslosen-, Unfall-, und Rentenversicherung sind tragende Pfeiler unseres Wohlfahrtsstaates geworden. Genauso wie die 40-Stunden-Woche und das Arbeitsverbot am Sonntag sind sie aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Diese Errungenschaften haben die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie gemeinsam hart erkämpft. Und dennoch bleibt Marx aktueller denn je. Die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert sich. Auf der einen Seite sehen wir unverhältnismäßig hohe Managergehälter und hohe Renditen für Unternehmen. Auf der anderen Seite ist das Arbeitsleben vieler Menschen von Unsicherheit, Entgrenzung von Arbeit und befristeter Beschäftigung geprägt. Hohe Vermögen werden immer weniger durch eigene Leistung gebildet, sondern vererbt oder verschenkt. Gleichzeitig wird es für viele Men-

schen immer schwieriger, aus eigener Kraft den sozialen Aufstieg zu schaffen.

In Zeiten des ausgewachsenen Finanzkapitalismus ist Marx zu einem Anker der Kritik an der sozialen Ungleichheit geworden. Mit seinem Aufruf zur gewaltsamen Revolution ist er zwar heute nicht als politischer Ratgeber für die SPD zu gebrauchen, seine treffenden Analysen befruchten aber das sozialdemokratische Denken und Handeln noch heute.

Mir persönlich ist am wichtigsten, dass sich der Mensch nur innerhalb einer zutiefst solidarischen Gemeinschaft den Herausforderungen einer globalisierten Welt entgegenstellen kann. Und dies kann nur geschehen, wenn wir die Menschen am wirtschaftlichen Wohlstand beteiligen, den sie durch ihre Arbeit bewirken.

Willy Brandt hat dies 1977 in einer Rede im Trierer Karl-Marx-Haus treffend zusammengefasst: „Was immer man aus Marx gemacht hat: Das Streben nach Freiheit, nach Befreiung der Menschen aus Knechtschaft und unwürdiger Abhängigkeit, war Motiv seines Handelns.“ ■

# Marx, von Westphalen, Schöler – eine kleine Familiengeschichte

von Uli Schöler<sup>1</sup>

Dass er sich einmal in einem Aufsatz einer politischen Zeitschrift wiederfinden könnte, hätte sich Ernst Jung sicher nicht träumen lassen. Schon gar nicht, als er vor einigen Jahrzehnten gemeinsam mit mir die harte Schulbank der evangelischen Volksschule im rechtsrheinischen, in der Nähe von Köln gelegenen, Waldbröl drückte. Zwischen meinem und seinem Elternhaus, dem Bauernhof in Romberg, den er heute bewirtschaftet, liegen gerade mal zwei Kilometer. Und hier beginnt die kleine Familiengeschichte, in der sich die in der Überschrift genannten Namen überkreuzen. Über 140 Jahre lang, bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, war das Gut Romberg der Stammsitz eines Teils der weitverzweigten Familie Schöler im Oberbergischen gewesen. Hier wuchs auch der Jurist Wilhelm Theodor Schöler auf, ein Bruder meines Ururgroßvaters, bevor er 1811 in Köln eine Anwaltskanzlei eröffnete.<sup>2</sup> Anders als seine ersten Kinder wird die Tochter Caroline, genannt Lina, 1819 nicht mehr in Romberg, sondern in Köln geboren. Ihrer weiter in Romberg lebenden Großmutter dürfte sie aber noch häufig Besuch abgestattet haben.

## Edgar von Westphalen und Lina Schöler

Im selben Jahr 1819 erblickt in Trier Edgar von Westphalen das Licht der Welt. Sein engster Freund und Klassenkamerad, mit dem er 1834 gemeinsam konfirmiert wird, wird ein gewisser Karl Marx. Heute schwer vorstellbar: Edgar schließt sein Abitur als Drittbeste, Karl nur als Achtbester ihres Jahrgangs ab. Beide stammen aus eher liberal gesinnten Elternhäusern,

wobei insbesondere Edgars Vater eine wichtige Rolle einnimmt und die beiden bereits in jungen Jahren mit fröhsocialistischen Schriften etwa des Franzosen Saint-Simon vertraut macht.<sup>3</sup> Beide studieren auch eine Zeit lang am selben Studienort Berlin, wohnen 1838 zusammen in der Luisenstraße 45, werden zunächst aber vor allem durch „Straßen-Exzesse“ im „trunkenen Zustand“ auffällig.<sup>4</sup> Edgar setzt später sein Studium in Köln fort, wo er in Kontakt mit einer Gruppe sozialistisch bzw. kommunistisch gesinnter Intellektueller kommt, zu denen auch Marx und der jüngere Friedrich Engels Kontakt hielten: u. a. Roland Daniels, Karl Grün, Moses Heß und Joseph Weydemeyer. In diese Zeit fällt seine Bekanntschaft und 1845 geschlossene heimliche Verlobung mit der gleichaltrigen Lina Schöler, über deren Lebensweg wir bis heute leider erst reichlich wenig wissen.<sup>5</sup>

Wie beide sich kennenlernten ist nicht überliefert. Eine Mutmaßung zielt auf erste Kontakte durch Edgars Freund Karl: Es sei nicht auszuschließen, dass er zunächst Zugang zur Familie Schoeler gehabt habe, weil sein Vater Kollege des Justizrats Schoeler gewesen und zur Vertretung von Prozessangelegenheiten, die beim Appellationsgerichtshof in Köln verhandelt wurden, auf Kollegen dort angewiesen gewesen sei. Karl habe sich zudem schon 1841 mehrmals in Köln aufgehalten und sich dort mit Edgar sowie dessen Schwester Jenny, seiner Braut getroffen.<sup>6</sup> Karls große Liebe wird also Edgars ältere Schwester Jenny, deren späterer Heirat (1843) ebenfalls eine heim-

<sup>1</sup> Uli Schöler, Jurist und Politikwissenschaftler, lehrt als außerplanmäßiger Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, arbeitet hauptberuflich als stellvertretender Direktor und Abteilungsleiter im Deutschen Bundestag und ist ehrenamtlich als Vorstandsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung tätig.

<sup>2</sup> Vgl. Schöler, Max. Die Familien Schoeler/Schöler/Schöller unter Einschluss weiterer Schreibverschiedenheiten, Waldbröl [1992], S. 221, 223. Der Verfasser ist der verstorbene Vater des Autors vorliegenden Textes und war jahrzehntelang sozialdemokratischer Stadtverordneter in Waldbröl.

<sup>3</sup> Vgl. Giroud, Francoise, *Trio Infernale oder Das Leben der Jenny Marx*, Weinheim/Berlin 1994, S. 18f.

<sup>4</sup> Vgl. Gemkow, Heinrich, Edgar von Westphalen. Der ungewöhnliche Lebensweg des Schwagers von Karl Marx, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte*, Koblenz 25 (1999), S. 421.

<sup>5</sup> Vgl. über sie bislang nur ders., *Caroline Schoeler – eine Freundin der Familie Marx und Engels'*, in: *Marx-Engels-Jahrbuch* 2, Berlin 1979, S. 241ff.

<sup>6</sup> Vgl. Monz, Heinz, Bertha Augusti und ihr Roman. Einleitung und Kommentierung, in: Augusti, Bertha. *Ein verhängnisvolles Jahr*. Neu herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Heinz Monz, Koblenz 1989, S. IX.

liche Verlobungszeit vorausging. Beide lebten von 1843 bis 45 in Paris. Nach der erfolgten Ausweisung aus Frankreich im Februar 1845 nehmen die Eheleute Marx in Brüssel Quartier und wohnen in derselben Straße wie Moses Heß und Friedrich Engels mit ihren Lebensgefährtinnen. Für eine gewisse Zeit schlüpft hier auch Edgar unter und unterstützt seinen Schwager durch Übersetzungs- und Korrespondentätigkeit in einem Zeitungs-Korrespondenten-Büro, in dem vor allem deutsche politische Emigranten arbeiten. Hier lernt er u. a. auch Ferdinand Freiligrath, Georg Weerth und Wilhelm Weitling kennen.

Linas Perspektive, die Schwägerin von Karl und Jenny zu werden, zerschlägt sich jedoch schon nach wenigen Jahren. 1847 wandert Edgar in die Vereinigten Staaten (nach Texas) aus, um sich dort einer von Freidenkern und jungen Kommunisten gegründeten Siedlerkolonie (Latin Settlement) anzuschließen. Er kehrt zwar 1849 noch einmal vorübergehend nach Trier zurück, ohne sich aber bei Lina zu melden. Später bezeichnet er das Verpacken und Vergraben aller Unterlagen der Zentralbehörde des „Bundes der Kommunisten“ (zum Schutz seiner örtlichen Mitglieder vor Verhaftung und Verfolgung), über die er als dessen Trierer Kassierer verfügt, zugleich als seine letzte politische Aktivität im sozialistischen oder kommunistischen Sinn.<sup>7</sup> Sein weiterer Lebensweg ist von vielfältigen Brüchen und Niederlagen geprägt, die einer persönlichen Disposition zuzuschreiben sind, die er selbst in frühen Jahren einmal so auf den Punkt gebracht hatte: Ich bin „noch ein loser Zeisig, der in der Welt herumflattert und noch nicht Wurzeln gefaßt hat.“<sup>8</sup> Dieses Wurzeln schlagen sollte ihm leider lebenslang nicht gelingen.

### Lina Schöler und Jenny sowie Karl Marx

Der Bruch der Verlobung und die Trennung haben Lina sicherlich schwer zugesetzt. Sie geht keine feste Partnerschaft mehr ein und bleibt kinderlos. Anders als Edgar behält sie allerdings zeitlebens ihre sozialistischen

Ansichten bei.<sup>9</sup> Viel wissen wir darüber nicht, das Wenige ist aus Briefen von Jenny an sie überliefert sowie immer wiederkehrenden Erwähnungen auch in den Briefen von Karl selbst bzw. Friedrich Engels. Jenny und Lina lernen sich spätestens 1847 kennen (da war Jenny bereits seit einigen Jahren „Frau Marx“). Aus dieser Begegnung erwächst eine lebenslange innige Freundschaft zwischen beiden. Jennys Biographin nennt Lina „die kongenialste Freundin, die Jenny je hatte“.<sup>10</sup> Wie eng die Verbindung war, lässt sich schon an der Anrede ablesen: Jenny bezeichnet Lina durchgehend als ihre „(Herzens-)Schwester“, sie betrachtet sie als Gleichgesinnte im Persönlichen wie Politischen, mit der sie sich regelmäßig austauscht.<sup>11</sup> Leider ist der größte Teil der Jahrzehnte währenden regelmäßigen Korrespondenz verschollen oder vernichtet.

Wie nahe beide sich waren, zeigt ein Vergleich: Auch die Freundin Ernestine Liebknecht, Frau des sozialdemokratischen Parteiführers Wilhelm Liebknecht und mit ihm ab den fünfziger Jahren in der Nähe der Familie Marx in London lebend, ist regelmäßige Briefpartnerin.<sup>12</sup> Aber mit ihr pflegt sie die übliche Anrede „Sie“, während sie nur bei Lina das „Du“ verwendet. Linas freundschaftliche Beziehung zur Familie Marx schließt Karl ein. Als er 1848 in Köln die Herausgabe einer Zeitung plant, informiert er Lina sogar früher als andere enge politische Freunde.<sup>13</sup> Lina ist es auch, die sich – auf Bitten Jennys in einem Brief – im Juni 1849 beim Umzug der Familie Marx nach Paris um die in Köln zurückgelassenen Möbel und Koffer kümmern soll. Karl wiederum beauftragt sie per Notiz in demselben Brief mit einer Nachrichtenübermittlung an einen Re-

<sup>9</sup> Dass sich ein später oberbergischer Nachfahre ihres Onkels einmal daran machen würde, sich mit der theoretischen Hinterlassenschaft ihres Fast-Schwagers Karl zu beschäftigen, dürfte sie sicher gefreut haben; vgl. u. a. Schöler, Uli, Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Berlin/Bonn 1999; ders., Aktualität und Zukunft des Marxschen Denkens, in: ders., Herausforderungen an die Sozialdemokratie, Essen 2016.

<sup>10</sup> Limmroth, Angelika, Jenny Marx. Die Biographie, Berlin 2014, S. 125

<sup>11</sup> Vgl. die erhaltenen wenigen Briefe in Hecker, Rolf/Limmroth, Angelika (Hrsg.), Jenny Marx. Die Briefe, Berlin 2014.

<sup>12</sup> Schröder, Wolfgang (Hrsg.), „Sie können sich denken, wie mir oft zu Muthe war ...“ Jenny Marx in Briefen an eine vertraute Freundin [Ernestine Liebknecht], Leipzig 1989.

<sup>13</sup> Limmroth 2014, S. 126.

dakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“. In einem undatierten Brief an Marx aus dieser Zeit schreibt Lina: „Liebster Marx! Unter ihrer Direktion je m'engage toujours – ich weiß, daß ihre Freundschaft für mich mir nur eine Rolle zuteilen wird, die für mich paßt.“<sup>14</sup> Sie stellt Marx zugleich ihre Wohnungsanschrift als Deckadresse zur Verfügung. Angesichts dieser engen, vertrauten Beziehung verwundert es nicht, dass Karl ihr mit Datum vom 18. September 1867 mit der Widmung „Meiner Freundin Lina Schoeler“ ein Exemplar seines frisch erschienenen ersten Bandes des „Kapitals“ widmete.<sup>15</sup> Der Band steht heute im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. Dort findet sich auch die bislang einzige bekannte fotografische Überlieferung Linas.

Aus der zweiten Hälfte der vierziger Jahre datiert auch ihre später immer enger werdende Bekanntschaft mit Friedrich Engels. Ob beider partielle oberbergische Verwurzelungen ihr Verständnis füreinander erleichtert haben? Möglich wäre es. Engels' Vater, Textilfabrikant aus Wuppertal, hatte mit seinem Partner Ermen nicht nur das Zweigwerk in Manchester, das Sohn Friedrich später leitete, sondern auch eine Dependence in Engelskirchen, gerade mal 25 km von Romberg entfernt, eröffnet. Hier, in der Fabrikantenvilla „Braunswérth“, schrieb Friedrich einen Teil seines berühmt gewordenen Werkes „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“.<sup>16</sup> In dieser Zeit dürften sich die beiden allerdings noch nicht begegnet sein.

### Lina Schöler, Karl Marx und der Kölner Kommunistenprozess

Während des Kölner Kommunistenprozesses (nach der gescheiterten Revolution 1848/49) tritt Lina mutig als Zeugin der Verteidigung auf, insbesondere zur Unterstützung des Arztes und Marx-Freuds Roland

Daniels und seiner Frau Amalie. Ihnen und den anderen Angeklagten wird Hochverrat, Aufruhr und Komplott vorgeworfen. Es geht um die sog. Zentralbehörde des „Bundes der Kommunisten“ und deren Verlegung von London nach Köln. Der Prozessverlauf zeigt, dass hier eigentlich die „Partei Marx“ und der Verfasser ihrer Programmschrift, des „Manifests der Kommunistischen Partei“, auf der Anklagebank sitzen.<sup>17</sup> Da ein Teil der Prozessakten vernichtet ist, liegen nur spärliche Dokumente über Linas Aussage vor. Sie bestreitet den von Seiten des Hauptbelastungszeugen vorgetragenen Vorwurf einer konspirativen Korrespondenz insbesondere ihrer Freundin Amalie mit Marx.<sup>18</sup> Sie sei mit ihr von Jugend auf bekannt gewesen und habe mit ihr auch gegenwärtig einen so vertrauten Umgang, dass sie alle ihre Schritte zu kennen versichert. Deshalb könne sie ihre feste Überzeugung ausdrücken, dass Frau Daniels sich stets geweigert habe, an die Familie Marx zuweilen Nachricht über das Schicksal ihres Mannes zu geben.<sup>19</sup>

### Gemeinsame Zeit in London

Ende 1855 übersiedelt Lina, die offenbar eine gute Ausbildung genossen hatte (welche ist nicht bekannt) und – zumindest zunächst – auf familiäre finanzielle Zuwendungen zurückgreifen konnte, nach London. Sie wohnt die ersten beiden Monate bei der Familie Marx, bis sie eine Stellung als Gouvernante findet. Als sie im Folgejahr diese Stellung wieder verliert, wird sie vorübergehend von der Familie Liebknecht aufgenommen. 1858 wird sie erneut stellungslos und kommt nochmals für zwei Monate bei der Familie Marx unter. Umgekehrt hilft Lina der immer wieder in argen finanziellen Schwierigkeiten steckenden Familie Marx gelegentlich mit Geld aus. Auch in den sechziger Jahren, als sich ihre Beschäftigungssituation als Hauslehrerin stabilisiert hatte, nimmt sie in ihren Urlaubswochen im-

<sup>14</sup> Zit. nach Gemkow 1979, S. 243 (je m'engage toujours – werde ich mich immer engagieren).

<sup>15</sup> Ebda., S. 246.

<sup>16</sup> Schwarz, Gisela, Villa Braunswérth. Das Wohnhaus des Patriarchen, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 22. September 2009. Das Werk wurde 1844/45 verfasst.

<sup>17</sup> Vgl. dessen eigene Einschätzung: Marx, Karl, Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln, Hottingen-Zürich 1885, in: MEW Bd. 8, Berlin 1960, S. 405ff.

<sup>18</sup> Vgl. Golsong, Christoph, Der Kölner Kommunistenprozeß von 1852 aus rechtshistorischer Sicht, Köln 1995 [Diss.], S. 82.

<sup>19</sup> Vgl. Bittel, Karl, Der Kommunistenprozeß zu Köln 1852 im Spiegel der zeitgenössischen Presse, Berlin 1955, S. 148.

mer wieder im Hause Marx Quartier, ebenso an diversen Weihnachts- und Neujahrstagen. Für die Marx-Töchter wird sie so die hoch geschätzte und geliebte Tante Lina. Am Übergang der sechziger zu den siebziger Jahren kehrt Lina Schöler nach Deutschland zurück und lebt fortan bei ihrer jüngeren Schwester Bertha Augusti, einer Schriftstellerin<sup>20</sup>, in Koblenz. Der Kontakt zur Familie Marx jedoch reißt nicht ab. Lina reist immer wieder zu Besuchen nach London, etwa zur Hochzeit von Tochter Laura mit Paul Lafargue 1868. Umgekehrt machen die Marx' Station in Koblenz bei den Schwestern Schöler, wenn sie auf der Durchreise sind.

### Abschiede

Es ist Lina Schöler, die im Frühsommer 1881 der todkranken Jenny Marx etwa einen Monat lang auf ihrem letzten Weg beisteht. Zu ihrem Eintreffen an Jennys Krankenbett 1881 schreibt Karl an seine älteste Tochter: „Ich betrachte es als einen sehr glücklichen Umstand, daß Lina Schöler uns gestern überraschte und ca. einen Monat hierbleiben will.“<sup>21</sup> Der freundschaftliche Kontakt zu den Marx-Töchtern und zu Engels überdauert den Tod von Jenny (1881) und Karl (1883). Noch 1887 hält sich Lina für mehrere Tage in Engels' Haus in London auf. Sie selbst verstirbt Ende 1891 in Koblenz. Aber fast nichts erinnert bislang an diese so bemerkenswerte wie bescheidene Person und ihr ereignisreiches Leben.

Ähnlich wie Linas Schwester Bertha versucht sich auch Edgar von Westphalen später schriftstellerisch zu betätigen. Von seinen verschiedenen Ansiedlungsversuchen in den Vereinigten Staaten kehrt er 1865 krank, desillusioniert und nahezu mittellos nach Europa bzw. Preußen zurück. Er ist in der Folgezeit auf die finanzielle Unterstützung seines erz-

konservativen Halbbruders Ferdinand angewiesen. Dieser vermittelt und finanziert ihm ab April 1866 eine Unterkunft beim Dorfpfarrer in Derwitz im Brandenburgischen, mittlerweile ein Stadtteil von Werder an der Havel (gerade mal acht Kilometer von meinem heutigen Werderaner Wohnsitz entfernt). Eine gewisse Berühmtheit hat Derwitz allenfalls durch die dort unternommenen Flugversuche Otto von Lilienthals erlangt. Die Symbolik so mancher Bruchlandung ließe sich auch auf das Leben Edgars übertragen. Hier erholt er sich allmählich und schreibt u. a. Gedichte aus dem Havelland.<sup>22</sup> Politisch tritt er nicht mehr in Erscheinung. Ein Jahr vor Linas Tod verstirbt er 1890 in Berlin, ohne sie nach seiner Rückkehr aus Texas noch einmal wieder gesehen zu haben. Dass auch die Erinnerung an Edgar von Westphalen, dem Schwager von Karl Marx und Bruder seiner Frau, weitgehend verblasst ist, darf aber wohl nicht wirklich verwundern. ■

<sup>20</sup> Vgl. Groß, Heinrich, Deutsche Dichterinnen und Schriftstellerinnen in Wort & Bild, Bd. 2, Berlin 1885, S. 289ff.; ihr wohl wichtigstes Werk: Augusti, Bertha, Ein verhängnisvolles Jahr. Novelle, Köln [?] 1879 [Nachdruck: Augusti 1989], in dem die Ereignisse des Jahres 1848 im Mittelpunkt stehen, die Rolle Marxens eingeschlossen, und in das sie offenbar auch Aspekte der Lebensgeschichte ihrer Schwester Lina einfließen ließ. Marx bedankte sich bei ihr brieflich für den „Genuß, den mir die Lektüre ihres Romans ... gewährt“, zit. nach Monz 1989, S. XIII.

<sup>21</sup> Vgl. Gemkow 1979, S. 247.

<sup>22</sup> Von Westphalen, Edgar, Aus Havelland. Gedichte, Berlin 1883; vgl. Gemkow 1999, S. 486, 505.

# Karl Marx: Bildnis. Ikone. Popstar?

von Beatrix Bouvier<sup>1</sup>

Der bevorstehende 200. Geburtstag von Karl Marx macht ihn auch bildlich verstärkt präsent. Es ist immer das gleiche Bild des Mannes mit dem „Rauschebart“, das uns begegnet und das wir stets erkennen. Sah Marx immer gleich aus?<sup>2</sup>

Wir wissen wenig über das Aussehen des jungen Marx, vieles ist Beschreibungen, späteren Zuschreibungen und noch mehr der Fantasie geschuldet. Auch der alte Mann, der sich noch einmal fotografieren ließ, ehe er sich auf seiner letzten Reise in Algier den Bart abrasieren ließ, ist wenig bekannt. Die Anzahl der überlieferten Fotografien von Karl Marx ist begrenzt.<sup>3</sup> Auf ihnen basieren alle anderen bildlichen Darstellungen, auch die des 20. Jahrhunderts. Die Fotografien machten Karl Marx bereits zu Lebzeiten visuell bekannt und wurden grundlegend für die „Ikone“, wenn man diese Bezeichnung auf ein Bild von Karl Marx und seine weltweite Verbreitung anwenden will. Sie stammen aus den Jahrzehnten, die Karl Marx und seine Familie nach der Flucht vom europäischen Festland in England verbrachten, wo sie bis an ihr Lebensende blieben. Die heute bekannten etwa 15 Fotografien zeigen Karl Marx allein, gelegentlich mit Friedrich Engels oder auch Marx mit seinen Töchtern. Eine Fotografie, die ihn zusammen mit seiner Frau Jenny oder beide mit den drei Töchtern zeigt, gibt es darunter nicht. Sie entstanden teils in London, teils an anderen Orten, beispielsweise im Zusammenhang mit Reisen des staatenlosen Karl Marx auf den Kontinent. Über die Anzahl der angefertigten oder nachbestellten Abzüge liegen lediglich Vermutungen

vor. Andeutungen in Briefen lassen darauf schließen, dass man von einer größeren Anzahl ausgehen kann. Fotos waren ein beliebtes Andenken, sogar eine Art moderne Reliquie; im Fall von Karl Marx dienten sie auch als Vorlagen für Zeichnungen und Stiche, die in Zeitungen Verwendung fanden. Es sind diese Fotos, die unser „Bild“ von Karl Marx geprägt haben, denn soweit bekannt, hat er kein Porträtmälde von sich in Auftrag gegeben, wie dies im 19. Jahrhundert üblich war. Das mag mehr den äußeren Lebensumständen und dem Geldmangel geschuldet gewesen sein als der grundsätzlichen Ablehnung des Genres. Gleichwohl ist denkbar, dass zu seinen Lebzeiten die meisten Künstler ihrerseits sowohl seiner Lebenssphäre als auch seiner Weltanschauung fern waren.

Der ikonografische Blick auf Karl Marx führt zu der Frage, wie jenes „Bild“ entstanden ist, das wir im Kopf haben, stets wiedererkennen und das sich Zeitgenossen und Nachgeborene mehrerer Generationen gemacht haben. Auf welcher Basis formte sich durch Bildnisse und Bilder die bildliche Vorstellung, die so unverrückbar erscheint? Wie angedeutet, ist der junge Marx ein – optisch gesehen – wenig bekanntes Wesen. Schon die Kindheit und Jugend in Trier sind in Bildern nicht zu fassen. Überlieferungen aus und über diese Zeit bleiben spärlich und anekdotisch. Früh erhielt er den Spitznamen „Mohr“, was als Hinweis auf sein Aussehen, den dunklen Teint, die schwarzen Haare und den schwarzen Bart, gedeutet wird. Zahlreiche Briefe und Erinnerungen belegen diesen Spitznamen, berühmter wurde er im 20. Jahrhundert im deutschsprachigen Raum durch das Kinderbuch „Mohr und die Raben von London“<sup>4</sup>, das zusammen mit der gleichnamigen DEFA-Verfilmung aus dem Jahr 1968 (dem 150. Geburtstag demnach) das „Bild“ von Marx mitprägte, weil es ihn auch bildlich fassbar machte.

Als erstes „authentisches“ Porträt gilt bislang eine Lithografie der „Trierer“ von David

1 Prof. Dr. Beatrix Bouvier leitete bis 2009 das Karl-Marx-Haus in Trier und war Kuratorin der Ausstellung „Ikone Marx“. Sie ist derzeit wissenschaftliche Leiterin der großen Landesausstellung in Trier „Karl Marx. 1818–1883. Leben. Werk. Zeit.“

Der vorliegende Text basiert auf einem Vortrag, den die Autorin im Rahmen einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Ringvorlesungsreihe im Wintersemester 2017/18 an der Universität Bonn gehalten hat. Siehe auch <http://www.fes-soziale-demokratie.de/marx.html>.

2 Ausführlich dazu die Beiträge in Elisabeth Dühr (Hrsg.), *Ikone Karl Marx. Kultbilder und Bilderkult, Katalog zur Ausstellung im Stadtmuseum Simeonstift Trier, 17.3.–18.10.2013, Regensburg 2013*.

3 Vgl. Boris Rudjak, *Die Photographien von Karl Marx im Zentralen Parteearchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPDSU*, in: *Marx-Engels-Jahrbuch*, Bd. 6, Berlin (Ost) 1983, S. 293–310.

4 Ilse Korn/Vilmos Korn, *Mohr und die Raben von London*, Berlin (Ost) 1962.

Levy-Elkan aus dem Jahr 1836, das die „Trierer Landsmannschaft“ zeigt, eine Studentenverbindung, der Karl Marx während seines Bonner Studienjahres angehörte. Problematisch bleibt, dass eine Zuordnung der Personen auf diesem Gruppenbild durch einen ehemaligen Studenten erst fünfzig Jahre später erfolgte. Neu-



erdings ist die Bleistiftzeichnung eines Bonner Kommilitonen aus dieser Zeit aufgetaucht, die nun als erstes authentisches Bildnis gilt. Somit ist es zusammen mit späteren Erinnerungen und Imaginationen sowie anderen schriftlichen Zeugnissen die Grundlage für das Aussehen vor den überlieferten Fotografien. Passangaben oder Beschreibungen in Spitzelberichten datieren ab 1844, als Marx sich im Ausland aufhielt. Sie fallen damit in eine Zeit, in der er bereits eine öffentliche Person war. Den Beginn dafür markiert seine aufsehenerregende kurze Zeit als Chefredakteur der liberalen „Rheinischen Zeitung“ in Köln. Deren Verbot wurde durch eine im 19. Jahrhundert weit verbreitete Lithografie des Marx symbolisierenden gefesselten Prometheus allegorisiert. Für das Aussehen von

Karl Marx ergibt eine Schnittmenge von schriftlichen Beschreibungen (vor den bekannten Fotografien) das Erscheinungsbild eines Mannes von knapp über 1,70 m Größe und gedrungener Gestalt. Übereinstimmung herrscht darin, dass Marx einen der Mode der Zeit entsprechenden Vollbart trug, dass Haare und Bart zunächst tiefschwarz waren, doch bald schon nach der Revolution von 1848/49 die Haare sich grau zu färben begannen, nicht hingegen der Bart.<sup>5</sup>

Kaum zu trennen davon sind Beschreibungen über die Wirkung der Persönlichkeit, die je nach Freund-Feind-Standpunkt mit positiven oder negativen Attributen versehen waren. Geschildert wird schon der junge Marx als ein selbstsicher auftretender Mann, der seine Argumente durch eine eindrucksvolle Gestik unterstrich und offensichtlich Energie, Willenskraft und eine unbeugsam wirkende Überzeugung ausstrahlte. Diesen Beschreibungen entspricht eine wenig bekannte Karikatur in den „Fliegenden Blättern“ aus dem Revolutionsjahr 1848, die Marx namentlich nicht nennt, ihn



<sup>5</sup> Vgl. Manfred Klemm, Karl Marx. Dokumente seines Lebens, Leipzig 1970, S. 17.

aber ohne Zweifel mit erhobener Faust zeigt. Die ihm zugeschriebenen Äußerungen zeigen vor allem die Ängste des Bürgertums vor dem virulenten sozialistischen Gedankengut, das in einer Person – Marx – gebündelt präsentiert wird. Zu dieser Zeit war er eine bekannte öffentliche Person, so bekannt über die Grenzen seiner Wirkungsstätte Köln hinaus, dass es einer namentlichen Erwähnung nicht bedurfte. Jedenfalls nicht in diesem Revolutionsjahr.

Es sind die Fotografien, die Karl Marx zu Lebzeiten – auch optisch – bekannt machen und grundlegend blieben für unser „Bild im Kopf“. Sie wurden in Auftrag gegeben. Es war damals das neue Medium, und Karl Marx (Friedrich Engels und die Familie eingeschlossen) nutzten es. Die Verbreitung der Fotografien ging als Teil der Kommunikation und Briefkultur über den Privatcharakter hinaus. So fand z. B. die Serie von Fotos weite Verbreitung, die in Hannover entstanden war, als Marx die Drucklegung von „Das Kapital“ (Band I, 1867) begleitete und ein Foto mit dem Werk zusammen verschickte. Marx‘ wissenschaftliche Reputation war gewachsen und mit ihr die Nachfrage nach Bildern. Das Werk selbst sollte rezensiert und rezipiert werden, sodass biografische Notizen mit einem Bild förderlich schienen. Die französische Ausgabe mit einem



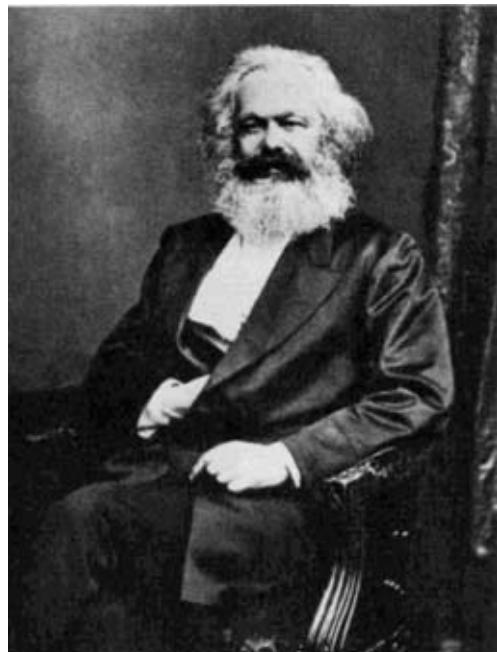
Porträtstich auf der Basis eines Fotos folgte. Es war immer wieder Friedrich Engels, der auf den Nutzen der PR-Arbeit verwies. „Diese Art Reklame dringt dem Philister in seinen tiefsten Busen. Gib ihm also ja alles, was er dazu braucht.“<sup>6</sup> Marx ließ es geschehen.

Die in Hannover entstandenen Fotografien waren in der Familie beliebt, wurden mehrere Jahre lang verwendet und durch eine weitere Serie 1872 ergänzt. Als sich der Einsatz der weithin bekannten Fotos mehrte, weil sie zur Grundlage von Zeichnungen und Stichen wurden, markiert dies einen frühen Höhepunkt der Marx-Ikonografie mit dem Stichjahr 1871. Das hängt mit der im Gefolge des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 proklamierten Pariser Kommune von 1871 zusammen; vor allem mit der Rolle, die Marx dabei zugewiesen wurde. Im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit im Generalrat der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) hatte er nach der blutigen Niederschlagung des Kommune-Aufstandes eine flammende Verteidigungsschrift verfasst. Unter dem Namen Bürgerkrieg in Frankreich wurde sie bekannt und ihr Verfasser von den konservativen Regierungen Europas und der entsprechenden Presse zu einem der Hauptschuldigen und „Führer“ gemacht. Es war dann eine Falschmeldung über seinen Tod, die im Frühherbst 1871 für Aufregung und sogar Nachrufe sorgte. Das ließ die Nachfrage nach Bildern anschwellen.<sup>7</sup>

Karl Marx war nun eine prominente öffentliche Person und wollte – zusammen mit Friedrich Engels und seiner Familie – die weitere „Inszenierung“ seiner Person wenigstens beeinflussen. Die Auswahl der Bilder war gesteuert, was in eine Art Kanonisierung mündete. Flankiert wurde dieser Prozess schon zu Lebzeiten von Marx durch schriftliche „Lebensbilder“ und „Würdigungen“ in Nachschlagewerken und Lexika, zumeist aus der Feder von Friedrich Engels. Sie sollten Marx

<sup>6</sup> Engels an Marx, 2.2.1868, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 32, Berlin (Ost) 1974, S. 27.

<sup>7</sup> Siehe Marx an Jenny Marx, 23.9.1871, in: MEW, Bd. 33, Berlin (Ost) 1976, S. 286.



den Platz in der Geschichte und nicht zuletzt in der Wissenschaft sichern.

Dem mit Worten gezeichneten „Bild“ sollte das „Bildnis“, das auf diese Weise von Marx zu Lebzeiten und vor allem bei seinem Tod entworfen wurde, entsprechen. Es sollte nicht nur unterstreichen, sondern prägen. Zentral dafür war die Fotoserie aus dem Jahr 1875, ein Bild mit Varianten, das um die Welt ging. Die Kanonisierung des Bildnisses erfolgte unmittelbar nach seinem Tod im März 1883. Friedrich Engels hatte Anfragen aus aller Welt erhalten und bestellte 1200 Abzüge, um sie Zeitungen und Sozialisten in aller Welt zur Verfügung zu stellen. Er begründete die Auswahl damit: „Es ist die letzte, beste Aufnahme, wo der Mohr ganz in seiner heitern, siegsgewissen olympischen Ruhe erscheint.“<sup>8</sup> Es ist diese Fotovorlage, die das Bildnis von Karl Marx – in unterschiedlichen ästhetischen Formen zu der Ikone macht, die wir vor Augen und im Kopf haben.

Das „Bild“ von Karl Marx war zwar schon zu Lebzeiten festgelegt, verfestigt jedoch erst unmittelbar nach seinem Tod durch die Verbreitung in der Arbeiterbewegung. In den frühen

1870er-Jahren war Marx nach dem Erscheinen von „Das Kapital“ als Wissenschaftler hervorgestoßen, war selbst politisch Handelnder und in Presse und Publizistik auch mit seinem Bildnis in Erscheinung getreten. In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg wurde es dann Bestandteil der Alltagskultur der Arbeiter.

In dieser Welt – schon damals auch eine Bilderwelt – war Marx präsent und zugleich räumlich entrückt. Er war in seinen letzten Lebensjahren nicht mehr unmittelbar politisch handelnd und nicht Teil des praktischen Parteilebens. Er hatte im fernen London gelebt, war aber durch sein Porträt auf Stickbildern, Krügen, Schalen, Postkarten und Gedenkblättern ebenso allgegenwärtig wie frühzeitig durch Büsten. Sie enthielten durch die Art der Verwendung auch eine politische Botschaft. Doch eines ist nicht zu vergessen. Marx‘ Bild erscheint in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg meist zusammen mit dem Konterfei anderer Arbeiterführer, den Gründervätern der Sozialdemokratie, neben August Bebel vor allem dem von Ferdinand Lassalle.

Mit dem Kommunismus an der Macht und der herrschenden Ideologie des Marxismus-Leninismus, den Stalinismus eingeschlossen,

<sup>8</sup> Engels an Eduard Bernstein, 28.4.1883, in: MEW, Bd. 36, S. 18.

entstanden neue und andere Formen der Marx-Ikonografie, auch wenn in den kantigen und nicht selten starren Konturen das Porträt von 1875 erkennbar bleibt. Ein neues Geschichtsbild wurde propagiert, das auf einer Lehre beruhte, die Marx in Anspruch nahm. Das reine Porträt reichte nicht, um Lebensgeschichte, Beziehung zu anderen Menschen, Umfeld und Ereignisse so darzustellen, dass sie einem breiteren Publikum verständlich wurden.

In der jungen Sowjetunion entstand frühzeitig ein Bildkult um Marx. Ausdruck dessen und lange in Gebrauch war beispielsweise das weitverbreitete Motiv der drei Köpfe (mit Stalin vier), was auch in Anlehnung an die christliche Dreifaltigkeit zu verstehen war und später in ironischen Verwandlungen des Motivs anklang. Dies gilt auch für die Monumentalisierung, die ebenfalls frühzeitig entstand.

Wenn Friedrich Engels nach Marx Tod dessen Porträt „weltweit“ verschickte, so war diese Welt die des späten 19. Jahrhunderts, bis zum Ersten Weltkrieg auch die der Zweiten Internationale. Und Karl Marx, vorwiegend Europäer, war eine ihrer Ikonen. Es war folgerichtig, dass er weltweit bekannt und dann im 20. Jahrhundert sein Gedankengut in unterschiedlicher Weise in Anspruch genommen wurde. Wo der Marxismus-Leninismus Staatsideologie war, wurde auch die Ikone Marx staatsoffiziell und quasi unantastbar. Das Bildnis schmückte Geschenke, wurde zur Auszeichnung als Medaille oder Orden, zierte Münzen und vor allem Briefmarken. An ihnen kann man die unterschiedlichen Anlässe – Jubiläen zumeist – gut ablesen. Als besonders wichtig können der 150. Geburtstag im Jahr 1968 und als ein weltweit wichtiger Höhepunkt der 100. Todestag im Jahr 1983 gelten. Dass im Westen der 150. Geburtstag mit der Studentenbewegung zusammenfiel, hatte einen nicht selten neuen – ästhetischen – Umgang zur Folge. Unzählige Flugblätter, Plakate und Logos sind überliefert, manchmal kombiniert mit den altbekannten Vierer- oder Dreier-Ikonen und ironisch verfremdet. Dem stand eine fast inflationäre auch bildliche Marx-Verehrung z.B. in der DDR gegenüber. Im Zusammenhang mit den Ereignissen von 1989/90 führte dies zu zahlreichen ironischen Bildkom-

mentaren, die ihrerseits Kult wurden. Die Form des ironischen Umgangs wurde vor und nach 1989 auch in der Werbung aufgegriffen.

Die Ikone Karl Marx verschwand keineswegs aus dem öffentlichen Gedächtnis. Was verschwand, war der „oktroyierte“ Marx, nicht aber die Ikone und noch viel weniger die „Ikone im Kopf“. Karl Marx sei nun eigentlich „in den Köpfen“ zu finden, schrieb Iring Fetscher in den „Deutschen Erinnerungsorten“.<sup>9</sup> Das könnte man dahingehend erweitern, dass schon das Bild von Karl Marx, Porträts auf der Basis der Fotografie aus dem Jahr 1875, Vorstellungen evoziert, die etwas mit den Ideen von Karl Marx zu tun haben. Eine zentrale Frage ist, in welcher Gesellschaft wir leben und in welcher wir leben wollen. Karl Marx oder allein sein Porträt erinnern uns daran, dass es Analysekategorien gibt, das zu begreifen und ändern zu wollen. Es ist sowohl das Porträt selbst als auch die damit verbundene Bildsprache, die weltweit bekannt sind und verstanden werden. Es ist im öffentlichen Bildgedächtnis verankert. Es mag inflationär verwendet werden, Souvenirs aller Art schmücken, den Tourismus befördern und zur Entideologisierung beitragen, entpolitisieren kann dieses Bild auch als Bildnis Marx nicht. ■

<sup>9</sup> Iring Fetscher, Karl Marx, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl, Bonn 2005, S. 158.

# Der monumentale Marx an der Mosel – Ausstellungsprojekte zum 200. Geburtstag von Karl Marx in Trier

von Oliver Schael<sup>1</sup>

Das öffentlich wahrnehmbare Geschäft professioneller Historiker\_innen orientiert sich in der Regel an runden Jubiläen, zu denen ein gesteigerter Bedarf an Büchern, Ausstellungen und TV-Produktionen vermutet wird: Nach Luther (500 Jahre Reformation) und Lenin (100 Jahre Oktoberrevolution) 2017 folgt in diesem Jahr nun Marx (200. Geburtstag). Es ist dabei von einer harten Auseinandersetzung um die öffentliche Aufmerksamkeit auszugehen, gilt es doch, 2018 u. a. an 50 Jahre „1968“, 400 Jahre „Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges“ sowie an 100 Jahre „Novemberrevolution in Deutschland“ zu erinnern.

Der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet sich die Möglichkeit, zwei der runden Jahreszahlen miteinander zu verbinden. Just im Jahr 1968, dem Jahr der Studierendenrevolte in Deutschland, hat sie das Geburtshaus von Karl Marx von der SPD übernommen und betreibt es seither als Deutschlands einziges Museum zu Leben, Werk und Wirkung des Trierer Philosophen, das von jährlich rund 40.000 Interessierten besucht wird.

Anlass genug also für die Stiftung, die alte Dauerausstellung aus dem Jahr 2005 völlig neu zu gestalten. Unter dem Titel „Von Trier in die Welt: Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute“ möchte die neue Ausstellung Marx als Vordenker und zentralen Impulsgeber der Sozialdemokratie zeigen, dessen Denken wiederum erst durch das stetige Wachstum der organisierten Arbeiterbewegung im „langen“ 19. Jahrhundert zunächst eine europaweite und dann eine weltweite Verbreitung fand. Endete die Wirkungsgeschichte zuvor mit den Jahren 1989/90, so wird sie nunmehr bis in die Gegenwart verfolgt. Sie nimmt jetzt den größten Raum der 450 qm großen Ausstellungsfläche ein. Möchte die neue Ausstellung auch bewusst

keine letztgültige Interpretation des marxschen Werkes liefern, so ist es ihr dennoch ein Anliegen zu zeigen, dass es, neben der schlichten Herrschaftslegitimation der verschiedensten Diktaturen, global immer auch als Anregung für freiheitlich-emancipatorische Bewegungen gedient hat und dass das kritische Potenzial der dargelegten umfassenden Sozialphilosophie, die nie auf den Bereich der Ökonomie beschränkt war, nach wie vor für die Analyse vieler Probleme der Gegenwart relevant sein kann.

Die Ursache für die Entstehung der vielen globalen „Marxismen“ lag im Schisma der Arbeiterbewegung seit dem Ersten Weltkrieg begründet. Diese Spaltung zeigte sich auch in der Geschichte des Karl-Marx-Hauses selbst, das erst 1904 als Marx-Geburtshaus „wiederentdeckt“ wurde und um das sich die KPD und die SPD 1928 einen Bieterwettkampf lieferten, den die Sozialdemokraten schließlich für sich entschieden.

Vor dem Hintergrund des dogmatisch geführten Streites um den richtigen Umgang mit dem marxschen Erbe ist es interessant zu beobachten, wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung das Jubiläum begießen wird. Zentrales Projekt der Stiftung ist die Internetseite „marx200.org“. Neben ausführlichen Einführungen in Leben und Werk, bietet sie ebenfalls einen umfassenden Überblick zur vielfältigen Theorie und Praxis „nach Marx“. Verdienstvollerweise versucht „marx200“ zudem, einen Überblick zu allen weltweiten wissenschaftlichen, künstlerischen und politischen Aktivitäten im Jubiläumsjahr zu bieten. Es bleibt mithin abzuwarten, ob und wie ein kritisch-pluralistischer Umgang mit dem marxschen Werk Brücken im historisch bedingten „Glaubensstreit“ spannen kann.

Neben der neuen Dauerausstellung im Karl-Marx-Haus wird es in Trier in der Zeit zwischen dem 5. Mai und dem 21. Oktober 2018 zwei Sonderausstellungen zum Themenkomplex

<sup>1</sup> Oliver Schael ist Historiker, arbeitet als wissenschaftlicher Referent für die Friedrich-Ebert-Stiftung und lebt in Koblenz.

„Karl Marx“ geben. Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten steht die Ausstellung „Karl Marx 1818 - 1883. Leben. Werk. Zeit“, die vom Land Rheinland-Pfalz und der Stadt Trier getragen wird. Aufgeteilt auf zwei Standorte in Trier will diese Ausstellung auf insgesamt 1.600 qm nicht nur das Leben und Werk des Revolutionärs darstellen, sondern auch ein Epochenbild des 19. Jahrhunderts entstehen lassen. Sie ist mithin bewusst als eine kulturhistorische Ausstellung konzipiert. Neben Exponaten mit direktem Bezug zu Marx – zu sehen ist etwa die einzige überlieferte Manuskriptseite des Kommunistischen Manifests – werden über 300 Kunstwerke gezeigt, die ein Schlaglicht auf die gesellschaftlichen Veränderungen im 19. Jahrhundert werfen sollen.

Bemerkenswert ist zudem die breite politische Unterstützung, mit der im ansonsten polarisierten Rheinland-Pfalz das Marx-Ausstellungsprojekt bisher getragen wurde. Die Ausnahme bildet, wenig überraschend, die AfD, welche lautstark diese „Altparteienallianz“ beklagt und dabei tief in die Mottenkiste des Kalten Krieges greift, indem sie Karl Marx direkt für die millionenfachen Opfer der kommunistischen Diktaturen verantwortlich macht.

Auch die schlagzeileinträchtige Kontroverse um das Geschenk der Volksrepublik China an die Stadt Trier in Form einer fünfeinhalb Meter hohen Marx-Statue, die im Mai 2018 nun in der Nähe der Porta Nigra ausgestellt wird, konnte daran nichts ändern. Was früher im konservativ-katholischen Trier undenkbar war, ist nun möglich. Für die schuldengeplagte Stadt scheint es zu verlockend zu sein, sich mit Karl Marx, neben den Kulturdenkmälern der Römerzeit und des Mittelalters, ein weiteres touristisches Highlight von internationaler Strahlkraft zuzulegen – nicht zuletzt mit Blick eben auf China, das seinen geistigen „Ahnherren“ derzeit ebenfalls wiederentdeckt und dessen wachsende Mittelschicht sich zunehmend teure Fernreisen nach Europa leisten kann.

Etwas kleiner geht es im Museum am Dom zu, das sich in der Trägerschaft des Bistums Trier befindet. Unter dem Titel „LebensWert Arbeit“ befasst sich die dortige Ausstellung vor-

nehmlich anhand von Werken der zeitgenössischen Kunst mit den aktuellen Umbrüchen in der Arbeitswelt, die häufig unter dem Stichwort „4. Industrielle Revolution“ (Digitalisierung, Robotik, künstliche Intelligenz) firmieren. Ge spannt darf man auf eine künstlerische Installation sein, in der das Arbeitszimmer von Oswald von Nell-Breuning nachgebaut wird. Der Theologe und Sozialphilosoph, 1890 ebenfalls in Trier geboren, war einer der Vordenker der katholischen Soziallehre, die in kritischer Auseinandersetzung mit den Werken von Marx entwickelt wurde. Eine seiner bekanntesten Aussagen ist weiterhin gültig: „Wir stehen alle auf den Schultern von Karl Marx“. ■

# Sammelrezension: Bücher zum 200. Geburtstag von Karl Marx und darüber hinaus

von Thilo Scholle<sup>1</sup>

Ob es sich bei dem umfangreichen Werk des britischen Historikers Gareth Stedman Jones tatsächlich um die „definitive Biographie für unsere Zeit“ handelt, wie ein Zitat aus der New York Times Book Review auf dem Buchrücken suggeriert, ist eher fraglich. Anspruch von Stedman Jones ist, den Denker Marx in seinem zeitgenössischen politischen und gesellschaftlichen Debattenkontext zu rekonstruieren. Tatsächlich geht der Autor deutlich weiter und historisiert Marx zu einem Denker des 19. Jahrhunderts, der zwar einer der Begründer der „systematischen Sozial- und Weltgeschichte“ geworden sei, uns für die Analyse des Gegenwartskapitalismus aber eigentlich nichts mehr zu sagen hat. Den Ökonomen Marx sieht der Autor als gescheitert an: die Arbeit am „Kapital“ sei auch deshalb nicht vorangegangen, weil sich Marx nach Band 1 inhaltlich verfahren habe, und keinen Ausweg aus der theoretischen Sackgasse mehr gewusst habe. Das nach Marxens Tod durch Engels und die SPD-Führung verbreitete Marx-Bild habe mit Marx selbst nur noch wenig zu tun gehabt. Gegen Ende seines Lebens habe es zudem ein unausgesprochenes Zerwürfnis mit Engels gegeben: Die Beschäftigung mit frühen Dorfgesellschaften habe bei Marx zu einer Loslösung von revolutionären Perspektiven nur mit Blick auf die Industriearbeiterschaft geführt Engels und die Sozialdemokratie dagegen hätten gerade daran festgehalten.

Sehr ausführlich wendet der Autor sich dem „jungen“ Marx zu – etwa bis zur Übersiedlung nach London. Die dann vor allem beginnenden ökonomischen Studien werden zwar ebenfalls vorgestellt, nehmen in der Gesamtdarstellung aber einen deutlich kleineren Platz ein. Dabei gelingt dem Autor ein schönes Panorama der Entwicklung der Debatten innerhalb der junghegelianischen Bewegung.

Auch werden die Verknüpfungen zwischen demokratischen, nationalen und philosophischen (Denk-)Bewegungen der Mitte des 19. Jahrhunderts prägnant dargestellt. Die persönlichen Lebensumstände Marxens erwähnt der Autor dem Anspruch des Werkes gemäß nur am Rande. So ist am Ende eine sehr umfangreiche und gut lesbare Biographie des Intellektuellen Karl Marx entstanden, die in der Auseinandersetzung mit dem Ökonomen Marx allerdings nicht überzeugen kann.

Jürgen Neffe bemüht sich in seinem Werk „Marx. Der Unvollendete“ demgegenüber darum, sowohl den Denker wie den Menschen Karl Marx zu beleuchten. Das gelingt ihm phasenweise sehr gut, an anderen Stellen versteigt sich der Autor allerdings zu eher holzschnittartigen Bezügen auf die Gegenwart – beispielsweise indem er das Verhalten von Trump und Putin mit wenigen Sätzen durch das Marxsche Bonapartismustheorem zu erklären versucht – und zu einigen süffigen Spekulationen in Bezug auf die Marxsche Biographie. Schlichtweg falsch ist die Behauptung, die SPD habe mit dem Godesberger Programm dem Marxismus „endgültig abgeschworen“, wie ein Blick in Berliner und Hamburger Programm gezeigt hätte. Dem Text vorangestellt ist zudem auch noch ein Marx würdigendes Zitat des damaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt aus dem Jahr 1977.

Inhaltlicher Ausgangspunkt der Darstellung ist die (zutreffende) Feststellung, Marx habe keinen Marxismus begründet. Unklar bleiben manche Feststellungen. So wendet der Autor in Anlehnung an die Marxsche Hegel-Adaption von der Wiederholung der Geschichte (zuerst als Tragödie und dann als Farce) das gleiche Diktum auf das Marxsche Leben an: Die ersten drei Jahrzehnte hätten mit enttäuschter Hoffnung (auf den Umsturz) geendet, die nächsten 35 als „mitunter absurde Komödie“, „in der Marx (mit

<sup>1</sup> Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Engels) die vermeintlichen Todesrufe des Kapitalismus als dessen Geburtsschreie begreifen lernt“. Letztlich bleibt der Rezensent nach der Lektüre etwas unschlüssig zurück: Einerseits gelingen dem erkennbar mit Marx sympathisierenden Autor Passagen dichter und gut lesbarer Beschreibungen des Marxschen Lebensweg und auch der Entwicklung seines Denkens. An anderen Stellen fordern Einordnungen von Personen und Bezügen auf die Gegenwart doch an recht vielen Stellen zum Widerspruch heraus.

Ein schönes Marx-Essay hat der Feuilleton-Journalist der Süddeutschen Zeitung, Thomas Steinfeld, vorgelegt. „Herr der Gespenster“ ist keine Biographie im eigentlichen Sinne, auch wenn die meisten wichtigen Lebensstationen implizit angesprochen werden. Der Autor sieht Marx vor allem als Denker, nicht als Revolutionär. Vom Werk gebe es nichts, was unter allen Umständen gerettet werden müsste, sondern nur (etwas) zu verstehen. Zum Vorschein komme die Mühe eines „rastlosen Intellektuellen“. Diesen und sein Denken stellt Steinfeld dann durchaus sympathisierend, in jedem Fall mit großem Respekt, vor. Marx habe nicht an der Entwicklung einer Utopie gearbeitet: „Die ‚Kritik der politischen Ökonomie‘ ist auf ein Jenseits außerhalb ihres Gegenstandes nicht angewiesen.“ In Bezug auf Marx‘ ökonomische Studien würdigt der Autor insbesondere das Marxsche Programm der Beschreibung von „Ausbeutung“. Es erfasse wesentlich umfassender, was eine marktförmige Vergesellschaftung mit den Menschen mache, als es Beschreibungen wie die von den „Gewinnern und Verlieren der Globalisierung“ könnten. Insgesamt ein gut geschriebenes Buch, das auf zurückhaltende Art aus freundlich-distanzierter Perspektive auch eine Übersetzung des Politökonomen in die Gegenwart versucht.

Eine Gruppenbiographie von acht marxistischen Intellektuellen der ersten Stunde hat Christina Morina mit ihrer in Jena eingereichten Habilitationsschrift „Die Erfindung des Marxismus“ vorgelegt. Vorgestellt werden Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Victor Adler, Jean Jaurès, Jules Guesde, Georgi

W. Plechanow, Wladimir I. Lenin und Peter Struve. Ziel der Arbeit sei es, den Marxismus im Prozess seiner Entstehung zu beobachten. Die Beschreibung der einzelnen DenkerInnen gelingt der Autorin meist gut, allerdings bleibt es bei recht konventionellen Darstellungen der persönlichen und intellektuellen Entwicklung. Ein von der Autorin selbst angesprochenes Problem ist, dass bei den meisten keine ausführlichen Zeugnisse über ihre frühen Leseerfahrungen vorliegen. Wichtig erscheint die Feststellung der Autorin in Bezug auf die alle vorgestellten verbindenden Beweggründe für die Hinwendung zur Marxschen Theorie: „Sie zogen aus Marx‘ Werk primär ein auf das Hier und Jetzt gemünztes Erkenntnisversprechen, keinen nur auf das Morgen gerichteten Zukunftsglauben“. Marxsches Denken wurde dementsprechend nicht als geschlossene politische Ideologie, sondern als eine Weltanschauung, als eine „wissenschaftlich fundierte Gegenwartsanalyse und Weltverbesserungsrezeptur“ verstanden. „Marx las man nicht, man entdeckte ihn“. Es war also mitnichten der Wunsch nach einer utopischen Weltanschauung, der die ersten „Marxisten“ hervorbrachte, sondern im Gegenteil vor allem der Eindruck, ein Handwerkszeug zum Verstehen der Welt in der Hand zu halten.

Schwierig ist, dass die Autorin selbst einen distanzierten Blick auf Marx hat, und letztlich keine eigene Einordnung und Bewertung des Marxschen Oeuvres als Ausgangspunkt der vorgestellten intellektuellen Entwicklungen vornimmt. Marx und der Marxismus werden schlicht als Ansätze bezeichnet, die „weit über das Jahrhundert hinaus enorme Anziehungs-, Gestaltungs- und Zerstörungskräfte entfalten“ sollten. Insgesamt ein gut und sorgfältig geschriebenes Buch, das insbesondere die Faszination von Marxschem Denken als einer politischen Wissenschaft um die Analyse der Gegenwart zu verstehen deutlich macht.

## Überblicke und Einordnungen

Der an der Universität im englischen Lancaster lehrende spw-Mitherausgeber Michael Krätké hat mit dem Band „Kritik der politischen Ökonomie heute“ eine – teilweise

erweiterte – Auswahl an Aufsätzen zur Kritik der politischen Ökonomie vorgelegt. In seiner Einleitung hält Krätke fest, heutigen Kapitalismuskritikern komme das Marxsche Vorgehen komisch vor: „Sie misstrauen der analytischen Anstrengung, die nötig ist, um der dem Kapitalismus eigentümlichen Dynamik von Konkurrenz, Innovation, Rationalisierung, technologischen Revolutionen, Wertschöpfung und Entwertung, Wert- und Preisrevolutionen (...), von Akkumulation, Konzentration, Zentralisation, von Krisen und Konjunkturen auf die Spur zu kommen und auf der Spur zu bleiben. Sie finden eine Kapitalismuskritik befremdlich und schwer nachvollziehbar, in der es nicht darum geht, den ‚Wert‘ oder den ‚Markt‘ als Grundübel der Welt zu verdammten, sondern darum, diesen mysteriösen ‚Wert‘ zu begreifen bzw. die verblüffende Dynamik einer höchst intelligenten, innovativen und systematischen Form von Ausbeutungs- und Enteignungskonomie auseinanderzunehmen.“ Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie sieht der Autor als kein fertiges Gebäude an, sondern als Bau mit Lücken, Unklarheiten und Brüchen. Methodisch plädiert Krätke für ein Zusammenspiel aus Philologie – der genauen Kenntnis der Marxschen Texte in ihrem jeweiligen Kontext –, aufgeklärt und angeleitet durch „Marxologie“, die Kenntnis von Lebensumständen, Zeitereignissen und jeweiligem Kenntnisstand der Beteiligten. Kapitalismus könne nur als ein offenes System verstanden werden, das wesentliche Voraussetzungen für die eigene Existenz nicht vollständig aus sich selbst heraus produzieren könne. Ausgesprochen spannend ist auch der Beitrag über „Marx als Wirtschaftsjournalist“, in dem der Autor Marxens Arbeit insbesondere für die „New York Daily Tribune“ nachzeichnet. Im letzten Beitrag des Bandes setzt sich Krätke im Ergebnis ablehnend mit Positionen auseinander, die Engels als späterem Herausgeber und Bearbeiter eine Verfälschung des Marxschen Denkens vorwerfen.

Nach Kant und anderen hat nun auch Marx Aufnahme in die vor allem Philosophen beleuchtende Handbuch-Reihe des Metzler-Verlages erhalten. Die Herausgeber Michael

- Louis Althusser u.a.  
Das Kapital lesen**

Herausgegeben von Frieder Otto Wolf

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2015  
764 Seiten, 49.90 €

**Das Argument 314  
Wege des Marxismus-Feminismus**

Heft 4/5 2015

Argument Verlag, Hamburg 2015, 26 €
- Tobias Boos /  
Hanna Lichtenberger /  
Armin Puller (Hrsg.)  
Mit Poulantzas arbeiten**

... um aktuelle Machtverhältnisse zu verstehen

VSA-Verlag, Hamburg 2017,  
255 Seiten, 18.80 €

**David Harvey  
Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln**

Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden

VSA-Verlag, Hamburg 2014  
287 Seiten, 19.80 €
- Michael R. Krätke  
Kritik der politischen Ökonomie heute**

Zeitgenosse Marx

VSA-Verlag, Hamburg 2017  
245 Seiten, 19.80 €

**Marxistische Abendschule Hamburg (Hg.)  
Aufhebung des Kapitalismus**

Die Ökonomie einer Übergangsgesellschaft

Argument Verlag, Hamburg 2015  
279 Seiten, 19 €

Quante und David P. Schweikard gehen in ihrem Vorwort von einer ungebrochenen Aktualität des Marxschen Werkes aus. In ihrem knappen aber sehr präzisen gut 20-seitigen Lebensabriss zu Marx halten die Herausgeber u.a. fest, dass sich Marxens und Engels Theorieverständnis möglicherweise nicht stets gedeckt habe. Anschließend werden die Werke, gegliedert in „Philosophische Schriften“, „Das Programm der Kritik der politischen Ökonomie“ sowie „Politische Schriften“, erläutert. Darauf folgt ein Block zu „Grundbegriffe und Konzeptionen“, wiederum gegliedert in „Philosophische Grundbegriffe“, „Grundbegriffe der Kritik der politischen Ökonomie“ sowie „Philosophische Konzeptionen der Marxschen Theorie“. Andreas Vieth hält in seinem Beitrag zu den philosophischen Grundbegriffen fest, Marx habe seine Methode im eigentlichen Sinne nie gefunden. Auch sei unklar, was Dialektik bei Marx genau sein solle. Im Stichwort „Krise“ bei den „Grundbegriffen der Kritik der politischen Ökonomie“ hält Michael Heinrich fest, eine Zusammenbruchstheorie im eigentlichen Sinne gebe es bei Marx nicht. Während Kurt Bayertz den Begriff des „historischen Materialismus“ sehr nüchtern und eher als sozialwissenschaftliches Programm erläutert, scheint Marco Iorio in seinem Text zu „Geschichtsphilosophie“ doch von einem eher deterministischen Geschichtsverständnis bei Marx auszugehen. Ein Block IV des Bandes widmet sich der Rezeption. Die dort vorgestellten Beispiele wirken etwas willkürlich ausgewählt – so finden sich neben „dialektischem Materialismus“ (als Chiffre für das Marxsche Denken im Sowjetkommunismus), Kritischer Theorie und Einzelbeiträgen etwa zu Gramsci, Luxemburg, Bloch, Althusser und Trotzki auch Artikel zum Kritischen Rationalismus und „Analytischem Marxismus“. Enttäuschend ist hier der Beitrag von Tim Rojek zum Stichwort „Austromarxismus“, der äußerst knapp ausfällt, und mit der In-Bezugsetzung von Austromarxismus und Eduard Bernstein auch noch missverständlich ist. Im Artikel über Rosa Luxemburg von Nadine Mooren fehlt erstaunlicherweise ein Verweis auf ihre Kritik an beginnender bolschewistischer politischer Praxis. Durchaus interessant sind die Verweise auf die Bezüge zu

Marx in anderen Disziplinen, die allerdings unterschiedlich umfassend sind, und sich meist auf einige beispielhafte Erläuterungen beschränken. Abgeschlossen wird der Band mit zwei Texten zu „Realisierungsversuchen“ – vorgestellt werden Lenin und Mao. Gerade hier hätte sich ein umfassenderes Kapitel zum Austromarxismus angeboten – der schließlich einer der interessantesten Versuche einer Realisierung Marxscher Theorie im Rahmen eines demokratischen Verfassungsstaates war.

### (Weiter-)Denken im Anschluss an Marx

Louis Althusser gehört zu den für die Marxismus-Rezeption in den 1960er und 1970er Jahren einflussreichsten Denkern. Sein gemeinsam mit Étienne Balibar, Roger Establet, Pierre Macherey und Jacques Rancière verfasstes Hauptwerk „Das Kapital lesen“ ist nun in einer von Frieder Otto Wolf herausgegebenen weitgehend neuen Übersetzung erstmals vollständig in deutscher Sprache aufgelegt worden. Die Autoren eint der Anspruch, Marx als Philosophen zu lesen. Im Mittelpunkt der Darstellung steht daher vor allem die Analyse der Struktur der Marxschen Darstellung und der philosophischen Methode der Analyse. Eine tatsächlich empirische Darstellung des Marxschen Denkens erfolgt kaum. So stellt der Band vor allem ein spannendes Stück Marxscher Rezeptionsgeschichte dar, was die Neuauflage schon für sich zu einem verdienstvollen Unterfangen macht.

Nicos Poulantzas gehört zu den marxistischen Denkern der 1970er Jahre, auf die auch aktuell im deutschen Kontext immer wieder Bezug genommen wird. Im vorliegenden Sammelband widmet sich Roland Atzmüller einer Rekonstruktion von Poulantzas Staatstheorie und Alex Demirovic den Möglichkeiten zur Transformation zum Sozialismus. Bob Jessop konstatiert in seinem Beitrag zu Poulantzas Überlegungen zum Imperialismus auch Versäumnisse Poulantzas', so u.a. neue Formen ökonomischer und politischer Integration zu antizipieren. Armin Puller geht einer Reihe begrifflich-analytischer Fragen bei Poulantzas nach. Alexander Gallas skizziert die Verbindung von politischer Strategie und

Klassenkampf. Lukas Oberndorfer zeichnet das Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus bei Poulantzas nach – und die Notwendigkeit, den demokratischen Staat zu verteidigen. Der aktuell zu beobachtende „Autoritäre (Wettbewerbs-) Etatismus“ sei mit einer gleichzeitigen Stärkung und Schwächung des Staates verbunden. Stefan Pimmer bezieht Poulantzas auf den lateinamerikanischen Kontext. Ebenfalls im lateinamerikanischen Kontext bewegt sich Alke Jenss. Über gesellschaftliche Klassenverhältnisse hinaus solle eine Verdichtung von „Dominanzverhältnissen“ wie Race, Ethnizität oder Geschlecht (mit) analysiert werden. Insgesamt ist so ein spannender Band entstanden, der ohne Kenntnis der Fachsprache allerdings schwer zugänglich ist, und sich an manchen Stellen doch mehr mit der Rekonstruktion des Denkens Poulantzas‘ befasst als mit dem Schritt dahin, aktuelle Macht und Herrschaftsverhältnisse zu verstehen.

Eine Rückbesinnung auf den unmittelbaren Marx ist der schon im Titel deutlich gemachte Anspruch des Sammelbandes von Johannes Schillo. Marx Ziel sei nicht gewesen, sich einfach nur in eine Pluralität sozialwissenschaftlicher Ansätze und Herangehensweisen einzuordnen. Marx habe die kapitalistische Produktionsweise erklären wollen und zugleich sowohl diese Realität wie auch die auf Rechtfertigung bedachte ökonomische Wissenschaft kritisieren wollen. Johannes Schillo setzt sich in seinem Beitrag „Antimarxismus heute“ u.a. mit der (vorsichtig gesagt verkürzten) Darstellung von Marx beispielsweise in Texten aus dem Umfeld des Verfassungsschutzes auseinander. Treffend ist dabei seine Feststellung, auch in differenzierteren Beiträgen werde Marx ein Richtigkeitspostulat untergeschoben – was bei anderen von ihren Erkenntnissen überzeugten Wissenschaftlern sonst eigentlich als Selbstverständlichkeit hingenommen werde. Interessant sind auch einige Ausführungen zum verkürzten Marx-Verständnis bei Norbert Blüm und Kardinal Marx.

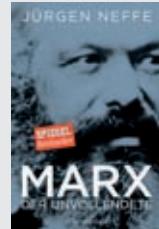
Der in den USA lehrende Geograph David Harvey möchte zugleich den aktuellen Ka-



**Christina Morina**  
Die Erfindung des  
Marxismus

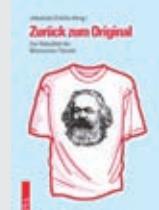
Wie eine Idee die  
Welt eroberte

Siedler Verlag, München 2017,  
585 Seiten, 25 €



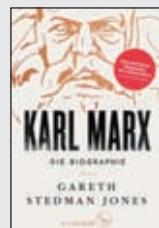
**Jürgen Neffe**  
Marx. Der Unvollendete

C. Bertelsmann Verlag,  
München 2017,  
656 Seiten, 28 €



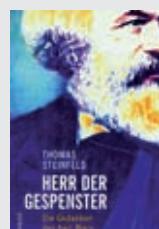
**Johannes Schillo (Hrsg.)**  
Zurück zum Original  
Zur Aktualität der  
Marxschen Theorie

VSA-Verlag, Hamburg 2015,  
236 Seiten, 16.80 €



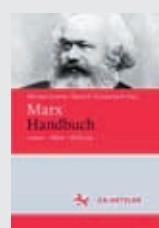
**Gareth Stedman Jones**  
Karl Marx  
Die Biographie

S. Fischer Verlag,  
Frankfurt am Main 2017,  
891 Seiten, 32 €



**Thomas Steinfeld**  
Herr der Gespenster  
Die Gedanken des  
Karl Marx

Carl Hanser Verlag,  
München 2017,  
287 Seiten, 24 €



**Michael Quante /  
David P. Schweikard (Hg.)**  
Marx-Handbuch  
Leben – Werk – Wirkung

J.B. Metzler Verlag,  
Stuttgart 2016,  
443 Seiten, 49.99 €

pitalismus und seine Krisen mit Marxschem Instrumentarium verstehen und einen Überblick über die Marxsche ökonomische Theorie selbst geben. Dies gelingt ihm in seinem auf Englisch bereits im Jahr 2010 erschienenen Band durchaus, auch wenn der faktische Hintergrund des Bandes noch stark von den ersten Jahren der Finanzkrise geprägt ist. Dennoch schafft es Harvey durchaus lesenswert, den Kapitalismus als System auch im Zusammenhang mit der Natur zu schildern. Das Buch endet mit einigen Überlegungen zu Sozialismus – der etwas vereinfacht mit sozialer Einhegung des Kapitalismus gleichgesetzt wird – und Kommunismus. Harvey scheint eher zum Kommunismus und in diesem Verständnis einer völligen Umwälzung zu tendieren – die dem Autor zufolge wohl kaum ohne Gewalt erfolgen wird.

Schwerpunkt des Heftes Nr. 314 der Zeitschrift „Das Argument“ mit dem Titel „Wege des Marxismus-Feminismus“ sind Beiträge rund um einen im Jahr 2013 von Frigga Haug und dem Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT) ausgerichteten internationalen Kongress. Ausgangspunkt ist die Reflexion über Frigga Haugs Ansatz, „Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse“ zu denken, den sie in ihrem einleitenden Beitrag auch noch einmal erläutert. Im Hintergrund der meisten Beiträge des Bandes steht nicht nur die Auseinandersetzung, wie sich „Marxismus“ und „Feminismus“ zueinander verhalten, sondern auch, welche Einordnung neuere, sich auf das Paradigma der „Intersektionalität“ rekurrierende Theorien ergeben. Interessant ist u.a. der Beitrag von Hester Eisenstein, die sich mit „feministischen“ Ansätzen im „Dienste des Neoliberalismus“ auseinandersetzt, am Beispiel u.a. der Veröffentlichungen von Sheryl Sandberg. Besonders intensiv gegen Intersektionalität argumentiert Martha E. Gimenez, die ihren Beitrag denn auch mit „Zurück zur Klasse und weg von der Trilogie“ betitelt.

Wie man eigentlich aus dem Kapitalismus hinaus kommt und wie eine postkapitalistische, sozialistische Ökonomie zu organisieren wäre, ist Thema des Bandes „Aufhebung des

Kapitalismus“, der auf einer Tagung der Marxistischen Abendschule Hamburg im Jahr 2013 basiert. Ein erster Block mit drei Artikeln beschäftigt sich mit dem Scheitern bisheriger sozialistischer Staaten. Den Mittelpunkt des Bandes bilden Beiträge zu den „Theoretischen Grundlagen“. Während einige AutorInnen eine Steuerung der Produktion über Marktelelemente für unausweichlich halten, plädieren andere für eine nur auf zentraler Planung basierenden Wirtschaft. Stephan Krüger erklärt, ein harmonisches Nebeneinander von Markt- und Planungssteuerung sei nicht möglich, in entwickelteren Volkswirtschaften sei nur eine Steuerung über Marktwirtschaft möglich. Demgegenüber hält Heinrich Hartbach fest, eine sozial regulierte Marktwirtschaft sei nicht denkbar, da marktwirtschaftliche Strukturen nicht auf eine reine Vermittlung gesellschaftlicher Prozesse reduziert werden könnten. Andreas Fisahn streicht die Bedeutung des Rechts auch für sozialistische (Übergangs-)Ordnungen heraus. ■

# Sondierungspapiere und Koalitionsverträge oder: Was ist ökonomisch von einer neuen großen Koalition zu erwarten?

von Arne Heise<sup>1</sup>

Nach dem Scheitern der Sondierungsgerichte der so genannten Jamaika-Koalition bleibt, wenn nicht Neuwahlen angestrebt, Ministerienregierungen probiert oder undenkbare Koalitionen erwogen werden sollen, nur mehr eine Neuauflage der großen Koalition. Das sich die SPD damit schwer tut, ergibt sich aus der Natur der Sache. Hier soll aber kein Für und Wider einer großen Koalition diskutiert, sondern die Orientierungen der Wirtschaftspolitik beleuchtet werden, die sich aus dem Koalitionsvertrag vom 07.02.2018 ergeben. Ein punktueller Vergleich mit dem Sondierungspapier der Jamaika-Koalition kann darüber hinaus deutlich machen, worin die – scheinbar durch die SPD bewirkten – Unterschiede in den beiden Koalitionen liegen könnten.

## Herausforderungen und Rahmenbedingungen

Es fällt auf, dass in beiden Papieren davon gesprochen wird, vielfältige Herausforderungen meistern zu wollen, ohne diese Herausforderungen auch nur ansatzweise zu benennen. Damit fehlt eine zentrale Orientierungslinie. Immerhin legt der Koalitionsvertrag der großen Koalition offen, welche Rahmenbedingungen sie für ihre Regierungsarbeit unterstellt: eine boomende Wirtschaft auf der Grundlage historischer Beschäftigungshöchststände. Damit wird unkritisch die Konnotation des Status Quo übernommen, auf die man sich offenbar schon in der alten Bundesregierung geeinigt hatte. Als PR-Strategie mag dies verständlich und akzeptabel sein, als Grundlegung künftiger Regierungsarbeit ist zumindest aus sozialdemokratischer Sicht notwendig, die Lebenserfahrungen großer Teile der eigenen Wählerschaft kritischer zu reflektieren:



Wachstumsraten in der Größenordnung von (real) zwei Prozent sind keineswegs als ‚Boom‘ zu bezeichnen und gehen bei zunehmender Einkommensungleichheit auch noch an großen Bevölkerungssteilen vorbei. Die Beschäftigungshöchststände werden durch vielfältige Prekaritäten auf dem Arbeitsmarkt erkauft, die wenig Anlass zu euphorischer Zukunftsbeachtung geben. Anders als noch im Koalitionsvertrag der alten großen Koalition finden sich im nun vorgelegten Koalitionsvertrag kaum kritische Einschätzungen zum gegenwärtigen Ist-Zustand.

## Zielsetzungen

Schaut man auf die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, fallen kaum Unterschiede auf. Im Jamaika-Sondierungspapier werden folgende wirtschaftspolitischen Ziele benannt: a) Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken, b) einen funktionierenden Sozialstaat gewährleisten, c) die Solidität der öffentlichen Finanzen sichern, d) die Chancen der Digitalisierung ergreifen und e) Europa stärken. Im Koalitionsvertrag heißen die wirtschaftspolitisch relevanten Zielsetzungen: a) europapolitischer Aufbruch, b) gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern, c) erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen d) Stabile Finanzen, e) Investitionen in die Infrastruktur, f) Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung. Dies klingt sicher nicht nach einer erkennbaren Neuorientierung – lässt aber in Nuancen andere Schwerpunktsetzungen erkennen.

Vielleicht zeigen sich auf der konkreteren Ebene der Programme und Instrumente deutlicher die politischen Alternativen, die dieses Land durch die (Mit-)Regierung einer SPD hat: Das europapolitische Bekenntnis beider potentiellen Koalitionsregierungen zeigt in

<sup>1</sup> Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

der Wortwahl weniger aber in der Substanz größere Unterschiede auf. Die Jamaika-Koalition verweist mehr auf die Stärkung der Leistungsfähigkeit, die große Koalition auf den solidarischen Zusammenhalt. Die wesentlichen Governance-Elemente, die sich in der Vergangenheit als fehlerhaft, weil prozyklisch wirkend erwiesen haben, der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt und der regionale Ungleichgewichtsmechanismus, werden nicht kritisch hinterfragt und keine Alternativen (z.B. eine Stärkung des Europäischen Makrodialogs oder eine Europäische Arbeitslosenversicherung) ins Spiel gebracht. Immerhin deuten die Überlegungen zum Ausbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Richtung eines Europäischen Währungsfonds. Die Anmerkungen zu ‚spezifischen Haushaltsmitteln für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Konvergenz‘ und die Schaffung eines ‚künftigen Investitionshaushalts für die Eurozone‘, die sich im Koalitionsvertrag dort finden, wo die Jamaika-Koalition keinen Konsens finden konnte, weisen auf eine progressive Weiterentwicklung von EU und Eurozone hin.

In den Überlegungen zu den Bereichen ‚Wirtschaft und Finanzen‘ finden sich große Ähnlichkeiten, wenn es um die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und der Tarifautonomie, den Bürokratieabbau und die Förderung der spezifischen Stärken der deutschen Wirtschaft im Bereich der Exportorientierung insbesondere auch mittelständischer Unternehmen geht. Die Sozialdemokratische Handschrift zur Einführung eines Rechts auf befristete Teilzeit ist leider im Vergleich zu den Formulierungen im früheren Sondierungspapier unkenntlicher geworden. Dafür gibt es Bekenntnisse zur Regelung zahlreicher arbeits (markt)politischer Prekaritäten – also z.B. den Befristungen von Arbeitsverhältnissen oder der ausufernden Zeit- und Leiharbeit –, die im früheren Sondierungspapier nicht enthalten waren und eine Jamaika-Koalition nicht angepackt hätte.

Die finanzpolitischen Überlegungen des Jamaika-Sondierungspapiers und des Koalitionsvertrags weisen keine offensichtlichen

Unterschiede auf, die erkennen lassen würden, dass es hier um tatsächliche Regierungsalternativen geht: Beide bekennen sich ohne wenn und aber zum ausgeglichenen Haushalt, als hätte es die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Weltfinanzkrise und die danach entbrannte Diskussion um die Sinnhaftigkeit der ‚Null-Defizit‘-Regel nie gegeben. Beide versprechen, die im Rahmen dieser fragwürdigen Regel dennoch existierenden Spielräume für eine Steigerung der öffentlichen Investitionen und eine steuerliche Entlastung der privaten Haushalte zu nutzen. Das Sondierungspapier der großen Koalition ist detaillierter in der Darlegung zusätzlicher Ausgaben in Höhe von ca. 45 Mrd. Euro während der nächsten Legislaturperiode. Allein diese Größenordnung aber, deren größerer Teil konsumtiv und nicht investiv verwendet werden würde, verweist darauf, dass der öffentliche Investitionsstau – insbesondere in den Kommunen – von mindestens 150 – 200 Mrd. Euro damit nicht ernsthaft gelöst werden kann.

## Fazit

Koalitionsverträge sind keine Parteiprogramme. Die SPD-Verhandlungskommission in den Koalitionsgesprächen hat zweifellos in wesentlichen Detailfragen eine Re-Orientierung gegenüber einer möglichen Jamaika-Koalition durchgesetzt. Ein breiterer wirtschafts- und finanzpolitischer Schwenk, wenn er denn von der SPD gewollt wäre, ist mit den Unionsparteien nicht zu machen. Ob die Wähler die von der SPD durchgesetzten Verbesserungen honorieren werden, muss sich erst zeigen. ■

# Die aktuelle Zahl 180.000

von Michael Reschke<sup>1</sup>

## 180.000

Mandate werden bei den anstehenden Betriebsratswahlen vom 01.03. bis 31.05. vergeben werden. Beeindruckend: Das entspricht etwa der Anzahl der Mandate in Kommunalparlamenten. Und dass die Wahlbeteiligung bei Betriebsratswahlen regelmäßig über der Wahlbeteiligung von Bundestagswahlen liegt, unterstreicht die Bedeutung und soziale Verankerung dieser Säule der Wirtschaftsdemokratie.

Und auch wenn Gewerkschaften und Betriebsräte unabhängig voneinander sind, sind Betriebsräte doch ein wesentliches Fundament der deutschen Gewerkschaftsbewegung: rund 75 Prozent der Betriebsratsmitglieder sind in den DGB-Gewerkschaften organisiert. Andere Gewerkschaften außerhalb des DGB spielen mit wenigen Ausnahmen keine nennenswerte Rolle, die Hans-Böckler-Stiftung schätzt ihren Anteil an sämtlichen Betriebsräten auf 1,5 Prozent. Zu nennen sind hier der Bahn, Klinikärzte und Luftverkehrsbereich.

Aber: Betriebsräte gibt es lediglich in einer Minderheit der Betriebe. Der DGB geht von rund 28.000 Betrieben aus, in denen gewählt werden wird. Das IAB-Betriebspanel weist für rund 7 - 8 Prozent der Betriebe, einen Betriebsrat aus, hierbei ist zu bedenken, dass das Betriebsverfassungsgesetz erst bei Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten gilt.

Auch der Blick auf die Beschäftigtenanteile zeigt, dass lediglich eine Minderheit der Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsrat arbeiten. Da die Existenz eines Betriebsrats vor allem mit der Betriebsgröße korreliert, sind die Anteile jedoch trotzdem gewichtig. So arbeiteten laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung im Jahr 2014 im Westen 43 Prozent der Beschäftigten in Betrieben (ab fünf Beschäftigten) mit

Betriebsrat, im Osten waren es allerdings nur 33 Prozent.

Diese hohe Differenz zwischen Ost und West hat verschiedene Gründe. Mit der Deutschen Einheit fand das Betriebsverfassungsgesetz auch im Osten Geltung. Allerdings fehlte in den neuen Bundesländern eine Kultur der demokratischen Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Hinzu kam, dass die Gewerkschaften einen schweren Stand hatten. Entscheidend, war aber sicherlich die traumatische Erfahrung der (sprunghaften) Massenarbeitslosigkeit und der schmerzhaften Entwertung der eigenen Qualifikation und Berufsbiografie in den 1990er Jahren. Eine Erfahrung, die in den Betrieben zu (patriarchalischen) Schicksalsgemeinschaften zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern führten, die am Motiv des Arbeitsplatzerhalts auch unter entbehrungsreichen Bedingungen orientiert war. Unterschiedliche Interessen zwischen Kapital und Arbeit wurden so negiert. Spannend wird sein, inwiefern sich dies nun angesichts von Fachkräftemangel und der daraus resultierenden besseren Verhandlungsposition der Beschäftigten verändert wird. Hinzu kommt, dass vielerorts Generationenwechsel hin zu jüngeren und mutmaßlich konfliktfreudigeren Betriebsräten anstehen.

Ein zweiter möglicher Trend der diesjährigen Betriebsratswahlen stimmt weniger hoffnungsfroh: die politische Rechte unter Beteiligung der AfD hat sehr wohl die Bedeutung der betrieblichen Mitbestimmung erkannt und sie möchte sich in den Betrieben etablieren. Bisher feiern Rechte nennenswert lediglich in der Automobilindustrie Erfolge. Die Gruppierung „Zentrum Automobil“ zählt aktuell vier Sitze bei Daimler in Untertürkheim. Insgesamt sind diese Anteile aber verschwindend gering. Man wird abwarten müssen, inwiefern die diesjährigen Wahlen genutzt werden. Wachsamkeit ist gefragt. ■

<sup>1</sup> Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

# Gewerkschaften unter Druck – die Situation nach dem Putschversuch in der Türkei

von Feride Ciftci<sup>1</sup>

Die Gewerkschaftslandschaft in der Türkei ist durch eine schiere Anzahl an kleinen und mittelgroßen Gewerkschaften geprägt. So sind in einer Branche gleich mehrere Einzelgewerkschaften aktiv. Allein in der Textil-Branche existieren derzeit acht kleine Gewerkschaften, die nicht unmittelbarer Ausdruck der allgemeinen Produktionsstärke dieser Schlüsselbranche sind, sondern vielmehr die Spaltung der türkischen Gewerkschaften in politische Strömungen kennzeichnen. Genauer: Anhand der Zugehörigkeit der Einzelgewerkschaften zum jeweiligen Gewerkschaftsbund kann im Wesentlichen auch die politische Ausrichtung bestimmt werden. Es existieren mehrere Gewerkschaftsbünde, in der viele Einzelgewerkschaften organisiert sind und teilweise sogar miteinander konkurrieren. So ist es auch üblich, dass die Politik der Einzelgewerkschaften durch die Ausrichtung der Gewerkschaftsbünde bestimmt wird. Derzeit sind drei große Arbeitnehmer\_innen-Gewerkschaftsbünde existent, die zudem noch Mitglied im europäischen Gewerkschaftsbund *European Trade Union Confederation* (ETUC) sind. Darüber hinaus gibt es unzählige Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde für den öffentlichen Dienst<sup>2</sup>, die derzeit durch den Putschversuch im besonderen Fokus stehen. Nur wenige Gewerkschaften organisieren sich unabhängig von größeren Gewerkschaftsbünden. Die vier Gewerkschaftsbünde sind: *Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu* (*TÜRK-İŞ*), *Türkiye Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu* (*DİSK*) und *Hak İşçi Sendikaları Konfederasyonu* (*HAK-İŞ*). Dieser Artikel wird sich im ersten Teil mit den drei Arbeitnehmer\_innen-Gewerkschaftsbünden und ihren Einzelgewerkschaften und

im zweiten Teil mit der Situation nach dem Putschversuch im Juli 2016 beschäftigen.

*TÜRK-İŞ*, Konföderation der Arbeiter-Gewerkschaften der Türkei, ist ein 1952 gegründeter und derzeit mitgliederstärkste Gewerkschaftsbund. *HAK-İŞ*, Konföderation der „wahren“ Arbeiter-Gewerkschaften der Türkei, gegründet 1976, ist der zweitgrößte Gewerkschaftsbund, der islamisch-konservativ geprägt ist. Beide Gewerkschaftsbünde sind regierungskritisch und gelten als AKP-nah (*Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung*). Alle arbeitsrechtlichen Änderungen der Erdoğan-Ära, die die AKP mit dem Bündnis der Arbeitgeber\_innen-Gewerkschaften der Türkei auf den Weg gebracht hat, sind ohne Widerstand seitens *TÜRK-İŞ* und *HAK-İŞ* durchgesetzt worden.

Die Konföderation der revolutionären Arbeitnehmer-Gewerkschaften der Türkei, kurz *DİSK*, vereint seit ihrer Gründung 1967 die linken Einzelgewerkschaften. Sie ist regierungskritisch und unterlag in der Vergangenheit zahlreichen staatlichen Repressalien. Nach dem Militärputsch 1980 wurde die *DİSK* mit samt ihrer Mitgliedsgewerkschaften verboten, bis eine Wiedergründung 1992 nach zähen politischen Auseinandersetzungen ermöglicht wurde. Sowohl linke als auch kemalistische<sup>3</sup> Gewerkschaften finden hier ihre politische Heimat wieder. Jedoch erfolgt dies nicht ohne Spannungen: Der eher reaktionäre Kemalismus verursachte oft Konflikte in der als progressiv zu bewertenden Mitgliedschaft der *DİSK*. In der *DİSK* sind sowohl Anhänger der kemalistischen CHP (*Republikanische Volkspartei*) und der prokurdischen HDP (*Demokratische Partei der Völker*) als auch aus kleineren linken Parteien, wie der ÖDP (*Partei der Freiheit und So-*

1 Feride Ciftci hat im Master Politische Kommunikation in Bielefeld studiert und ist gewerkschaftlich in ver.di aktiv. Sie ist als Beisitzerin im Unterbezirksvorstand der SPD Bielefeld tätig.

2 Wichtigster Gewerkschaftsbund im öffentlichen Dienst ist der Memur-Sen. Memur-Sen ist der zweitgrößte Gewerkschaftsbund und kommt direkt nach *Türkiş-İş*.

3 Der Kemalismus ist eine Ideologie, anlehnd an den Gründer der Türkischen Republik Mustafa Kemal Atatürk. Die Grundpfeiler des Kemalismus sind der Laizismus, Nationalismus, Republikanismus, Ettatismus, Populismus und Revolutionismus.

*lidarität) aktiv.* Diese drei Gewerkschaftsbünde sind Mitglied der ETUC.

### Druck auf die Mitgliedschaft

Jede türkische Arbeitnehmerin und jeder türkische Arbeitnehmer kann frei entscheiden, ob und in welcher Gewerkschaft sie oder er Mitglied sein möchte. In der Praxis jedoch sind mit einer Mitgliedschaft viele Probleme verbunden, insbesondere, wenn man sich für die politisch „falsche“ Gewerkschaft entscheidet.

In der Türkei muss eine Gewerkschaft verschiedene Hürden überwinden, um sich für ein\_e Arbeitnehmer\_in einzusetzen oder einen Tarifvertrag aushandeln zu dürfen. Damit eine Gewerkschaft Tarifverträge aushandeln und unterschreiben konnte, musste sie zunächst vorweisen, dass sie mindestens zehn Prozent der Arbeitnehmer\_innen in der jeweiligen Branche als Mitglieder organisiert hat. 2009 gab das Ministerium für Arbeit und Soziales bekannt, dass sich in 33 von 33 Mitgliedsgewerkschaften der Türk-İş, 7 von 17 der DİSK und 6 von 13 der Hak-İş mindestens zehn Prozent der Arbeitnehmer\_innen in der jeweiligen Branche als Mitglieder organisieren. Unabhängige bzw. kleine Gewerkschaften hatten also kaum Chancen sich für ihre Mitglieder einzusetzen. Auch ist es auffällig, dass der Organisationsgrad der Einzelgewerkschaften der regierungsnahen Gewerkschaftsbünde Türk-İş, und Hak-İş im Verhältnis deutlich höher ausfällt als die der DİSK. Mit der Begründung, dass diese Regelung gegen das Gleichbehandlungsprinzip und das verfassungsrechtlich verankerte Recht auf Koalitionsfreiheit verstößt, wurden Beschwerden beim Verfassungsgericht eingelegt. Erst 2015 verkündete das Verfassungsgericht seine Entscheidung. Diese war stark beeinflusst durch das große Minenunglück mit über 300 Toten in der Kleinstadt Soma, Provinz Manisa. Es gab einen Aufschrei und großen Druck auf die Regierung. Es tauchte die Frage auf, wer die Verantwortung trägt – die Arbeitgeber\_innen, die sich nicht an Sicherheitsvorkehrungen gehalten haben oder die Regierung, die keinen ausreichenden Arbeitsschutz normieren wollte und die Minen und die Minenbetreiber\_innen keinerlei Kontrolle unterwarfen. Während des Prozesses vor dem Verfassungsgericht sah sich die Regierung gezwungen,

die Zehn-Prozent-Hürde für die Einzelgewerkschaften der drei Gewerkschaftsbünde Türk-İş, Hak-İş und DİSK zunächst auf drei und dann auf ein Prozent und für alle anderen Gewerkschaften auf drei Prozent zu senken. Nach dem Minenunglück entschied das Verfassungsgericht, dass die Hürde für alle Gewerkschaften auf ein Prozent gesenkt werden solle.

Eine Gewerkschaft, die die ein-Prozent-Hürde überwunden hat, muss anschließend einen Organisationsgrad von 40 Prozent in einem Unternehmen vorweisen, um dort Tarifverhandlungen führen zu können. Zudem muss dieser Tarifvertrag für mehr als 50 Prozent der Arbeitnehmenden Geltung finden. D. h., wenn eine Gewerkschaft in einer Branche grundsätzlich die Berechtigung dazu hätte, Tarifverträge abzuschließen zu können, bedeutet dies nicht, dass sie auch in jedem Unternehmen Tarifverträge aushandeln darf.

Es ist klar ersichtlich, dass die AKP-Regierung ein starkes Interesse daran hat, dass die ihr nahestehenden Gewerkschaften an Mitgliedern gewinnen. Dadurch sichern sie sich eine Machtstellung, durch die sie ohne Widerstand seitens der Arbeitnehmer\_innen Gesetze erlassen können, die im Sinne der Arbeitgeber\_innen sind. Die kritischen Gewerkschafter\_innen können sich dadurch nicht effektiv organisieren. So setzt die AKP-Regierung verschiedenste Mittel ein, damit die ihr nahestehenden Gewerkschaften Mitglieder akquirieren können. Zunächst vereinfachte die AKP den Aufnahmeprozess, um Gewerkschaftsmitglied zu werden. Denn vor der Reformierung des Gesetzes zur gewerkschaftlichen Organisierung im Jahre 2012, konnte man erst durch notarielle Beurkundung Gewerkschaftsmitglied werden. D. h., dass ein\_e mindestens 16-Jährige\_r fünffach ausgefüllte Mitgliedschaftsformulare von einem Notar beurkunden lassen musste. Erst nach diesem zeitintensiven und teuren Prozess konnte man Mitglied in einer Gewerkschaft werden. Dieses System ist nun in ein staatlich kontrolliertes Online-Verfahren umgewandelt worden, das als *e-devlet*-System bekannt ist. In diesem Verfahren wird mit der Ausweisnummer online auf einer Plattform ein Mitgliedsantrag gestellt. Durch dieses System wird die Gewerkschaftsmitgliedschaft der staatlichen Aufsicht unterstellt.

Darüber hinaus gibt es auch informelle Methoden, die gezielt regierungsnahen Gewerkschaften privilegieren. Beispielsweise üben Arbeitgeber\_innen sehr erfolgreichen Druck auf ihre Angestellten bei der Auswahl der Gewerkschaft aus. Sie bewegen sie zur Mitgliedschaft in einer der branchenspezifischen Einzelgewerkschaften, die i.d.R. Mitglied von Türk-İş oder Hak-İş sind. Arbeitgeber\_innen profitieren von dieser Strategie doppelt: Die AKP-Regierung betreibt eine neoliberalen Wirtschaftspolitik und ermöglicht einen breiten Raum der Partizipation für Arbeitgeber\_innenverbände bei neuen Gesetzesvorhaben, die das Arbeitsrecht betreffen. Die regierungsnahen Einzelgewerkschaften von Türk-İş und Hak-İş akzeptieren oftmals die neuen Regelungen, die die Regierung mit den Arbeitgeber\_innen aushandelt.

Des Weiteren berichten kritische Medien der Türkei von diversen Hilfestellungen der regierungsnahen Gewerkschaften für die Arbeitgeber\_innen. Beispielsweise sollen diese Gewerkschaften auf Bitten der Arbeitgeber\_innen mit dem Einsatz von Gewalt züchtigend auf die Belegschaft eingegriffen haben, nachdem diese die nachteiligen Veränderungen in den Unternehmen für die Arbeitnehmer\_innen nicht akzeptieren wollten. Ein Unternehmen, das von Unterstützungen durch Gewerkschaften profitiert haben soll, war der türkische Ableger von DHL.<sup>4</sup> Auch Arbeitgeber\_innen, die Subventionen von Ministerien erhalten haben, setzen sich für regierungsnahen Einzelgewerkschaften in ihren Unternehmen ein. Die Arbeitnehmer\_innen werden notfalls zur Kündigung gezwungen, wenn sie sich gegen eine solche Mitgliedschaft wehren oder gar sich für die „falsche“ Gewerkschaft – meistens eine linke Einzelgewerkschaft der DİSK – entscheiden. Bei einer Kündigung gilt in der Türkei folgender nachteilige Grundsatz: Wenn der\_die Arbeitnehmer\_in sich gerichtlich gegen eine Kündigung zur Wehr setzt, liegt er\_sie in der Beweispflicht, den Nachweis zu erbringen, aufgrund der Gewerkschaftsmitgliedschaft gekündigt worden zu sein. Schafft er\_sie es zu beweisen, dass ihm\_ihr aufgrund der Ge-

werkschaftsmitgliedschaft gekündigt worden ist, besteht für den die Arbeitgeber\_in trotzdem nicht die Pflicht, einer Weiterbeschäftigung. Angestellten kann zwar nicht aufgrund der Gewerkschaftsmitgliedschaft gekündigt werden bzw. die erfolgte Kündigung muss zurückgenommen werden. Allerdings kann sie\_er durch einen festen Geldbetrag, der vom Gericht festgelegt wird und mindestens zwölf Monatslöhne umfassen muss, von der Arbeit freigestellt werden. Diesen Weg gehen viele Arbeitgeber\_innen. Das international agierende Unternehmen *YÖRSAN* hatte 400 Angestellten gekündigt, weil sie sich gewerkschaftlich organisiert haben. Sie sind vor Gericht gezogen und haben den Prozess gegen YÖRSAN gewonnen. Das Unternehmen reagierte und stellte die Angestellten nach einer Mindestauszahlung in Höhe von 18 Monatslöhnen von der Arbeit frei. Das *Sinter Metal* Unternehmen hat 350 Angestellten gekündigt, weil sie Mitglied in der Gewerkschaft *Metal-İş* – eine DİSK-Gewerkschaft – gewesen sind. Auch sie haben den Prozess gewonnen, sind aber ebenfalls nach Abfindungen von der Arbeit freigestellt worden.

### Das Leiharbeiter\_innenproblem

Der Sektor der Leiharbeit stellt in der Türkei ein großes Problem dar. Lange Zeit existierte ein gewerkschaftliches Organisierungsverbot. Illegale Handlungen der Arbeitgeber\_innen gegenüber Leiharbeiter\_innen wurden staatlich nicht verfolgt. Die AKP-Regierung ermöglichte durch Änderungen des Arbeitsrechts, dass Leiharbeiter\_innen nach Einigung mit dem jeweiligen Unternehmen in reguläre Beschäftigungen wechseln konnten, allerdings ohne Verbesserung der Arbeitsbedingung, wie einen höheren Stundenlohn oder besseren Kündigungsschutz. Die prekären Arbeitsbedingungen blieben also bestehen. So waren diese Beschäftigten weiterhin von Tarifverträgen ausgeschlossen. Ein solcher Umstand führte zu vermehrten Eintritten vieler Leiharbeiter\_innen in die regierungsnahen Gewerkschaften von Türk-İş und Hak-İş, verbunden mit der Hoffnung, mehr Rechte und eine höhere Entlohnung zu erhalten. Prekäre Beschäftigung fungierte hier als willkommene Neumitgliederkampagne AKP-naher Gewerkschaften. Aufgrund mehrerer Klagen von Leiharbeiter\_innen musste sich der *Hohe Rat der Richter* schließlich

<sup>4</sup> Dariüber berichtet der Journalist Alpaslan Savas 2013 in seinem Artikel Türk-İşden kaçarken Hak-İş'e yakalanmak <http://haber.sol.org.tr/yazarlar/alpaslan-savas/turk-isden-kacarken-hak-ise-yakalanmak-68395>.

mit der Leiharbeiter\_innen-Problematik beschäftigen. Er ordnete einen Einheitstarifvertrag für alle Leiharbeiter\_innen an. Dieser Tarifvertrag sah eine einmalige Lohnerhöhung von einem Prozent vor. Allein die Gewerkschaftsmitgliedschaft in AKP-nahen Einzelgewerkschaften kostet sie jedoch drei Prozent ihres Lohns. Eine Verbesserung der Verhältnisse in den Betrieben ist trotz Mitgliedschaft in AKP-nahen Gewerkschaften nicht eingetreten.

Erschwerend kommen arbeitsrechtliche Dekrete durch den Staatspräsidenten Erdogan nach dem Putschversuch im Juli 2016 hinzu. So wurden neue Regelungen bezüglich Leiharbeit und Streikrecht im Dezember 2017 erlassen. Diese Dekrete sahen vor, dass durch mündliche und/oder schriftliche Tests und Gespräche der die Arbeitgeber\_in entscheiden kann, ob ein Beschäftigter bzw. eine Beschäftigte eingestellt wird und eine Bezahlung nach regulärem Tarif erfolgt. Diese Tests können Fragen zum politischen und gewerkschaftlichen Hintergrund beinhalten. Türk-İş und Hak-İş haben das Dekret widerstandslos angenommen. DİSK lehnte ein solches Dekret ab und begründete dies damit, dass arbeitsrechtliche Regelungen nicht Gegenstand notstandsrechtlicher Handlungen sind. Gegen Gesetzesdekrete gibt es faktisch, weil das Verfassungsgericht in der Türkei sein Recht auf Kontrolle nicht wahrnimmt, keinen Rechtsweg.

### Die Einschränkung des Streikrechts

Das Streikrecht wurde bereits 2012 im Rahmen der Gesetzesnovellierungen stark eingeschränkt.<sup>5</sup> Das Streikrecht der Arbeitnehmer\_innen bildet die Grundsäule der Gewerkschaftsarbeit. Es ist das wichtigste Instrument der Gewerkschaften, um Druck auf Arbeitgeber\_innen auszuüben und arbeitnehmer\_innenfreundliche Tarifverträge auszuhandeln. Den einzigen Fall, den die Gesetzesnovellierung zur Ausrufung eines Streiks vorsieht, ist dann gegeben, wenn der aktuelle Tarifvertrag ausläuft, ein neuer ausgehandelt werden soll und beide Seiten sich nicht einigen können. Abgese-

hen davon darf nicht gestreikt oder protestiert werden. Arbeitnehmer\_innen, die trotzdem streiken oder gegen den die Arbeitgeber\_in protestieren, müssen mit hohen Strafzahlungen oder gar einer sofortigen Kündigung ohne Abfindung rechnen. In der Metall-, Energie-, Chemie- und Bankenbranche sowie im Bereich des ÖPNV oder in Krankenhäusern existiert fortan kein Streikrecht. Auch können Streiks mit Verweis auf die nationale Sicherheit oder Gesundheit aufgeschoben oder komplett verhindert werden. Diese abstrakten und unbestimmten Begriffe führten in der Vergangenheit zu willkürlichen Entscheidungen. Beispielsweise wurde mit der Begründung, dass die nationale Sicherheit gefährdet sei, der Streik der Angestellten in der Gummi- und Glasproduktion verhindert.

### Situation nach dem Putschversuch im Juli 2016

Der gescheiterte Putschversuch im Juli 2016 hatte insbesondere im öffentlichen Dienst Massenentlassungen zur Folge. Auch Gewerkschaftsmitglieder der DİSK konnten leicht als Terrorist\_innen diskreditiert und entlassen werden. Insbesondere in den Kommunen, wo Zwangsverwalter\_innen eingesetzt worden sind, sind knapp 3.000 DİSK-Mitglieder entlassen worden. Die per Dekret entlassenen zehntausenden Arbeitnehmer\_innen haben keinerlei rechtliche Möglichkeit, sich zur Wehr zu setzen. Die Gerichte blocken und der Gang zum Verfassungsgericht ist aufgrund eigens verordneter Untätigkeit nicht möglich. Diese Arbeitnehmer\_innen kämpfen mit erhöhter gesellschaftlicher Ächtung. Sie finden nirgends eine Anstellung, weil ihre Namen öffentlich einsehbar sind und sie als Terrorist\_innen diskreditiert werden. Im öffentlichen Dienst sind von Verhaftungen und Entlassungen auch die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes für Angestellte im öffentlichen Dienst, KESK, betroffen. Die KESK, Konföderation der Gewerkschaften der Arbeiter des öffentlichen Dienstes, ist wie die DİSK ein linker Gewerkschaftsbund. Nach dem Putsch im Juli 2016 sollen bis Dezember 2017 33.128 Lehrer\_innen entlassen worden sein. Nach Angaben der KESK sind davon 4.099 eigene Mitglieder. Mehr als 50 Beamter\_innen, wie Polizist\_innen, Richter\_innen und Staatsanwält\_innen haben nach Informati-

<sup>5</sup> Es ist anzumerken, dass die meisten der heute noch angewendeten gesetzlichen Regelungen zu Gewerkschaften und dem Streikrecht aus den 1980ern stammen. Sie wurden nach dem Militärputsch 1980 per Dekret erlassen.

onen der KESK aufgrund der Aussichtslosigkeit Selbstmord begangen. Von ca. 113.000 gekündigten Beamten seien 21.409 Frauen. Außerdem seien knapp 1.500 Akademikerinnen gekündigt worden. Aufgrund der Veröffentlichung des Namens mit dem Beruf und dem Arbeitsort (Stadt) in den Dekreten bietet auch ein Umzug in eine andere Stadt keine neuen Perspektiven.

Dieser Entwicklung schauen die Gewerkschaften, insbesondere der DİSK und der KESK, nicht tatenlos zu. Seit dem Beginn der Massenentlassungen finden in diversen Städten regelmäßige Proteste und Kundgebungen statt. Immer wieder kommt es zu Ausschreitungen zwischen der Polizei und den Protestierenden und zu Festnahmen der Letzteren. Die Gewerkschaften der Metall-Branche, die in den drei großen Gewerkschaftsbünden organisiert sind, haben als Protest gegen die Streikverbote des letzten Dekrets und für Lohnerhöhungen 130.000 Metall-Arbeiter\_innen zum Streik aufgerufen. Dieser sollte am 2. Februar beginnen, allerdings hat der Minister-Rat aus Gründen der „nationalen Sicherheit“ eine Verschiebung des Streiks um 60 Tage beschlossen. Die DİSK-Gewerkschaft Metal-İş hielt weiterhin an ihrem Streikauf Ruf fest. Medienberichten zufolge, haben zehntausende Metallarbeiter\_innen an dem Streik teilgenommen. Die Folgen: In der Organisation der Arbeitgeber\_innen der Metall-Branche ist es zu Unsicherheiten gekommen. Die Arbeitnehmer\_innen haben es geschafft, eine Lohnerhöhung von 24 Prozent für sechs Monate auszuhandeln. Das erste Angebot der Arbeitgeber\_innen war 3,2 Prozent. Außerdem berichten Medien, dass tausende Arbeitnehmer\_innen aus der rechten TÜRK-İŞ-Gewerkschaft TÜRK-Metal ausgetreten sind. Ersichtlich wird daraus, dass Widerstände dieser Art und in der Größe von der Regierung nicht zu unterdrücken sind.

Die Regierung missbraucht die Notstandslage, um die ihr politisch unliebsamen Menschen zu entrechten und ihnen ihre Lebensgrundlage zu nehmen. Viele Menschen, die keine Verbindung zum Putschversuch vom 15. Juli 2016 haben, sind aufgrund ihrer politischen Einstellung entlassen worden. Als Gründe für die Entlassung sind Teilnahmen an bestimmten Demos, ein regierungskritischer Satz neben Kolleg\_innen

oder die Mitgliedschaft in einer linken, der Regierung nicht nahe stehenden Gewerkschaft, ausreichend gewesen. Die Bevölkerung der Türkei ist gespalten. Jede\_r hat Angst um die eigene Zukunft. Diese Angst resultiert nicht ausschließlich aus den Konsequenzen, die die Regierung aus dem gescheiterten Putschversuch gezogen hat. Die Türkei ist und bleibt ein Land der ökonomischen Unsicherheiten. Die Inflationsrate lag für das Jahr 2017 bei knapp zwölf Prozent. Kraftstoff und Fleisch gehören zu den teuersten Gütern. Nach dem Bericht des CHP-Abgeordneten Aykut Erdoğdu arbeitet ein\_e Angestellte\_r in der Türkei für ein Kilogramm Hackfleisch im Schnitt sieben Stunden.<sup>6</sup> Hinzu kommen die sozialen Unsicherheiten. Selbst in der Familie und Verwandtschaft findet eine Kontrolle bezüglich der politischen und gar religiösen Einstellung statt. Dabei können bestimmte Gruppen festgemacht werden. Die eine Gruppe möchte sich mit dem Kontakt zu regierungskritischen Menschen nicht in Gefahr bringen und hält sich möglichst bedeckt. Eine andere Gruppe ist von ihrem traditionell-religiösen Denkmuster und der Messias-Rolle Erdogans so überzeugt, dass sie an seiner Seite für einen „besseren“ und „islamisch-konservativen“ Staat kämpfen möchte. Schließlich gibt es eine große Gruppe der Opportunist\_innen, die an Erdogans Seite stehen und genauso handeln, wie die Gruppe der politisch Überzeugten. Sie haben allerdings nur das Ziel, ihren Wohlstand zu sichern und zu den Gewinner\_innen der Gesellschaft zu gehören. Dadurch findet eine ständige soziale Kontrolle statt. Die Gefahr, als „Vaterlandsverräter“ bezeichnet zu werden, ist im Bewusstsein der Menschen stets präsent. Die politische, wirtschaftliche und soziale Teilung der Türkei macht sie zu einer „tickenden Bombe“. Dies ist auch Erdogan und der AKP klar, weshalb sie noch mehr Druck auf die Bevölkerung ausüben, um eine stärkere Kontrolle zu gewährleisten. Dies wird wiederum eine stetige Erhöhung des Eskalationsgrads zur Folge haben. Die Zukunft der Arbeitnehmer\_innen und ihrer Familien bleibt ungewiss. ■

<sup>6</sup> Im Vergleich dazu nimmt Erdoğdu Deutschland als Beispiel und stellt dar, dass ein\_e Deutsche\_e für ein Kilogramm Hackfleisch im Schnitt etwa eine Stunde arbeiten muss.

# Was ist „links“ im 21. Jahrhundert? – Leitideen für den Erneuerungsprozess der Sozialdemokratie

von Dirk Meyer<sup>1</sup>

Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels verhandelt die SPD den Koalitionsvertrag. Ob es zur GroKo III kommt, ist ungewiss. Gewiss ist indes, dass die SPD seit den Sondierungen um ihr Überleben als Volkspartei kämpft. Mit Blick auf europäische Nachbarn ist allen Mitgliedern und (hoffentlich) der gesamten Führung klar, dass ein doppelter Vertrauensverlust aufzuarbeiten ist: Viele ehemalige Wähler trauen der SPD sozialdemokratische Politik nicht mehr zu. Und viele Mitglieder misstrauen ihrer Führung. Es gilt also, programmatisch und personell die SPD neu aufzustellen und glaubwürdig zu vertreten. Dazu bleiben bei einer GroKo hoffentlich nur ein bis zwei, im schlimmsten Fall wieder dreieinhalb Jahre in paralleler Regierungsverantwortung. Bis zu Neuwahlen verblieben ein paar Wochen und dann wenigstens vier Jahre in der Opposition. Viel komplizierter kann eine Ausgangslage nicht sein. Paradox: Und zugleich viel einfacher auch nicht, hat der Schulz-Hype doch gezeigt, wie viel Hoffnungen auf der Sozialdemokratie ruhen.

Aber wie geht programmatische Erneuerung? Sie gelingt nur über die Wiederentdeckung der eigenen Wurzeln, ihrer basalen Konstanten und deren Übersetzung ins 21. Jahrhundert.

## Parteien der Arbeit sind kein Selbstzweck sondern Selbsthilfe

Es gibt uns seit über 150 Jahren nicht um unser selbst willen, sondern weil Menschen aus schwierigen Lebensbedingungen herauswollen, ihren entrechteten Status loswerden wollen, den Ausschluss von politischer Macht, betrieblicher Mitbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe beenden wollen, Sorgen um das eigene Leben und das der Kinder haben usw. Aus diesen Notlagen entstanden und entstehen Gewerkschaften, Vereine und schließlich Parteien der

Arbeit. Ihr Ziel und einzige Berechtigung war und ist:

Zusammenschluss der Vielen, um das Leben der Einzelnen zu verbessern.

In der westeuropäischen Nachkriegsgeschichte hat die Sozialdemokratie im Bewusstsein dieser Gründungsgeschichte ihr Versprechen keynesianisch einzulösen versucht. Bis in die frühen 70er Jahre konnten so die Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten stetig verbessert werden, konnten sich sogar die erzwungenen errichteten Milieus mitsamt ihren kulturellen Äußerungen sukzessive auflösen und ihre Integration in die gesellschaftliche Mitte gelingen.

Ende der 70er Jahre sah sich die Linke jedoch einer aggressiver werdenden ideologischen Gegenbewegung ausgesetzt, die sie spätestens mit dem Ende des real existierenden Sozialismus und dem Durchbruch des globalen Kapitalismus als alleiniger Wirtschaftsform massiv in die Defensive drängte.

Während linke Parteien in Mittel- und Osteuropa auf lange Sicht desavouiert waren, adaptierten insbesondere sozialdemokratische Parteien und Assoziationen im Westen die neoliberalen Ideologie und glaubten, sie durch Inkorporation menschlicher machen zu können. Fortan ging es auch ideologisch nur noch darum, Schlimmeres zu verhindern, Standards zu verteidigen, nicht aber mehr darum, das Leben breiter Bevölkerungsschichten zu verbessern. Und schlimmer noch: Die Regierung Schröder/Fischer hat mit finanzpolitischer Deregulierung, Teilprivatisierung der staatlichen Rente, Entfesselung des größten europäischen Niedriglohnsektors etc. dem Neoliberalismus in Deutschland erst zum Durchbruch verholfen. Damit hat sie das Leben von Millionen Menschen objektiv verschlechtert, während es an der Spitze der Gesellschaft zur Akkumula-

<sup>1</sup> Dirk Meyer, SPD Unterbezirk Mönchengladbach, arbeitet beim Land NRW.

tion nie dagewesenen privaten Reichtums gekommen ist (siehe auch Hans-Ulrich Wehlers geradezu wütendes letztes Buch „Die Neue Umverteilung“, München 2013).

Die Einführung des Euros ohne eine abgestimmte Arbeits- und Sozialagenda und in der Kombination mit strenger Austerität haben die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte in der EU dramatisch verschärft und in der Folge der Finanzkrise in Südeuropa zur radikalen Verarmung großer Bevölkerungsteile geführt. Vielfach waren daran sozialdemokratische Parteien beteiligt. Von Irland bis Griechenland, von Polen bis Serbien sind geradezu neoliberalen Mustergesellschaften erzwungen worden, was Arbeitsrechte, Sozialstandards und Privatisierungen angeht.

Mit der (kapitulativen) Adaption der neoliberalen Ideologie und dem Bekenntnis zu vermeintlichen Alternativlosigkeiten auf der demokratischen Linken hat es kein organisiertes Nachdenken darüber gegeben, welche Regeln, Strukturen und Institutionen gebraucht werden, um den Transformationsprozess nach 1989 grundlegend anders zu gestalten.

Im Ergebnis hat die sozialdemokratische Linke ein Vakuum entstehen lassen, das nunmehr, Ironie der Geschichte, von der Rechten genutzt wird: Rechtspopulistische und autoritäre Bewegungen machen sich einen Staat nach dem anderen untertan. Sie ethnisieren die sozialen Probleme und versprechen den Menschen nationalistische Heilungen. Mit dem Schlachtruf, „Wir holen uns die Kontrolle zurück“ erklärt die Rechte, dass Alternativen zum Status quo machbar sind.

Konsequenterweise ist die sozialdemokratische Linke überall dort von historischem Verschwinden bedroht, wo sie unter Aufgabe ihres Gründungsversprechens der vermeintlichen Alternativlosigkeit auch noch das Wort geredet hat. Und sie erlebt, wie in Portugal und in Großbritannien, überall dort Zusprüche, wo sie wieder genau an dieses Gründungsversprechen anknüpft. Bei Corbyn lautet das: For the Many not the Few! Programmatisch und personell also genau dort, wo alternativer Inhalt

und Glaubwürdigkeit der Person kongruent sind – all das, was Viele im Schulzhype von Martin Schulz und der SPD erhofft hatten, bevor es still und widersprüchlich wurde...

Wir lernen daraus: Die sozialdemokratische Linke gibt es nur so lange, wie sie danach strebt, das Leben der Vielen zu verbessern. Lässt sie Zweifel an diesem Gründungsversprechen, verliert sie die Mehrheitsfähigkeit und geht auf Sicht unter. Die Fragen und Erwartungen der Vielen dagegen bleiben, aber sie suchen sich andere ideologische und organisatorische Formationen. Gegenwart und Geschichte zeigen, dass dies vielfach in Totalitarismen und Kriegen endet. Die Geschichte ist offen. Alles ist möglich. Wieder einmal.

### Wer sind die Vielen und was treibt sie an?

Seit sich die traditionellen Milieus auch und gerade in der Industriearbeiterschaft aufgelöst haben, heißt es immer wieder: Aus den Vielen der einstigen Arbeiterklasse seien viele Einzelne erwachsen, die sich ökonomisch, politisch und kulturell so diversifiziert hätten, dass man von „den Vielen“ gar nicht mehr sprechen könne.

Doch stimmt das so? Gibt es tatsächlich keine basalen Konstanten mehr? Gibt es, um Margaret Thatcher zu zitieren, Gesellschaft gar nicht, sondern nur noch Individuen? Und wem nützt es, wenn basale Konstanten bestritten werden? Wer gewinnt, wenn Menschen glauben, es gäbe nur noch wenig Gemeinsames zwischen ihnen?

Vielleicht gelingt die Antwort durch andre Fragen, Fragen, die den programmativen Erneuerungsprozess der Sozialdemokratie nach dem Scheitern ihrer neoliberalen Phase leiten können:

Was erwarten Menschen vom Leben – ihrem eigenen, und dem ihrer Kinder? Was ist Menschen im Leben wichtig? Was schafft Menschen die Grundlage, um selbstbestimmt und zufrieden zu leben? Und: Was ist dabei Ziel und was ist Mittel? Und auf wen setzen sie dabei?

Fragte man die meisten Menschen: „Was braucht Ihr, um ein zufriedenes Leben zu führen?“, so dürfte die Antwort lauten:

- Eine die Familie und den Einzelnen ernährende und sinnstiftende Arbeit
- Schutz vor den Risiken Armut, Alter, Arbeitslosigkeit und im Falle von Krankheit sowie Schutz vor Gewalt
- Eine bezahlbare Wohnung für die Familie in gesunder Umwelt
- Perspektiven auf ein zufriedenes Leben für die Kinder
- Freie Zeit für Familie und Freunde sowie Kultur und Unterhaltung

Aus dieser Antwort ergeben sich folgerichtig die basalen Konstanten „Arbeit – Wohnen – Familie/Freunde/Umwelt – Lebensrisiken“ um die herum sich alles Weitere rankt:

Ohne Arbeit – keine Wohnung, keine Familie, Schutzlosigkeit, keine Teilhabe. Ohne Wohnen – keine Arbeit, keine Familie, Schutzlosigkeit, keine Teilhabe. Usw.

Je nach erreichtem Standard in einer Gesellschaft verändern sich dann die qualitativen und quantitativen Standards, bohrt man tiefer in den Konstantenfeldern – oder um es holzschnittartig zu fassen: Ein Beamter sorgt sich nicht um seinen Arbeitsplatz, kann aber in Städten wie Köln, Frankfurt oder München keine Wohnung für seine Familie mehr finden. Ein Lagerarbeiter bei Zalando oder Amazon dagegen sorgt sich um den Arbeitsplatz und denkt über eine Stadtwohnung nicht einmal mehr nach, weil sie unerreichbar ist.

Wie nun sehen die Konstanten konkret aus? Und was folgt daraus für die Programmatik der Sozialdemokratie? An den Feldern Arbeit und Wohnen soll dies exemplarisch gezeigt werden.

### Konstante „Arbeit“

Sozial sei, was Arbeit schaffe. Dieses fatale Credo hatte sich die SPD in den Agendajahren

auf die Fahne geschrieben. Es war das Einfallstor für sogenannte Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt, die im europaweit größten Niedriglohnsektor mündeten. Mühselige und vielfach unzureichende Korrekturen (Mindestlohn, Kampagne für Gute Arbeit, Leiharbeiterfristen etc.) haben seither (besonders in der GroKo II) stattgefunden – die allen zeigen mögen:

Wer erst einmal die Büchse der Pandora öffnet, bekommt sie kaum mehr zu! Die eigenen Fehler zu korrigieren ist ungleich schwerer als diese zu begehen.

Mit der Digitalisierung sind wir nun inmitten einer neuen, revolutionären Phase der Arbeitsbeziehungen. Arbeit und Arbeitsbedingungen werden aktuell neu definiert. Im Dienstleistungsbereich sind die Entwicklungen schon stürmisch, haben reihenweise Geschäftsmodelle über den Haufen geworfen. In der Industrie zeichnen sich die Pfade gerade erst ab und werden etwa in der Mobilität keiner Stein auf dem anderen lassen.

In den kommenden Jahren entscheidet sich nun, wer die Gestaltungsmacht über Wirtschaft und Arbeit 4.0 bekommt. Wer hier prägen will, muss wissen, was er will. Da die Machtstrukturen sind, wie sie sind, gilt dies zu allererst für die sozialdemokratische Linke: Wir müssen wissen, was ist und was wir wollen!

Richtwert, siehe oben, muss sein, was die Vielen – hier die abhängig Beschäftigten, also rund 40 Millionen Menschen und ihre Familien in Deutschland – sich unter guter Arbeit vorstellen:

1. *Arbeit ist Lebensunterhalt.* Sie muss existenzsichernd sein. Das ist sie nur, wenn faire Löhne gezahlt werden. Faire Löhne erzielen starke Gewerkschaften. Gewerkschaften müssen handlungs- und damit wirkmächtig sein können.
2. *Arbeit muss sicher sein.* Unsichere Arbeitsbedingungen bereiten Angst. Angst vor Abstieg gefährdet seit jeher Stabilität und Demokratie.

3. *(Bezahlte) Arbeit bedeutet Anerkennung und ist (soll) sinnstiftend (sein).* Gute Arbeit ist der Motor für Selbstwert und Anerkennung, für Zusammenhalt, für Teilhabe, für Gemeinschaft, für Zielorientierung usw. Die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen blendet diesen Aspekt nahezu aus (ist aber gerade deshalb auch zu führen).
4. *Arbeit ermöglicht soziale Mobilität.* Schule und Ausbildung sind die Vorstufen zur Arbeit. Sie sollen aufeinander aufbauen, ineinander greifen. Mehr denn je sind Fort- und Weiterbildung ähnlich bedeutsam, weil sie Abstieg durch Dequalifizierung verhindern helfen und/oder Aufstieg/Gratifikation ermöglichen. Die in jungen Jahren gelernte Disziplinierung auf dieses Ziel hin hat unschätzbarer Wert für das intergenerationale Miteinander. Wo sich dies auflöst, löst sich Gesellschaft auf.
5. *Arbeit ist Vieles, aber nicht alles.* Arbeits- und Lebenszeit sollen in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen. Wo zwei oder gar drei Jobs zum Lebensunterhalt gebraucht werden, stimmt dieses Verhältnis nicht. Wo die rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit gilt, stimmt dieses Verhältnis nicht mehr. Wo Arbeit für den einen alles ist oder sein muss, sind Partner nicht mehr auf Augenhöhe. Die Work-Life-Balance ist für viele ein gleichrangiges Ziel.
6. *Arbeit ist kein demokratiefreier Raum.* Demokratie wird schon im Kindergarten gelernt und geübt. Mitbestimmung, auch auf der Arbeit, egalitärere Strukturen etc. gehören für Viele zur Voraussetzung für Anerkennung und Sinnstiftung – und betriebswirtschaftlich meist auch für die Innovationsfähigkeit von Unternehmen.

Misst man die Hartz-Reformen an diesen Erwartungen der Vielen an Arbeit, so wird erschreckend deutlich, wie fatal ihre Wirkungen sein mussten: Ihr Geist läuft konträr zu jedem einzelnen Erwartungspunkt. Die Existenzberechtigung der SPD aber liegt genau im Gegensatz: Von ihr verlangen die Vielen das Eintreten für diese Er-

wartungen, nicht ihre Umkehrung. Dafür stehen schon die Bürgerlichen und die Unternehmerverbände, die genau das verlangen: Flexibilisierung und Deregulierung, Durchsetzung statt Mitbestimmung, Unsicherheit statt Sicherheit.

An der Extremposition etwa der FDP im Bundestagswahlkampf 2017 wird deutlich, was für eine historische Wegscheide der Durchbruch der Digitalisierung in der Arbeitswelt bedeutet. Die FDP forderte offen das Außerkraftsetzen bekannter und erkämpfter Schutzrechte, das freie Experimentieren für zehn Jahre, um dann ggfs. Ordnung zu schaffen, wo sie nötig sei: Digitalisierung first – Bedenken second!

Wer sich nur annähernd auf diese Büchsenöffnung einlässt – wie einstmals bei der Agenda – wird jedenfalls nicht für die Mehrheit der Arbeitenden deren Erwartungen erfüllen können. Digitalisierung würde dann zum Synonym für eine neue Welle der Deregulierung und Flexibilisierung.

Vor diesem Hintergrund war der auch methodisch kooperativ angelegte Arbeit 4.0-Prozess (Grün- und Weißbuch) von Andrea Nahles der richtige Weg: Erwartungen der Vielen und sozialdemokratische Linke wieder zusammenzubringen. An ihm gilt es anzuknüpfen. Die oben genannten sechs basalen Erwartungspunkte sind dabei die Grundlage für stete Kontrollfragen und Maßstab für ihre linke Antwort:

### **Beispiel 1**

Ein novelliertes Arbeitszeitgesetz muss die Frage beantworten: Wie steht es um die Augenhöhe zwischen Kapital und Arbeit? Wer bestimmt am Ende über die Arbeitszeit und ihre Regeln? Cui bono: Wem nützt die Flexibilität? Wie sind die Entscheidungsstrukturen (Stichwort Mitbestimmung) bei der Gestaltung des flexiblen Rahmens? Wer hat den Schlüssel für die elektronische „Fußfessel“? Hat jeder einen? Sind beide gleich groß? Usw.

### **Beispiel 2**

Das Beispiel der Autoindustrie zeigt: Bis herige Geschäftsmodelle tragen nicht mehr

lange weiter. Der beginnende Wechsel vom Verbrennungs- zum Elektromotor – dann im Kontext autonomen Fahrens – zwingt Hersteller, Zulieferer und Dienstleister zu ganz neuen Geschäftsmodellen auf dem Feld der Mobilität. Die Qualifikationsprofile der Beschäftigten werden sich entsprechend verändern müssen: Alte Qualifikationen verlieren an Wert, neue werden gebraucht. Wer gestaltet das? Wie partnerschaftlich wird das organisiert? Wird Dequalifizierung genutzt, um Löhne zu drücken oder als Herausforderung gesehen, neue Qualifikationen aufzubauen? Wie flankieren Aus- und Weiterbildungsgesetze diesen Prozess? Spalten wir Belegschaften weiter auf in Clickworker, Leiharbeiter und Stammbelegschaften oder führen wir wieder zusammen? Begegnen sich Betriebsräte und Geschäftsführungen auf Augenhöhe? Was macht Gewerkschaften stark, um Betriebsräte auf Augenhöhe zu bringen? Usw.

All dies zeigt: Arbeit und Digitalisierung sind viel mehr als der politisch-publizistische Wettbewerb um das schnellere Verlegen von Glasfaserkabeln. In diesem Feld steckt ur-sozialdemokratischer Gründungshumus. Aber wachsen kann nur, was gesät und gewässert wurde. Die Erwartungen an die SPD durch die Vielen sind klar benennbar. Daraus eine in sich stimmige und erzählbare politische Strategie zu machen, ist das Gebot der Stunde. So wird Unterscheidbarkeit wieder sehr schnell sichtbar.

### Konstante „Wohnen“

Deutschland ist ein Land der Mieterinnen und Mieter. Wie konnte es passieren, dass die SPD dieses Thema so verschlafen hat? Hat die soziale Lage der sozialdemokratischen Führungselite sie blind gemacht? Wenn ja, dann wäre dies ein weiterer Beleg für ihren Vertrauensverlust durch die Vielen.

Denn was erwarten die Vielen vom guten Wohnen?

1. *Wohnen bedeutet ein bezahlbares Dach über dem Kopf zu haben.* Kein Dach über dem Kopf zu haben, ist das schlimmste Element sozialen Ausschlusses. Von da an ist man ganz unten. Bezahlbar bedeutet: Ich muss so

## PapyRossa Verlag



**Kai Eicker-Wolf/  
Patrick Schreiner**

### MIT TEMPO IN DIE PRIVATISIERUNG

Autobahnen,  
Schulen, Rente  
– und was noch?

PapyRossa

Paperback  
978-3-89438-655-9  
194 Seiten | € 14,90

Anhaltende Förderung Öffentlich-Privater Partnerschaften, Schuldenbremse, Teilprivatisierung der Rente: Freuen kann sich die Finanzwirtschaft, das Nachsehen haben die Bürger/innen, die bei oft intransparenten Entscheidungsprozessen auch sozialer und demokratischer Rechte beraubt werden.



**Patrick Schreiner**  
**WARUM MENSCHEN  
SOWAS MITMACHEN**

Achtzehn Sichtweisen  
auf das Leben im  
Neoliberalismus

PapyRossa

Paperback  
978-3-89438-632-0  
165 Seiten | € 13,90

Was können wir von Marx, Adorno/Horkheimer, Stuart Hall, Max Weber, Michel Foucault oder Naomi Klein u. a. über Einflüsse neoliberalen Denkens auf unseren Alltag – in TV, Lifestyle und sozialen Beziehungen – lernen? Patrick Schreiner fragt bei klassischen und aktuellen DenkerInnen nach, ob sie uns helfen können, den Zeitgeist zu bewältigen.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | [mail@papyrossa.de](mailto:mail@papyrossa.de)  
[www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de)

viel (regelmäßig!) verdienen können – siehe oben –, dass ich neben der Miete noch genug übrig behalte, um die anderen Grundziele des Lebens zu finanzieren. In den boomenden Ballungsräumen des Landes ist diese Erwartungshaltung nicht mehr zu realisieren!

2. *Wohnen muss sicher sein.* Wer in Angst wohnt, jederzeit entweder die Wohnung gekündigt zu bekommen oder Mietsteigerungen über die Lohnzuwächse (bzw. Lohnsenkungen) hinaus akzeptieren zu müssen, erfährt den Druck sozialen Abstiegs. Überdies: Angst vor Wohnungseinbrüchen und artikulierter (und damit akzeptierter) Hilflosigkeit des Staates gehört auch dazu.
3. *Wohnen ist Lebensqualität.* Wer die Erwartungen 1 und 2 erfüllt sieht, verbindet mit Wohnen auch Lebensqualität. Die hängt ab vom Wohnumfeld, von den MitmieterInnen, von der Größe des Wohnraums (hier besonders Familien), den Wegstrecken zur Arbeit, dem Angebot des Nahraums etc. Lebensqualität und Quartiersstruktur sind hier zwei Seiten der gleichen Medaille. Dies gilt einerseits für die Städte. Andererseits aber auch für den ländlichen Raum: Wo alle Infrastruktur verschwindet, die Wege immer länger werden, da schlägt sinkende Qualität in Abstiegsangst um. Insofern ist Wohnen eng mit dem Anspruch nach gleichen Lebensverhältnissen verbunden.

Ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen zeigt beispielhaft die Bedeutung und disparate Entwicklung der Konstante Wohnen: Während die boomenden Städte und Regionen seit Jahren Wohnraummangel verzeichnen und Gentrifizierungsprozessen ausgesetzt sind, veröden andere Städte und ländliche Regionen. Verdrängungsprozesse an beiden Polen verändern die Sozialstruktur und lösen vielfach Abstiegsmindestens jedoch Zukunftsängste aus.

Daneben gibt es eine kleine Zahl Gewinner, die von dieser Entwicklung schamlos profitieren. Das ur-sozialdemokratische Thema Wohnen ist Spekulationsobjekt und Renditemaschine für Wenige geworden. Verblüffend derzeit

nur, dass es noch keine sozialen Protestbewegungen gegeben hat wie in den 80er Jahren mit der Hausbesetzerszene. Gäbe es sie, sie würde kritisch Maß nehmen müssen an der sozialdemokratischen Linken der 90er und 00er Jahre, die entweder den Ausverkauf kommunaler Wohnungsbaugesellschaften mitgemacht, ideologisch mitgetragen oder aber viel zu wenig entgegengesetzt hat (Mietpreisbremse).

Wie es scheint, beginnt die SPD die basale Tiefe des Themas jetzt erst wieder zu entdecken, springt aber noch viel zu kurz, indem sie in dem Wettschreit um „Bauen, Bauen, Bauen“ vor allem mehr Sozialen Wohnraum fordert. Worum aber muss es gehen?

Anlagesuchende Reiche, national wie international, nutzen die Situation derzeit aus, um heute und in Zukunft Extraprofite zu erzielen. Staat und Kommunen operieren derzeit, nachdem alles Tafelsilber verscherbelt ist, nicht im Ansatz auf Augenhöhe. Schwarz-gelbe Landesregierungen wie in NRW gehen noch einen Schritt weiter und schleifen die Schutzrechte für Mieter unter dem Vorwand, Regulierungen schreckten nur vom Bauen ab.

Sozialdemokratische Wohnungspolitik bedeutet hingegen, sich an den Interessen der Vielen zu orientieren: Aufgabe des Staates und der Kommune ist es, die o.g. Erwartungspunkte zu realisieren. Dazu müssen sie (wieder) handlungsfähig sein:

- Gesetzlich, indem
  - Grund und Boden der Spekulation entzogen wird (siehe hierzu auch Heribert Prantl, Berlin ohne Grund und Boden, in Blätter 10/17)
  - Genossenschaftliche Bauformen gestärkt werden
- Finanziell, indem
  - wieder vermehrt eigene Bestände aufgebaut werden
  - Investoren klare Vorgaben gemacht werden
  - Mietsteigerungen nur in engen Vorgaben erzielt werden können

zugleich

- Gewerbliche Ansiedlungen im ländlichen Raum gefördert werden
- Politikfelder entlang der gleichen Lebensverhältnisse angepasst werden, z.B. indem Druck auf Kassenärztliche Vereinigungen ausgeübt wird, Allgemeinmediziner auf dem Land stärker zu honorieren usw.

Wie bei der Konstanten „Arbeit“ ist das Gebot der Stunde, auf den (wiederentdeckten) Grundwerten die politischen Instrumente kooperativ zu entwickeln und in ein verständliches Narrativ zu bringen, so dass jedes Instrument sofort rückbeziehbar ist auf ebendiese Grundwerte. Auch bei der Konstante Wohnen zeigen sich schnell Unterschiede. Als kommunales und regionales Thema ist es überdies bestens geeignet aufzuzeigen, wie die aktive Mitgestaltung des eigenen Lebensraums mit „großer Politik“ kombinierbar ist.

Jedes dieser und alle anderen genannten Felder sind heftig umkämpft. Es geht immer um harte Verteilungskämpfe. Eine sozialdemokratische Linke, die auf der Grundlage ihrer Gründungswerte wieder Politik machen will, wird kämpferisch sein müssen. Die Wenigen, die über Presse- und Medienmacht verfügen, die über zahllose Institute und Kammern und Vorfeldorganisationen verfügen, werden das ganze Arsenal ihrer Instrumente aufbieten, um von den Zielen abzulenken, Katastrophen heraufziehen zu sehen, die Linke als veraltet zu brandmarken etc. Die Pressekampagnen der Privaten Krankenversicherer oder der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft waren da nur ein Vorgeschnack auf Kommendes.

**Den Erneuerungsprozess vom Kopf auf die Füße stellen – „GroKo oder nicht GroKo“ ist nicht die Frage. Wissen, wozu man da ist, ist die Frage**

Wer die Themen der Vielen auch zu den Themen der Vielen machen will, der muss sie in aller Konsequenz zu seinen Themen machen: Arbeit – Wohnen – Lebensrisiken – Familie. Der muss dafür streiten. Der muss

Konflikte und Diskussionen daraufhin anlegen. Der muss die offene Auseinandersetzung suchen. Muss argumentieren und nicht moralisieren! Der muss eine klare, einfache und verständliche Sprache sprechen. Und der muss, wenn er in Regierungsverantwortung ist, tun, was er sagt.

Oder andersherum: Wenn ein rot-grüner Senat in Hamburg einer Privatbank durch Nichtstun hilft, Steuerschulden verjähren zu lassen, verschärft man die Glaubwürdigkeitskrise. Wenn eine sozialdemokratische Ministerpräsidentin ihr Kind in eine Privatschule gibt, vertieft man die Vertrauenskrise, weil man offensichtlich für sich selbst andere Maßstäbe anlegt als für die Vielen.

Die Erneuerung fängt damit an, die Vielen wieder einzubeziehen, ihnen zuzuhören, den Fokus auf sie auszurichten, auf Kurs zu bleiben. Eine SPD, die das unter Erneuerungsprozess versteht, wird eine andere SPD sein müssen:

- Ihre Mitgliedschaft wird mehr Krankenpflegerinnen und Kassiererinnen und Logistikarbeiter haben müssen als Studienräte und Pensionäre
- Ihre Mitgliedschaft wird mehr Migranten der zweiten und dritten Generation eine Heimat bieten müssen
- Ihre Betätigung wird draußen sein müssen, vor allem dort wo die sozialen Konflikte unserer Tage manifest werden.
- Sie muss mehr Konflikte suchen entlang ihrer Themen, sich anlegen mit den mächtigen Gruppen der Wenigen
- Darf nicht mehr Schönreden, was nicht schönzureden ist
- Muss Komplexes verständlich sprechen können
- Muss viel mehr Formate für alle bieten
- Muss aus ihren Lösungen ein Narrativ entwickeln, dass die Vielen verstehen und es

glaubwürdig zu Politik machen, wo man Verantwortung hat

- Muss präsent sein, wo heute Meinungsbildung entsteht
- Muss dies alles organisatorisch abbilden.

Jeremy Corbyn macht vor, wie dies gelingen kann. Er hat die Menschen in die Partei geholt, die an so einem Programm mittun. Die Masseneintritte in die SPD nach der Nominierung von Martin Schulz haben gezeigt, wie hoch das Potenzial auch bei uns ist. Hier ist anzuknüpfen. Übrigens auch da, wo Jusos für ihre Position werben. Dazu bedarf es einer Strategie, die auf ein paar Jahre angelegt ist. Die konsequent gemonitort wird. Auf die alle verpflichtet werden und die von glaubwürdigem (neuem) Personal vertreten wird.

Dabei gehört die kooperative Suche nach richtigen Antworten auf der Grundlage klarer Haltungen zur Strategie. Ein neues Grundsatzprogramm von einem Expertenkreis geschrieben erfüllt das nicht. Echte partizipationsorientierte Prozesse, die Gesellschaft und Parteibasis einbeziehen, müssen Teil der Arbeit am Grundsatzprogramm sein. Und: Dieser Schwerpunkt, dieser Wille zur programmatischen Erneuerung muss sich gleichrangig zur Regierungsarbeit auch personell und organisatorisch abbilden. Er braucht Geld und Leute, die Erneuerung tun.

Dies kann auch gelingen, wenn man in einer GroKo ist. Dazu gehört aber, bei jedem Schritt nie die eigenen Ziele aus dem Blick zu verlieren. Dies klar formuliert, kann glaubwürdiges Personal auch Etappensiege verdeutlichen. Ein Beispiel: Der SPD hat man das Thema Bürgerversicherung deshalb nicht abgenommen, weil sie trotz eigener Mehrheiten seit 2002 nie ernsthaft versucht hat es umzusetzen. Meint man es jetzt ernst, beginnt man zum einen damit, darüber zu reden, warum sie will, nämlich Zweiklassenmedizin zu beenden. Und man macht klar, dass die Wiedereinführung der Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erstens eine Korrektur der eigenen Fehler ist und zweitens eine Etappe auf dem Weg zum Ziel. Verbrüdet man sich allerdings bei wenigen symbolischen

Maßnahmen lächelnd mit Herrn Grühe, zerstört man jeden Glauben an die neue Glaubwürdigkeit. Inhalte, Personen und Habitus müssen eine Einheit bilden. Dafür kann die GroKo sogar eine Chance sein. Nutzt man sie aber nicht, wird sie, was die Gegner befürchten, den schlechenden Niedergang nur beschleunigen.

Immer und immer wieder muss es bei allen Akteuren um die Frage gehen: Wofür sind wir da? Was ist zu tun, um den Vielen ein gutes Leben zu ermöglichen? Was denken die Vielen darüber? Und was sind unsere Lösungen? Wie machen wir daraus immer einen gemeinsamen Prozess?

Das Ziel muss immer sein: Politische Mehrheiten zu erreichen, um das Programm der Vielen Realität werden zu lassen. In Bewegung zu bleiben, um diese Mehrheiten dauerhaft zu sichern.

Die Verluste der Mehrheiten in Land und Bund sind schwere Störsignale. Sie zeigen unmissverständlich, dass die Erwartungen der Vielen sich nicht mehr ausreichend wiederfinden lassen im Angebot der Organisation, die eine Organisation der Vielen sein soll. Das Versiegen des Schulz-Hypes ist Mahnung und Hoffnung zugleich: Es mahnt uns, dass Verbindungen nicht gehalten wurden und es lässt uns hoffen, dass Verbindungen herstellbar sind. Der Hype setzte dort an, wo die basalen Fragen der Vielen wieder ins Zentrum der SPD zu gelangen schienen. Und er unterbrach, als ihre Übersetzung ins Konkrete und konkret Umsetzbare misslang. Genau darauf kommt es jetzt an. ■

## Rezension: Störfaktor Armut

von Thilo Scholle<sup>1</sup>

Die gesellschaftliche Dimension und das Ausmaß von Armut und Reichtum in Deutschland sind politisch umstritten. Der im Frühjahr vom Bundesarbeitsministerium vorgelegte fünfte Armutts- und Reichtumsbericht bietet eine ganze Reihe an wichtigen Daten und Einschätzungen.<sup>2</sup> Nahezu erwartbar war, dass ein Teil der durchaus kritischen Schlussfolgerungen insbesondere auch zur politischen Dimension und gesellschaftlicher Relevanz von „Reichtum“ es nicht durch die Abstimmung mit dem Koalitionspartner innerhalb der Bundesregierung schafften.<sup>3</sup> Ob es überhaupt einer regierungsoffiziellen Berichterstattung durch ein Bundesministerium zum Thema Armut und Reichtum bedarf, oder ob dies nicht eher Aufgabe zivilgesellschaftlicher und/oder wissenschaftlicher Akteure im Auftrag der Bundesregierung – wie in anderen Themenfeldern auch – sein sollte, ist durchaus streitig.

In seinem Buch „Störfaktor Armut“ plädiert Joachim Rock dafür, die „Armutts- und Reichtumsberichterstattung in die Hände einer unabhängigen Sachverständigenkommission“ zu legen. Der Autor ist Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Bundesverband des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands in Berlin. So ist er mit der sozialpolitischen Dimension von Armut intensiv beschäftigt und trägt im vorliegenden Band umfangreiches Material zum Thema zusammen. Er geht davon aus, dass das tatsächliche Ausmaß von Armut und daraus folgender sozialer Ausgrenzung immer noch nicht richtig in den öffentlichen Debatten angekommen ist. So stellt Rock die unterschiedlichen Definitionsmöglichkeiten von Armut vor, und plädiert energisch für einen auf das jeweilige gesellschaftliche Umfeld und den in der Gesellschaft insgesamt vorhandenen Wohlstand bezogenen relativen Armutsbegriff. Durchgemustert werden sodann unterschiedliche gesellschaftliche Felder, so Alter und Armut, die Rolle von Bildung sowie Entwick-



**Joachim Rock**  
**Störfaktor Armut**  
Ausgrenzung und  
Ungleichheit im neuen  
Sozialstaat

VSA-Verlag,  
Hamburg 2017  
222 Seiten, € 19,80

lungen in der Arbeitswelt. Insgesamt sieht der Autor eine zunehmende „Refederalisierung sozialer Verhältnisse“ – und in der Abwertung der von Armut Betroffenen eine Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Im Schlusskapitel stellt der Autor eine Reihe von politischen Forderungen auf, deren Umsetzung „Perspektiven heraus aus der Armut“ schaffen könnten. Ausgangspunkt ist für Rock dabei zunächst, von Armut Betroffenen wieder auf Augenhöhe zu begegnen, und nennt als Beispiel den Umgang und die Art der (An-)Sprache durch die Sozialbehörden. Angesprochen werden darüber hinaus u.a. die Steuerpolitik als einen von den Parteien weitgehend aufgegebenen Hebel zur gesellschaftlichen Umverteilung, sowie die Abschaffung der „Bedarfsgemeinschaft“ von Eltern mit Kindern und deren Ersetzung durch Einführung einer allgemeinen Kindergrundsicherung in Höhe von aktuell 613 Euro. Bezugsdauer und Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen des ALG II müssten erweitert werden, das Rentenniveau angehoben werden. Nötig im Bereich der Rentenpolitik sei darüber hinaus die Abschaffung der Abschläge beim Bezug von Erwerbsminderrungsrenten sowie die Ausweitung der Zurechnungszeiten bis zum 65. Lebensjahr.

Der Autor formuliert seine Thesen flüssig und gut lesbar – und schafft es dabei auch noch, eine ganze Reihe an popkulturellen Anspielungen einzuflechten. Das Buch ist sehr sorgfältig und umfassend recherchiert, und bereitet umfangreich Material zu Armut und Reichtum auf. In seinen inhaltlichen Bezügen reicht es zudem teilweise bis in die Anfänge der Entwicklung von Sozialpolitik im 19. Jahrhundert zurück. Insbesondere die für aktuelle Fragen relevanten politischen Ent-

1 Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

2 Vgl. dazu auch den Artikel von Jörg Deml in spw 220.

3 Siehe aber die umfassende Dokumentation des für den Bericht zusammengetragenen Materials unter <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de>.

wicklungslinien seit den 1970er Jahren werden präzise nachgezeichnet. Nicht ganz klar wird, was den im Untertitel angesprochenen „neuen Sozialstaat“ in seiner politisch-analytischen Dimension ausmacht. Zudem werden zwar gelegentlich die entsprechenden Regierungskoalitionen auf Bundesebene als Urheber bestimmter Regelungen erwähnt, an vielen Stellen verschwinden gesetzliche Änderungen aber schlicht hinter „der Politik“, die zugleich denn auch Adressat nötiger Veränderungen ist. Hier wäre mehr Präzision wünschenswert gewesen. Hinzu kommt, dass auch eine Einbettung in den zeitgenössischen politischen Debattenkontext nur an wenigen Stellen vorgenommen wird, obwohl „der Gesetzgeber“ ja nicht einfach so entscheidet, sondern sich in einem politischen Debattenkontext mit weiteren Akteuren und Einflussfaktoren befindet. An den Stellen, an denen einzelne Parteien angesprochen werden, steht zudem das Handeln der SPD im Mittelpunkt. So kritisiert Rock durchaus überzeugend, dass ein nicht mit materieller Substanz unterlegtes Bildungsversprechen auch aus dem Blickwinkel der Betroffenen kein ernsthaftes politisches Angebot sein kann. Nicht überzeugen kann hingegen die These des Autors, die „Abkehr von einer an den Interessen des ‚kleinen Mannes‘ orientierten Politik“ verkörpere keine Partei so wie die SPD, die über Jahrzehnte hinweg in Wort und Tat als „Schutzmacht der kleinen Leute“ deren erklärte politische Interessenvertretung gewe-

sen sei. Diese frühere Klientel sei der Partei eher peinlich geworden. Charakteristisch für diese Abkehr und den Aufbruch zu neuen politischen Ufern sei dabei die „Geringschätzung des Gegenwärtigen“: Statt sich mit gegenwärtigen Nöten und Problemen auseinanderzusetzen, werde der Fokus auf „die Zukunft“ gerichtet. Für den „kleinen Mann“ sei dies aber kein Versprechen. Hier entsteht bei der Lektüre der Eindruck, für den Autor schlössen sich gegenwärtige Bedürfnisse und der Blick in die Zukunft gegenseitig aus. Sicherlich bedenkenswert ist die These, dass die sozialdemokratische Diskussion über Bildung als Prävention gegen sozialen Abstieg Menschen auch Angst machen kann – jedenfalls dann wenn sie selber den Eindruck haben, nicht über die Kraft und die nötigen Ressourcen zu verfügen, um davon wirklich profitieren zu können.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das Buch seinen Nutzen insbesondere aus der gut aufgearbeiteten Durchmusterung und Aufarbeitung der einzelnen Armutskomplexe. Die Tiefe des zur Rate gezogenen Materials ist beeindruckend. Das Buch funktioniert damit auch als pointierte Einführung in die Grundthemen und -begriffe der Armutsforschung. Darüber hinaus stellt es ein energisches Plädoyer dafür dar, Armut nicht als Nischenthema abzutun, sondern es insbesondere in der Dimension von gesellschaftlicher und politischer Ausgrenzung ernst zu nehmen. ■

## Rezension: Die Saat des Kadmos

von Folke große Deters<sup>1</sup>

In welchem Verhältnis stehen eigentlich der neuzeitliche Staat, Demokratie und Kapitalismus? Sind es unzertrennliche Drillinge, die immer nur gemeinsam auftreten? Oder sind es Gegenspieler? Während Karl Marx zu dieser Frage eine klare Haltung hatte, ist die politische Linke im 21. Jahrhundert hier überwiegend orientierungslos. Andreas Fisahn unternimmt es in seiner sehr lesenswerten Monographie „Die Saat des Kadmos“, eine Verhältnisbestimmung durchzuführen und Licht ins begriffliche Dunkel zu bringen. Verdienstvoll

ist das vor allem deswegen, weil es ihm auf diesem Wege gelingt, scheinbar neutrale Begriffe und analytische Kategorien zu repolitisieren.

Im ersten Teil seines Buches geht Fisahn der Frage nach, warum sich in der bürgerlichen Gesellschaft ökonomische und politische Macht voneinander trennen. Seine Antwort ist differenzierter als die des orthodoxen Marxismus. Der Staat sichert die allgemeinen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktionsweise. Aber er ist nicht nur Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse. Er wirkt auch als Korrektiv, indem er die destruktiven Folgen der kapitalisti-

<sup>1</sup> Folke große Deters ist Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen in der SPD Nordrhein-Westfalen.

schen Wirtschaft einhegt. Denn der Kapitalismus zielt nicht einfach nur auf Reichtum, sondern auf die Verwertung von Wert. Aus dem „Schatz“ wird „Kapital“, das gewinnbringend angelegt und vermehrt wird. Dieses Streben nach Gewinn ist keine anthropologische Grundkonstante, sondern Ergebnis von Sozialisation durch und in der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Haltung befördert technischen Fortschritt, aber wirkt auch zersetzend für den zwischenmenschlichen Zusammenhalt. Da die Konkurrenz alle Lebensbereiche durchdringt und der Mensch durch systemische Zwänge zum kalkulierenden Egoisten wird, müssen der Staat und sein Recht an die Stelle von traditionellen zwischenmenschlichen Bindungen treten.

In einem spannenden historischen und ideengeschichtlichen Parforce-Ritt durch die Geschichte des Kapitalismus zeigt Fisahn im zweiten Teil seines Buches auf, wie eng die Genese des neuzeitlichen Staates und die des Kapitalismus zusammenhängen. Der Kapitalismus war (auch) eine Antwort auf die Konkurrenz zwischen den europäischen Staaten. Erfolgreich waren England und Frankreich, die anders als Spanien eine produktive Ökonomie aufgebaut haben, statt lediglich ihre überseeischen Kolonien auszuländern. Erfolgreich waren sie aber auch, weil sie anders als Deutschland und Italien eine starke Zentralgewalt etablieren konnten. Diese starke Zentralgewalt konnte eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende Konkurrenzirtschaft herausbilden: die Geltung des formal-rationalen Gesetzes und eine funktionierende bürokratische Verwaltung, die – modern gesprochen – ein investitionsfreundliches Umfeld für Kapitalisten garantiert.

Die Frage, die für die aktuelle politische Auseinandersetzung am relevantesten ist, betrifft das Verhältnis von Kapitalismus und parlamentarischer Demokratie. Für Fisahn sind beide Halbgeschwister; es gibt anziehende und trennende Momente: Die Gleichheit und Freiheit des Marktteilnehmers kann zur politischen Freiheit und Gleichheit erweitert werden. Die Idee des Wettbewerbs passt zum demokratischen Wettbewerb um Parlamentssitze und Regierungämter. Abstoßende Faktoren sind dagegen der Kontrast zwischen materieller Ungleichheit im Wirtschaftsleben und der Gleichheit in der Demokratie. Die funktionale Trennung zwischen Politik



**Andreas Fisahn**  
**Die Saat des Kadmos**  
Staat, Demokratie und Kapitalismus

Verlag Westfälisches  
Dampfboot,  
Münster 2016  
421 Seiten, € 39.90

und Ökonomie ist ambivalent. Sie war Triebfeder „bürgerlicher Revolutionen“, steht aber auch einer Erweiterung der „halbierten Demokratie“ im Staat auf die gesamte Gesellschaft entgegen.

Aus der Analyse von anziehenden und trennenden Momenten folgt nach Fisahn vor allem die wichtige Erkenntnis, dass im Kapitalismus weder eine Entscheidung für die parlamentarische Demokratie noch eine Entscheidung dagegen vorgezeichnet ist. Sie hängt von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und vom subjektiven Faktor ab, also vom Engagement und Erfolg der progressiven Kräfte im Kampf um die Macht im Staat. In der Vergangenheit waren Bonapartismus und Faschismus Beispiele für die autoritäre Sicherung ökonomischer Macht. Heute erfolgt dies subtiler. Zu Recht weist Fisahn darauf hin, dass die Demokratie in Deutschland und Europa auch in unseren Tagen an Boden verliert. Supranationale und transnationale Arrangements schränken den Entscheidungsspielraum demokratischer Institutionen mehr und mehr ein. Das allgemeine Wahlrecht wird nicht abgeschafft, sondern die ökonomischen Interessen werden gegen den Zugriff demokratisch legitimierter Parlamente immunisiert. Das beste Beispiel ist die Debatte um das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada. Hier werden Rechte für Investoren fixiert, die diese vor Sondergerichten auch gegen die nationale Rechtsordnung und den demokratischen Gesetzgeber geltend machen können. Das gerade entstehende Netz an „Freihandelsverträgen neuer Art“ verdichtet sich zu einer wirtschaftsliberalen Freihandelsverfassung, die demokratische Mehrheiten daran hindert, eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse der wirtschaftlich Ohnmächtigen

in Angriff zu nehmen. Deren Interessen werden nicht durch knallharte Klagerechte, sondern von einem Papiertiger aus folgenloser Vertrags-Prosa bewehrt.

Den Kadmos-Mythos, dem das Buch seinen Titel verdankt, liest Fisahn vor allem als Aufruf zu mehr Realismus. In sublimierter Form ist die

Gewalt als Kampf um Macht und ökonomische Ressourcen auch im modernen Staat anwesend. Die politische Linke muss wieder lernen, scheinbar „neutrale“ Begriffe, „technische“ Lösungen und institutionelle Arrangements daraufhin zu befragen, ob und inwiefern sie gesellschaftliche Kräfteverhältnisse widerspiegeln oder möglicherweise verschieben. ■

## **DL 21 Aktuell**

**DL21 FORUM DEMOKRATISCHE LINKE**  
**DIE LINKE IN DER SPD.**

### **Die Groko ist und bleibt der falsche Weg**

von Hilde Mattheis<sup>1</sup>

Es war richtig, dass die DL 21 nach der Bundestagswahl sofort die inhaltliche, strukturelle und auch personelle Erneuerung der SPD angemahnt hat. Wir haben die erste Aussage, nicht in eine weitere große Koalition zu gehen, sehr begrüßt. Wir sind bei dieser Haltung geblieben.

Denn alle Analysen hatten der SPD bescheinigt, nicht mehr ausreichendes Profil als Partei, die für soziale Gerechtigkeit steht, zu zeigen.

**Unsere Argumente gegen eine Neuauflage der großen Koalition sind nach wie vor:**

#### **1. Die Demokratie lebt von politischen Alternativen zwischen linken und rechten Parteien**

- Eine große Koalition verwischt die Unterschiede von zwei Parteien, die im Grunde jeweils ein anderes Gesellschaftsmodell verfolgen und schüttet diese Unterschiede mit Formelkompromissen zu (siehe die vielen Prüfaufträge, Kommissionen und

Arbeitsgruppen, die Union und SPD einrichten wollen, da sie keine Einigung erzielen können).

- Wenn große Parteien, die eigentlich zwei unterschiedliche politische Lager vertreten, über mehrere Legislaturperioden zusammen regieren, sind sie nicht mehr unterscheidbar. Das schürt Politikverdrossenheit und stärkt die politischen Ränder, vor allem den rechten Rand.
  - Die politische Auseinandersetzung findet nicht mehr zwischen der demokratischen Linken und Rechten statt, sondern zwischen einem demokratischen Block und den Rechtspopulisten bzw. Rechtsextremen.
  - Große Koalitionen sollten in einer Demokratie die Ausnahme sein. Die Demokratie nimmt Schaden, Beispiel Österreich.
- 2. Die Erfahrungen der vergangenen großen Koalitionen zeigen, dass die SPD in dieser Konstellation kaum erfolgreich sein kann.**
- Die SPD hat ein doppeltes Problem: Die eigenen Politikansätze werden sehr erfolgreich von der Union unter Merkel als ihre Erfolge verkauft, Bsp.: Mindestlohn.
  - Zudem ist die SPD kaum in der Lage, ihre Unterschiede zur Union in offener Kritik und Dissens herauszustellen, da sie beständig versucht, die eigenen MinisterInnen zu schützen. Jeder Kompromiss wird als gute Politik der SPD dargestellt.
  - Damit verwischt das Profil der SPD immer mehr.

<sup>1</sup> Hilde Mattheis, MdB ist Vorsitzende der DL 21 und stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg.

### **3. Die AfD wird in einer Großen Koalition Oppositionsführerin mit allen informellen Privilegien**

- Die AfD ist offiziell stärkste Oppositionspartei und erhält damit nicht nur den Vorsitz über den wichtigen Haushaltsausschuss des Bundestages, sondern darf auch die erste Antwort auf Vorlagen und Entwürfe der Bundesregierung liefern.
- Die Rolle der AfD wird somit gesellschaftlich und medial enorm aufgewertet.
- Es steht zu befürchten, dass gesellschaftliche Auseinandersetzungen nicht mehr an den Unterschieden zwischen Union und SPD, sondern zwischen der GroKo und der AfD diskutiert werden. In dieser Konstellation wird die SPD nicht mehr als eigenständige Kraft wahrgenommen.

### **4. Eine Erneuerung und klare Positionierung der SPD ist in der großen Koalition schwierig.**

- Die SPD hat sich nach der verlorenen Wahl einen Erneuerungskurs verordnet.
- Bei Regierungsübernahme ist aber bisher immer die Stütze der eigenen Regierungsmitglieder wichtiger als die parteiinternen Diskussionen gewesen.
- Programmtisch weitergehende Ideen und Ziele („Visionen“) werden permanent zugunsten der eigenen Regierung unterdrückt, um sich am Machbaren, d.h. dem Kompromiss mit der Union zu orientieren.
- Eine klare Positionierung als linke Volkspartei wird damit verhindert.

Beim Bundesparteitag Anfang Dezember 2017 klang zumindest noch an, dass auch die Parteispitze diese Mahnungen wenigstens verstanden habe und ernst nehme.

Beim Sonderparteitag allerdings war dann erkennbar, dass der Gang in eine weitere große Koalition von der Parteispitze gewollt ist.

Nun liegt der Entwurf eines Koalitionsvertrags vor. Für uns bleibt die Kritik: In einer weiteren großen Koalition ist kein genereller Politikwechsel möglich. Wir wollen kein „Weiter so“.

Und gerade die Umsetzung der drei Zusatzpunkte, die auf dem Sonderparteitag beschlossen wurden, zeigen dies:

#### **Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte**

Es wurde vom Parteitag im Januar 2018 beschlossen: „Wir wollen weitere Fortschritte: [...] Eine weitergehende Härtefallregelung für den Familiennachzug, um Familien das Zusammenleben zu ermöglichen.“

Union und SPD haben zwar bei ihren Koalitionsverhandlungen eine Einigung beim Familiennachzug von Flüchtlingen erzielt. Aber, der Nachzug soll noch bis zum 31. Juli ausgesetzt bleiben und anschließend auf 1000 Menschen pro Monat begrenzt werden. Dies wird um eine bereits bestehende Härtefallregelung ergänzt. Das Weiterbestehen der Härtefallregelung war im Sondierungspapier bisher nicht fixiert. Die genauen Details für diese dauerhafte Neuregelung sollen in den kommenden Monaten noch erarbeitet werden.

Bislang galt: Am 17. März 2016 wurde mit dem Asylpaket II eine Übergangsvorschrift des • 104 Abs. 13 Aufenthaltsgesetz erlassen, wonach der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte, die ihre Aufenthaltserlaubnis nach diesem Datum erhalten haben, für zwei Jahre ausgesetzt wird. In diesem Zeitraum war der Familiennachzug nur im Rahmen einer Ermessensentscheidung möglich, v.a. aus dringenden humanitären Gründen. Im Jahr 2017 wurden 66 Visa erteilt, die den Familiennachzug zu Angehörigen mit subsidiärem Schutzstatus ermöglichten. Ohne neuen Beschluss würde die Aussetzung des Familiennachzuges im März 2018 enden.

In namentlicher Abstimmung wurde am 01.02.2018 mit den überwiegenden Stimmen der CDU/CSU und SPD das Aussetzen des Fa-

miliennachzugs bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung verlängert.

### Das ist kein Aushängeschild humaner Politik.

#### Sachgrundlose Befristung

Der Beschluss lautete: „Befristete Arbeitsverhältnisse müssen die Ausnahme sein; gerade für Berufseinsteiger muss das unbefristete Arbeitsverhältnis wieder zur Regel werden. Eine der Ursachen für die dramatische Zunahme befristeter Beschäftigungsverhältnisse ist die seit 1985 bestehende Möglichkeit Arbeitsverhältnisse ohne Gründe zu befristen. Deshalb sind die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die Einschätzung der Sachgründe für Befristung sowie die Begrenzung von Befristungsketten geeignete Maßnahmen, um insbesondere für junge Menschen für mehr Sicherheit beim Eintritt ins Berufsleben zu sorgen und sie damit in der Phase der Familiengründung zu unterstützen.“

Vereinbart wurde: „Wir wollen nicht länger unendlich lange Ketten von befristeten Arbeitsverhältnissen hinnehmen. Eine Befristung eines Arbeitsverhältnisses ist dann nicht zulässig, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein unbefristetes oder ein oder mehrere befristete Arbeitsverhältnisse mit einer Gesamtdauer von fünf oder mehr Jahren bestanden haben. Wir sind uns darüber einig, dass eine Ausnahmeregelung für den Sachgrund nach § 14 Abs. 1 Nr. 4 Teilzeit – und Befristungsgesetz wegen der Eigenart des Arbeitsverhältnisses (Künstler, Fußballer) zu treffen ist.

Auf die Höchstdauer von fünf Jahren wird bzw. werden auch eine oder mehrere Entleihe(n) des nunmehr befristet eingestellten Arbeitnehmers durch ein oder mehrere Verleihungsunternehmen angerechnet. Ein erneutes befristetes Arbeitsverhältnis mit demselben Arbeitgeber ist erst nach Ablauf einer Karenzzeit von drei Jahren möglich.

Wir werden über eine Tariföffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz Experimentierräume für tarifgebundene Unternehmen schaffen, um eine

Öffnung für mehr selbstbestimmte Arbeitszeit der Arbeitnehmer und mehr betriebliche Flexibilität in der zunehmend digitalen Arbeitswelt zu erproben. Auf Grundlage von diesen Tarifverträgen kann in Betriebsvereinbarungen insbesondere die Höchstarbeitszeit wöchentlich flexibler geregelt werden.“

### Das hat mit unserem Ansatz nicht mehr viel zu tun.

#### Eine einheitliche Gebührenordnung für Ärzte

Beschluss: „Wir wollen das Ende der Zweiklassen-Medizin einleiten. Dazu muss sich die Versorgung nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten und nicht nach ihrem Versicherungsstatus richten. Hierzu sind eine gerechtere Honorarordnung, die derzeit erhebliche Fehlanreize setzt, sowie die Öffnung der GKV für Beamte geeignete Schritte.“

#### Bisherige Verhandlungsergebnisse im Konsensvertrag:

„Sowohl die ambulante Honorarordnung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (EBM), als auch die Gebührenordnung der Privaten Krankenversicherung (GOÄ) müssen reformiert werden. Deshalb wollen wir ein modernes Vergütungssystem schaffen, das den Versorgungsbedarf der Bevölkerung und den Stand des medizinischen Fortschritts abbildet. Dies bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung. Die Bundesregierung wird dazu auf Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums eine wissenschaftliche Kommission einsetzen, die bis Ende 2019 unter Berücksichtigung aller hiermit zusammenhängender medizinischen, rechtlichen, und wirtschaftlichen Fragen Vorschläge vorlegt. Ob diese Vorschläge umgesetzt werden, wird danach entschieden.“

### Das ist kein überzeugender Schritt hin zur Bürgerversicherung.

Das sind drei Beispiele dafür, dass die – wenn es sie überhaupt gab – Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU aufgebraucht sind.

Wir werben für die SPD mit einem starken sozialdemokratischen Profil. ■

# Studie: Lohnuntergrenze wirkt trotz Umgehungen positiv gegen Armut

2,7 Millionen Beschäftigte bekamen auch 2016 weniger als den Mindestlohn – mit Betriebsrat und Tarif weitaus weniger Verstöße

In Betrieben mit Betriebsrat und Tarifvertrag wird das Mindestlohngesetz weitaus konsequenter eingehalten als in Firmen, in denen beides fehlt. Umgehungen des Mindestlohns kommen in mitbestimmten und tarifgebundenen Betrieben etwa fünf Mal seltener vor. Gesamtwirtschaftlich sind Verstöße gegen den Mindestlohn aber weiterhin ein Problem: 2016 bekamen rund 2,7 Millionen Beschäftigte in Deutschland weniger als den Mindestlohn, obwohl er ihnen zustand. Damit erhielten 9,8 Prozent aller Arbeitnehmer, die Anspruch auf den Mindestlohn hatten, weniger als die damals vorgeschriebenen 8,50 Euro pro Stunde. Legale Ausnahmen vom Mindestlohn sind dabei bereits herausgerechnet. Zu diesen Ergebnissen kommt eine neue Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist die Armut unter Beschäftigten im Niedriglohnbereich (unter 10 Euro Stundenlohn) zurückgegangen, zeigen die Berechnungen des WSI-Arbeitsmarktexperten Dr. Toralf Pusch: 2014 hatten noch 20 Prozent von ihnen ein so geringes Einkommen, dass ein – realisierter oder nicht realisierter – Anspruch auf aufstockende Hartz-IV-Leistungen bestand. Bis

2016 sank die Aufstocker-Quote auf 17 Prozent, weil extrem niedrige Stundenlöhne erhöht wurden. Die Erwerbsarmut könnte aber noch deutlich stärker reduziert werden, wenn sich alle Arbeitgeber auch an das Mindestlohngesetz halten würden, betont der Forscher: „Die insgesamt sehr positive Bilanz des Mindestlohns wird getrübt, weil nach den neuesten verfügbaren Daten auch mehr als ein Jahr nach der Einführung noch zahlreiche Arbeitgeber gegen das Mindestlohngesetz verstößen haben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich das Problem seitdem erledigt hat.“ Denn nach wie vor sei die Kontrolldichte relativ gering, die zuständige Einheit des Zolls unterbesetzt.

Die SOEP-Auswertung zeigt auch, welche Unternehmens-internen Faktoren verhindern können, dass Beschäftigte um den Mindestlohn geprellt werden. So können sich Betriebsräte und Tarifbindung positiv auswirken, macht die Analyse deutlich. In Betrieben mit Arbeitnehmervertretung und Tarifvertrag lag die Quote der Mindestlohn-Umgehungen 2016 bei nur 3,2 Prozent. Fehlte beides, erhielten hingegen 18,6 Prozent der Beschäftigten nicht den Mindestlohn, also mehr als fünfmal so viele. Eine Stärkung von Mitbestimmung und Tarifbindung kann zu faireren Arbeitsbedingungen beitragen, betont Pusch.

► [www.boeckler.de/112132\\_112576.htm](http://www.boeckler.de/112132_112576.htm)

## Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

### Redaktion:

Thorben Albrecht, Claudia Bogedan, Björn Böhning, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Lars Neumann, Katharina Oerder, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Holger Schoneville, Till van Treeck

### Heftschwerpunkt:

Kai Burmeister, Thilo Scholle, Stefan Stache

### Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache • Tel.: +49 177 - 525 049 8 • [redaktion@spw.de](mailto:redaktion@spw.de)

### Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44309 Dortmund • Tel.: 0231-2 02 00 11 • Fax 0231-2 02 00 24 • [spw-verlag@spw.de](mailto:spw-verlag@spw.de) • [www.spw.de](http://www.spw.de)

### Geschäftsführung:

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

### Konto des Verlages:

Postbank Dortmund-IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • USt.-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-), Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2018. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis: S. 73 © ferkelraggae - Fotolia.com

Satz und Druck: Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn, 1.-3. Tausend, Februar 2018

## Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1



Prämienpaket 2



Prämienpaket 3



**Gerhard Armanski**

**Monsieur le Capital und Madame la Terre**  
Blauer Planet im Würgegriff  
265 Seiten | € 24.90 | 2015  
ISBN: 978-3-89691-712-6  
Westfälisches Dampfboot

**Jörg Meyer (Hrsg.)**

**Arbeiten & Feminismus**  
Gespräche mit Christiane Benner, Monika Brandl, u.a., Nachwort von Christina Klenner  
120 Seiten | 2017 | € 11.00  
ISBN 978-3-89965-748-7 | VSA-Verlag

**Gabriele Eissenberger**

**Nicht nur ein Stück Geschichte Chiles**  
Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung  
245 Seiten | € 24.90 | 2014  
ISBN: 978-3-89691-962-5  
Westfälisches Dampfboot

**Ecker-Wolf, Kai / Schreiner, Patrick**

**Mit Tempo in die Privatisierung**  
Autobahnen, Schulen, Rente – und was noch?  
Neue Kleine Bibliothek 245  
194 Seiten | Sept. 2017 | 14.90 €  
ISBN 978-3-89438-655-9 | PapyRossa Verlag

**David Harvey**

**Marx' »Kapital« lesen**  
Ein Begleiter für Fortgeschrittene und Einsteiger  
416 Seiten | unv. Nd. 2017 | € 24.80  
ISBN 978-3-89965-415-8 | VSA-Verlag

**Andreas Fisahn**

**Staat, Recht und Demokratie**  
Eine Einführung in das politische Denken von Marx und Engels, Neue Kleine Bibliothek 258  
ca. 160 Seiten | März 2018 | 14.90 €  
ISBN 978-3-89438-664-1 | PapyRossa Verlag

## Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

Ich möchte ein **spw**-Probeabo!

Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.

Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft:

- Normal-Abo 39,00 € Inland (inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)

Mein Prämienpaket:  1  2  3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Umfang von bis zu 88 Seiten pro Ausgabe. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Abo per Fax: 0231 / 202 00 24 oder unter: [www.spw.de](http://www.spw.de)